

18. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. April 2009, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1234

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Peter Winter** 1236

Mandatsverzicht der Abgeordneten und Alterspräsidentin **Barbara Rütting** 1251

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/297)

und

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/315)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/887)

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU).....	1234
Florian Ritter (SPD).....	1236
Mannfred Pointner (FW).....	1238
Eike Hallitzky (GRÜNE).....	1239 1247
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....	1242
Staatsminister Georg Fahrenschohn.....	1244 1247

Beschluss..... 1248

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge 16/297 und 16/315..... 1248

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium..... 1248

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/614 mit 16/619 und 16/693)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/632 mit 16/635 und 16/637 mit 16/640)

und

Änderungsanträge der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/675 mit 16/677)

und

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/703)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/948)

Martin Bachhuber (CSU).....	1248
Kathrin Sonnenholzner (SPD).....	1252
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW).....	1253 1277
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	1255 1262
Tobias Thalhammer (FDP).....	1256 1257 1259 1265
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	1259
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU).....	1259 1262
Ludwig Wörner (SPD).....	1262 1265 1276
Klaus Steiner (CSU).....	1265 1269
Dr. Karl Vetter (FW).....	1266 1267 1268
Christine Haderthauer (CSU).....	1268
Theresa Schopper (GRÜNE)....	1268 1269 1270 1277
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....	1270

Staatsminister Dr. Markus Söder.....	1271	1274
		1277
Dr. Thomas Goppel (CSU).....		1276
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO		
Theresa Schopper (GRÜNE).....		1278
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1).....		1279
Erledigung gem. § 126 Absatz 6 GeschO der zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 2).....		1279
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium.....		1279
Erledigung des Änderungsantrags 16/703.....		1279

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009)
(Drs. 16/209)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge
der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/844 mit 16/847)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/1011)

und

Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/726 mit 16/734 und 16/843)

und

Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/797 mit 16/814)

und

Änderungsanträge
der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/828 mit 16/839)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/949)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 16/743)

und

Änderungsantrag
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/818)

und

Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/911)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/1010)

Georg Winter (CSU).....	1280
Adelheid Rupp (SPD).....	1285
Mannfred Pointner (FW).....	1288
Thomas Mütze (GRÜNE).....	1292 1296
Karsten Klein (FDP).....	1296
Erika Görnitz (CSU).....	1298 1299 1300
Christine Kamm (GRÜNE).....	1300
Volkmar Halbleib (SPD).....	1300
Stefan Schuster (SPD).....	1301 1303
Staatsminister Georg Fahrenschoen.....	1303 1308
	1309
Bernhard Pohl (FW).....	1308

Beschluss en bloc zu den Änderungsanträgen
 16/844, 16/846 und 16/847..... 1311

Beschluss zum Finanzausgleichsänderungsgesetz
 16/209..... 1311

Schlussabstimmung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 16/209..... 1311

Erledigung des Änderungsantrags 16/845..... 1311

Beschluss zum Einzelplan 13..... 1311

Erledigung gem. § 126 Absatz 6 GeschO der zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 3)..... 1312

Ermächtigungen für das Finanzministerium gem.
 Drs. 16/949..... 1312

Erledigung des Änderungsantrags 16/833..... 1312

Beschluss zum Änderungsantrag 16/743..... 1312

Beschluss zum Änderungsantrag 16/818..... 1312

Beschluss zu dem in das Haushaltsgesetz
 2009/2010 neu eingefügten Art. 21 (siehe Nr. 6 der
 Drs. 16/1010)..... 1312

Beschluss zum übrigen Haushaltsgesetz 2009/2010
(Drs. 16/210)..... 1312

Namentliche Schlussabstimmung gem. § 127 Abs. 2
GeschO zum Haushaltsgesetz 2009/2010 (s. a. An-
lage 4)..... 1313

Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum
Haushaltsgesetz 1316

Erledigung des Änderungsantrags 16/911 1316

Antrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxen-
berger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Planungen A 99 - Autobahn Südring - Einstel-
lung der Arbeiten an der Machbarkeitsstudie**
(Drs. 16/277)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/914)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE)..... 1313 1315

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 1314

Ernst Weidenbusch (CSU)..... 1315

Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 1316 1317

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 1316

Ludwig Wörner (SPD)..... 1317

Florian Streibl (FW)..... 1317

Tobias Thalhammer (FDP)..... 1318

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß..... 1319

Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 1319

Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO

Natascha Kohnen (SPD)..... 1319

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 5)..... 1320

Schluss der Sitzung..... 1320

(Beginn: 9.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle zur frühen Morgenstunde herzlich willkommen. Diejenigen, die da sind, haben einen besonders freundlichen Gruß verdient.

(Heiterkeit)

Ich eröffne die 18. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

hierzu:

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/297)**

und

**Änderungsantrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 16/315)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeiten der Fraktionen verlängern.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort Philipp Graf von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für die freundliche BegrüÙung zu dieser frühen Stunde. Es freut mich ganz besonders, dass ich heute zum Einzelplan 06 sprechen darf, wenn meine Stimme auch etwas angeschlagen ist. Das ist nicht auf eine lange Nacht, sondern auf eine Erkältung zurückzuführen.

Herr Präsident, Hohes Haus, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den Einzelplan 06 des Finanzministeriums, dem seit jeher ein besonderes Interesse gilt, hat doch dieser Haushalt beispielgebende Funktion.

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Er wird im Wesentlichen von Personalausgaben dominiert. Schwerpunkte sind dabei die Verbesserung der Personalausstattung und die Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Mittel für die EDV-Ausstattung unserer Finanzverwaltung.

Der Personaleinsatz muss effizient und sehr zielgenau erfolgen. Der Ausbau moderner Techniken in der öffentlichen Verwaltung ist deshalb unverzichtbar. Ich werde darauf im Einzelnen noch kurz zu sprechen kommen.

Aber bevor ich zum eigentlichen Einzelplan 06 komme, möchte ich gern eine Vorbemerkung zum Gesamthaushalt aus der Sicht des Haushälters machen. Der Doppelhaushalt 2009/2010 ist gekennzeichnet von einer massiven Stellenausweitung in fast allen Bereichen. Ich muss ehrlicherweise zugeben, dass mir das als Haushälter Sorge bereitet. Dieser Stellenausbau ist Ausdruck des politischen Willens unserer Koalition und kommt dabei sicherlich auch zumindest teilweise den Vorstellungen der Opposition entgegen.

Ich sehe aber die Ausweitung des Personals im öffentlichen Dienst mit deutlich gemischten Gefühlen. Seit den Siebzigerjahren wurde kein so großer Ausbau der Stellen im öffentlichen Dienst mehr vorgenommen. Allein die fast 2.300 Stellen im Bildungsbereich sind ein ungeheurer Kraftakt für diesen Haushalt, hinter dem leider viele andere Dinge zurückstehen müssen.

Diese Investition in Köpfe und Bildung ist notwendig und richtig. Wir müssen uns aber dessen bewusst sein, dass wir uns auf diese Art und Weise Kosten auch für die Zukunft aufbürden. Wir erreichen hoffentlich eine hohe Qualität im Bildungswesen und reagieren auf die Probleme der Gegenwart richtig, müssen aber auch die Zukunft ins Kalkül ziehen. Ich hoffe deshalb, dass wir oder unsere Nachfolger im Hohen Hause in den nächsten Jahren die Kraft aufbringen werden, der demografischen Entwicklung gerecht zu werden und diesen großen Stellenaufbau, den wir in den letzten Jahren und besonders in diesem Doppelhaushalt vorgenommen haben,

(Christa NaaÙ (SPD): Was ist denn da in den letzten Jahren geschehen?)

auch der Entwicklung der Zukunft anpassen werden. Die Lasten, die wir uns und unseren Nachfolgern mit diesen vielen neuen Stellen aufbürden, werden uns sicherlich in anderen Bereichen noch Schwierigkeiten bereiten.

Lassen Sie mich nun auf ein paar Punkte auf der Einnahmenseite des Einzelplanes 06 eingehen. Erfreulicherweise kann das Einnahmesoll bei der Schlösser-

verwaltung deutlich gesteigert werden; die Pachteinnahmen erhöhen sich hier. Das zum Bayerischen Landesamt für Steuern gehörende Rechenzentrum Nord erbringt Leistungen für verschiedene Bereiche der Staatsverwaltung, insbesondere natürlich für die Finanzämter. Bei der Inanspruchnahme von diesen Dienstleistungen soll künftig das Verursacherprinzip gelten, wonach die Verwaltung, die Dienstleistungen eines Rechnungswesens in Anspruch nimmt, grundsätzlich auch die Kosten dafür tragen muss. Damit wird eine bedarfsgerechte, wirtschaftliche und sparsame Inanspruchnahme von Dienstleistungen sicherlich gefördert werden. Die Umsetzung dieses Ziels erfolgt im Rahmen des von der Staatsregierung beschlossenen Verrechnungskonzepts durch haushaltstechnische Verrechnungen. Es handelt sich dabei allerdings um reine interne Rechnungen, also nur um buchungstechnische Abwicklungen, durch die dem Staatshaushalt keine Belastungen zusätzlich entstehen.

Im Rahmen des Projektes KONSENS - das heißt "Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung" - werden bestimmte Ausgaben im Rahmen der Kostenverteilung auch von anderen Bundesländern getragen. Die Einnahmen aus diesen Erstattungen steigen in den kommenden Jahren auf 8,4 Millionen bzw. 10,6 Millionen aufgrund der Übernahme größerer Projekte durch das Land Bayern an. Im gleichen Umfang müssen natürlich die EDV-Ausgaben der Steuerverwaltung erhöht werden.

Bei der Ausgabenseite des Einzelplans 06 ist festzustellen, dass der Anstieg etwa dem des Gesamthaushaltes entspricht. Wir werden eine Steigerungsrate von 5,4 Millionen im Jahr 2009 und von 2,6 Millionen im Jahr 2010 vor dem Hintergrund des bereinigten durchschnittlichen Zuwachses verzeichnen. Die Mehrausgaben des Einzelplanes sind im Wesentlichen durch Personalausgaben verursacht, die einschließlich der Versorgungs- und Beihilfeausgaben, wie eingangs bereits erwähnt, fast 79 % der Gesamtausgaben dieses Einzelplans ausmachen. Es wird dabei deutlich, dass sich gerade bei diesen Verwaltungshaushalten die personalintensive Struktur im besonderen Maße auswirkt.

Für die Finanzämter ist eine wesentliche Verbesserung der Personalausstattung geplant. 500 neue Stellen sind für diesen Bereich vorgesehen, die bereits im Jahr 2009 von A 7 bis A 14 durchgeschlüsselt sind. 2010 sind Anwärterstellen mit Haushaltsvermerk zur Umwandlung in Planstellen nach Abschluss der Ausbildung vorgesehen. Damit sollen insbesondere die Außendienste, aber auch diejenigen Arbeitsbereiche im Innendienst, bei denen die Aufgaben in den letzten Jahren besonders kräftig zugenommen haben, verstärkt werden. Daneben wurden beim Landesamt für Finanzen durch die Umwandlung von Personalmitteln insgesamt 17 zu-

sätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Hier soll insbesondere der Bereich der Dienstleistungen gestärkt werden.

Zur Verbesserung der Beförderungssituation enthält der vorliegende Haushaltsplan der Staatsregierung insgesamt 1.710 Hebungen. Durch die im Haushaltsentwurf des Einzelplans vorgesehenen Hebungen und Beförderungsmöglichkeiten aus neuen Stellen ergeben sich insgesamt 2.330 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, davon alleine 1.681 im Bereich der Finanzämter.

Zusammen mit den Maßnahmen der letzten vier Doppelhaushalte wurden und werden damit innerhalb von 10 Jahren - seit 2001/02 - 5.827 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung geschaffen. Kolleginnen und Kollegen, die Petitionen, die im Haushaltsausschuss vorgelegt wurden, zeigen, dass wir in den nächsten Jahren noch einiges zulegen müssen; denn die Beförderungsmöglichkeiten sind in manchen Bereichen wirklich als schwierig zu beurteilen.

Bauunterhaltungsmittel wurden bereits im Nachtragshaushalt 2008 in allen Einzelplänen um 10 % erhöht. Im Jahr 2009 wurde in allen Ressorts wiederum eine generelle Erhöhung um 10 % veranschlagt, um dem Reparaturbedarf angemessen nachzukommen.

Das Hauptaugenmerk der Sach- und Investitionsausgaben liegt für die beiden Jahre auf den EDV-Ausgaben. Hier sind sowohl Ausgaben für das Rechenzentrum Nord als auch für das eGovernment deutlich erhöht worden. Wir werden von den anderen Ländern, wie bereits gesagt, davon einiges erstattet erhalten. Auch nach Berücksichtigung dieses Umstandes verbleibt eine deutlich überproportionale Erhöhung der EDV-Ausgaben um fast 18 %. Die Schwerpunkte liegen, wie gesagt, bei der Steuerverwaltung und bei eGovernment-Projekten verschiedener Dienststellen im Einzelplan 06.

Die im Jahressteuergesetz 2009 vorgesehene Zuständigkeit zur Veranlagung beschränkt steuerpflichtiger Rentner soll zentralisiert werden. Diese Aufgabe wird im Interesse der Wirtschaftlichkeit auf der Basis eines Verwaltungsabkommens zentral vom Finanzamt Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern abgewickelt. Zur Finanzierung der hierfür anfallenden Kosten wurden im bayerischen Staatshaushalt 0,9 Millionen Euro im Jahr 2009 und 2,8 Millionen Euro im Jahr 2010 veranschlagt.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch kurz einen Blick auf die vom Land Bayern zu erbringenden Entschädigungsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachung werfen. Unter Berücksichtigung der bei den Einnahmen veranlagten Erstattung des Bundes ist insgesamt eine

weiter rückläufige Tendenz der Landesbelastungen festzustellen. Der Ausgabenanstieg im Jahr 2009 resultiert aus einer Erhöhung der Entschädigungsrenten zum 1. Juli 2008 um insgesamt 7,8 %. Hier ergibt sich eine Erhöhung der Landesbelastung um 2,6 Millionen Euro 2009 und im Jahr 2010 ein Rückgang um 3 Millionen Euro.

Abschließend möchte ich mich ganz besonders herzlich bei unserem Finanzminister, bei unserem Finanzstaatssekretär und bei allen Mitarbeitern im Ministerium bedanken. In einer wirklich sehr schwierigen Zeit haben sie einen Gesamthaushalt aufgestellt, der einerseits den Notwendigkeiten der konjunkturellen Krise Rechnung trägt und andererseits die besonderen Bedürfnisse eines ausgeglichenen Haushalts widerspiegelt. Bayern ist zum Vorbild für alle anderen Bundesländer geworden. Die Verhandlungen im Rahmen der Föderalismusreform über die Finanzen der Länder und des Bundes mit einer Begrenzung der Schuldenaufnahme sind erfolgreich abgeschlossen worden. Auch hierfür möchte ich unserem Finanzministerium ganz besonders herzlich danken.

Mein Dank gilt aber auch der Opposition, die in den Verhandlungen, zumindest in unserem Ausschuss, mit großem Sachverstand und viel Verständnis für die Probleme diskutiert hat. Mein besonderer Respekt gilt dabei der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, der hoch ehrenwerten Kollegin Rupp,

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

die sich ebenso wie die anderen Kollegen der Opposition in die verschiedenen Sachverhalte hervorragend eingearbeitet hat. Die Diskussionen in unserem Ausschuss waren nicht nur von gegenseitigem Respekt geprägt, sondern auch von dem Bemühen, das Beste für unser Land und seine Bürger zu erreichen. Im Gegensatz zu manchen Diskussionen, die ich in den letzten zwei Tagen hier im Hohen Hause erleben durfte, kann ich feststellen, dass die Kollegen im Haushaltsausschuss ihre wichtige Aufgabe immer ernst nehmen, fachlich gut vorbereitet sind und dass vor allem in der Sache ehrlich diskutiert wird und nicht billige Polemik im Vordergrund steht.

Ich möchte mich bei allen Kollegen in unserem Ausschuss sehr herzlich für die gute Atmosphäre und die sachlichen Auseinandersetzungen bedanken. Ich bitte Sie, dem Einzelplan 06 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Graf Lerchenfeld, ich danke Ihnen für diesen stilbildenden Beitrag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, möchte ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Heute feiert Kollege Peter Winter einen halbrunden Geburtstag. Ich wünsche ihm im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für seine parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Herr Florian Ritter, Sie haben das Wort, bitte schön.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Du bist zwar kein Graf, aber ein Ritter!)

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl des Landtagsamtes als auch des Finanzministeriums recht herzlich bedanken. Wir haben in den letzten Wochen wirklich eine Vielzahl von Änderungsanträgen und Nachschublisten behandelt. Ich finde es außerordentlich bemerkenswert, mit welcher Geduld die Mitarbeiter tatsächlich mit uns umgegangen sind.

Herr Finanzminister Fahrenschon, auch Sie wollte ich fast schon loben, allerdings nicht wegen des Haushalts und der Einzelpläne, die Sie eingebracht haben; daran haben wir ja in diesem Hause unsere Kritik schon formuliert, ob es dabei um Bildung ging, um Hochschule, im Inneren oder um Landwirtschaft. Eigentlich wollte ich Sie wegen Ihrer Einbringungsrede loben. Darin haben Sie nämlich sehr schön erklärt, wie man in der jetzigen Situation reagieren sollte: in schwierigen Zeiten investieren, in guten konsolidieren und dabei die Einnahmen des Staates nicht aus den Augen verlieren. Aber leider wurde dieser Grundsatz, das muss man feststellen, im Haushalt so nicht umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei der Verteilung der Bundesgelder durch die Nachschublisten einiges aus unserem Programm "Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze" abgeschrieben. Das zeigt, dass wir die richtigen Ideen hatten und dass die Koalition offensichtlich über keine Ideen verfügt. Die Koalition hat jede eigene Anstrengung, jedes eigene Bemühen vermieden, in der bayerischen Wirtschaft die nötigen Impulse zu setzen. Herr Wirtschaftsminister Zeil hat gestern Ihre durchaus bemerkenswerte Einbringungsrede als reine Sonntagsrede

dastehen lassen. Er hat klargestellt, nach welchem Prinzip hier verfahren wird. Das war schon sehr aufschlussreich. Zuerst werden die, die verantwortlich handeln, angepöbelt und zwar - Zitat: "... in einer Zeit, in der überall Pakete in Milliardenhöhe geschnürt werden, als seien die Quellen des Staates unerschöpflich". Die anderen sind also wieder die Ahnungs- und Verantwortungslosen.

Herr Kollege Winter, auch ich wünsche Ihnen alles Gute zu Ihrem heutigen Geburtstag; vielleicht können wir das alles mehr in einen Diskussionsprozess überleiten.

Die anderen sind also wieder ahnungs- und verantwortungslos. Die Hand wird aber trotzdem aufgehoben für die heruntergekommenen Staatsstraßen, für die kaputt gesparten staatlichen Gebäude und für den abgewirtschafteten Fuhrpark der Bayerischen Polizei. Was für eine Doppelmoral, meine Damen und Herren, was für eine Doppelmoral!

(Beifall bei der SPD)

Herr Zeil sagte weiter: "Ich muss daran erinnern, dass für alles, was der Staat jetzt ausgibt, eines Tages uns und unseren Kindern die Rechnung präsentiert wird." - Das klingt durchaus logisch, aber für das, was Sie heute nicht tun, wird die Rechnung noch deutlich höher sein.

(Beifall bei der SPD)

Jedes Unternehmen weniger, jeder verlorene Arbeitsplatz in Bayern ist eine schwere Hypothek für die Zukunft der betroffenen Regionen und der Menschen. Hier stehen Sie sich aus der Verantwortung. Völlig aberwitzig wird die gesamte Haushaltslogik der Koalition aber erst mit dem Satz: "Natürlich haben wir uns vom Bund viel stärkere Impulse für die privaten Investitionen gewünscht, vor allem durch das Vorziehen von Steuerentlastungen." Das hat jetzt aber alles überhaupt nichts mehr mit dem zu tun, was der Finanzminister in seiner Einbringungsrede hier gesagt hat.

Zusammengefasst heißt das Ganze nämlich: Wir nehmen doch keine Schulden auf für die Absicherung der bayerischen Wirtschaft, das wäre völlig verantwortungslos. Soll das doch der Bund machen, soll doch der die Schulden aufnehmen und damit angeblich verantwortungslos handeln. Gebt uns bitte sofort das Geld rüber, damit wir uns hier in das rechte Licht rücken können.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem ist es uns als Bayerischer Staatsregierung natürlich völlig egal, ob sich der Bund jemals konsolidieren kann. Darum reduziert gefälligst eure Einnah-

men, egal, ob ihr eure Schulden, die ihr jetzt auch für Bayern aufnehmt, jemals zurückzahlen könnt.

Der Wirtschaftsminister sagt, das sei die Geisteshaltung des Mittelstandes. Man ist fast versucht, ein Wortspiel zu machen und zu sagen: Mittelmaß ist auch eine Geisteshaltung,

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

wenn es denn tatsächlich Mittelmaß wäre. Aber das, was Sie gestern hier abgeliefert haben, ist tatsächlich eher unterirdisch. Diejenigen, die verantwortlich handeln, sollen sich wie Hasardeure verhalten, damit die, die nicht handeln, den größtmöglichen Nutzen für sich herauschlagen können. Das ist am Ende dieselbe Haltung, die jene hatten, die Subprime-Papiere ahnungslosen Sparern angedreht haben.

Stellt man die Aussagen der Minister Fahrenschon und Zeil einander gegenüber und betrachtet die Realität des vorliegenden Haushalts, stellt sich die Frage, ob der Finanzminister überhaupt noch Herr seines Ressorts und der Aufgaben ist, die er als Koordinator des Haushalts zu erledigen hat.

Kolleginnen und Kollegen, gestern ist hier immer wieder versucht worden, Behauptungen in die Welt zu setzen, die völlig an der Realität vorbeigehen. Die SPD habe keine Konzepte. Da reden die Richtigen!

(Beifall bei der SPD)

In schlechten Zeiten investieren, in guten konsolidieren und dabei die Einnahmenseite nicht aus dem Auge verlieren - das haben Sie, Herr Minister Fahrenschon, in Ihrer Einbringungsrede hier vorgetragen. Das ist die Konzeption der Sozialdemokratie, das ist auch die Grundlage für das Konjunkturpaket II, das auch ein Kind der SPD ist und das 1,4 Milliarden Euro in den bayerischen Staatshaushalt spült.

(Beifall bei der SPD)

1,4 Milliarden, die Sie gerade mal mit 100 Millionen Euro aus eigenen Mitteln aufstocken und mit denen Investitionen vorgenommen werden, die Sie in den letzten Jahren vor sich hergeschoben haben, unabhängig davon, wie notwendig sie gewesen wären.

(Harald Güller (SPD): Aber zuerst noch Bundesgeld den Kommunen klauen!)

- Ja, genau. Wir haben Vorschläge mit einem Volumen von insgesamt 800 Millionen Euro gemacht, die in einem ausgeglichenen Haushalt gänzlich gegenfinanziert gewesen wären. Da sind natürlich die Leute, die lesen können, im Vorteil. Ich fordere Sie auf, sich die

Änderungsanträge und die Konzepte der SPD im Bayerischen Landtag anzuschauen und zum Taschenrechner zu greifen. Das würde weiterhelfen. Die Wahrheit ist: Ideenlos und konzeptlos ist die Koalition. Schwerpunkte des Konjunkturpakets II haben Sie bei uns abgekupfert.

Kommen wir zum vorliegenden Einzelplan des Finanzministeriums. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: Ein wichtiger Punkt auch in der Krise ist nicht nur die Investition, sondern auch die Konsolidierung der Einnahmenseite. Ich weiß, Herr Zeil würde alles, was der Staat einnimmt, am liebsten an die Klientel der FDP ausschütten.

(Zurufe von der FDP: He, He!)

Wir haben Vorschläge gemacht, wie die Einnahmenseite durch eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter konsolidiert und verstetigt werden kann. Dieser Vorstellung sind Sie in kleinen Schritten, wirklich in kleinen Schritten nachgekommen, aber nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Der Einzelplan, der uns hier heute vorliegt, ist wie die anderen Einzelpläne, die die Staatsregierung eingebracht hat, ein Einzelplan der Mutlosigkeit, der Ideenlosigkeit und der Konzeptlosigkeit. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Manfred Pointner das Wort.

Manfred Pointner (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, zunächst vielen Dank für Ihre netten Worte. Wir haben im Haushaltsausschuss tatsächlich eine sehr faire und vernünftige Zusammenarbeit, auch wenn unsere Anträge abgelehnt wurden. Die menschliche Stimmung passt aber einigermaßen. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass die Neuen gut aufgenommen worden sind und sich einbringen dürfen.

Heute geht es um den Einzelplan 06. Ich werde jetzt keine grundsätzlichen Ausführungen zum Haushalt insgesamt machen, weil wir dafür heute Nachmittag noch Zeit haben. Ich werde mich in meiner Rede ausschließlich auf den Einzelplan 06 beschränken. Herr Staatssekretär Pschierer hat Herrn Kollegen Hallitzky und mich bei den Haushaltsberatungen gerügt und erklärt, er hätte erwartet, dass wir das Positive im Einzelplan 06 darstellten. Ich möchte das heute nachholen und einige Dinge dazu sagen.

Zunächst möchte ich auf das Personal der Finanzbehörden und der Steuerbehörden eingehen. Der Einzelplan 06 ist von den Personalausgaben geprägt. 79 %

dieses Einzelplans betreffen die Personalausgaben. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanz- und Steuerbehörden bedanken, dass sie trotz teilweise schwieriger technischer und personeller Rahmenbedingungen hervorragende Leistungen erbringen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbehörden sind es, die die notwendigen Mittel beschaffen, damit unser Staat funktioniert, damit die Bildung, die innere Sicherheit, die Infrastruktur, die soziale Sicherheit und vieles andere gewährleistet werden können. Noch einmal herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nun zu den einzelnen Punkten, die teilweise auch positiv sind: Positiv ist anzumerken, dass Sie 250 neue Planstellen für das Jahr 2009 und 250 Anwärterstellen für das Jahr 2010 geschaffen haben. Diese Anwärterstellen können später umgewandelt werden. Diese Erhöhungen waren nach den Sparmaßnahmen der letzten Jahre aber auch bitter notwendig. Sie reichen noch nicht aus, wie Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld festgestellt hat.

Positiv zu bewerten ist auch die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten durch die Stellenanhebungen, die im Einzelplan 06 enthalten sind. Dadurch wird die Motivation der Mitarbeiter sicher gefördert. Damit wird auch verhindert, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit 40 oder 45 Lebensjahren das Ende ihrer Laufbahn erreicht haben, vorzeitig in den inneren Ruhestand gehen. Diesen Menschen werden Perspektiven eröffnet. Wichtig ist vor allem, dass sich die überlangen Wartezeiten auf Beförderungen verkürzen. Graf von und zu Lerchenfeld hat jedoch zu Recht festgestellt, dass diese Maßnahmen noch nicht ausreichen.

Positiv ist auch die Erhöhung der Investitionsmittel in Höhe von 13 Millionen Euro im Haushalt. Diese werden noch um 10,8 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm ergänzt. Allerdings gibt es auch hier einen Wermutstropfen, da die Kofinanzierungsmittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die der Freistaat beisteuern musste, nicht zusätzlich in die Hand genommen wurden, sondern durch Umschichtungen zustande kamen. Das Geld des Bundes, das durch Kredite finanziert wird, wurde verwendet, aber es wurde kein eigenes Geld draufgelegt.

Wir haben einmal gefordert, frisches Geld in die Hand zu nehmen. Das wurde gestern angeprangert. Offenbar ist es für Sie kein Problem, wenn sich der Bund verschuldet, was durch Ihre Forderungen und Anträge unterstützt wird. Wenn jedoch gegenüber dem Freistaat Bayern solche Forderungen erhoben werden, wird das als Verstoß gegen das ungeschriebene Gesetz des ausgeglichenen Haushalts verstanden. Die Schulden

des Bundes sind Schulden von uns allen. Wir alle werden diese Schulden einmal zurückzahlen müssen. Da Bayern besser als andere Länder dasteht, wird es an der Schuldentilgung überproportional beteiligt sein.

Positiv sind auch die 42 Millionen Euro zu bewerten, die zusätzlich für die EDV ausgegeben werden. Auch für das eGovernment wurden Mittel eingestellt, wodurch die Verfahren für die Bürger hoffentlich erleichtert werden können. Wir alle wissen, dass eine Vereinfachung oder Entbürokratisierung unseres Steuerrechts natürlich weitaus effektiver wäre. Herr Staatssekretär Pschierer, ich kann allerdings Ihrem Argument nicht folgen, wonach die Verbesserung der EDV-Ausstattung eine geringere Personalausstattung im Vergleich zu anderen Ländern rechtfertigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unumstritten ist, dass wir in der Finanz- und Steuerverwaltung gut ausgebildetes, motiviertes und gut ausgestattetes Personal brauchen. Wir brauchen ausreichend Personal, um Aufgaben wie die Herstellung der Steuergerechtigkeit und die Beschaffung der erforderlichen Einnahmen zu lösen.

Die Steuerverwaltung ist nach wie vor - trotz der Stellenmehrungen - unterbesetzt. Die Wartezeiten bis zur Beförderung sind zu lang. Die Freien Wähler haben zum Einzelplan 06 keinen eigenen Antrag gestellt. Wir unterstützen aber die beiden Anträge der GRÜNEN und der SPD zu diesem Thema. Dass ein Bedarf vorhanden ist, belegen nicht nur die Quervergleiche mit anderen Ländern, sondern auch die zahlreichen Beschwerden und Eingaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind sicherlich nicht so blauäugig zu glauben, dass wir jeder Beschwerde oder jeder Eingabe nachkommen könnten. Die meisten Eingaben waren jedoch sachgerecht und nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, die Einsparung von Personal in der Finanz- und Steuerverwaltung zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts ist eine Milchmädchenrechnung. Jeder gut ausgebildete Steuerbeamte und Angestellte rechnet sich doppelt und dreifach. Natürlich gibt es Grenzen der Effektivität. Diese sind aber bei weitem noch nicht erreicht. Wir müssen auch an die Bediensteten vor Ort denken: Stress und Frustration stellen sich ein, wenn der Mitarbeiter vor Ort wegen seiner Arbeitsüberlastung Erklärungen nicht bearbeiten und Prüfungen nicht durchführen kann und in der Folge Gelder, die dem Staat und der Allgemeinheit zustehen, nicht hereingeholt werden können. Eigentlich begeht ein Beamter dadurch eine Pflichtverletzung, was für einen staatstreuen Bediensteten zu einer erheblichen psychischen Belastung werden kann.

Auch die beste EDV-Ausstattung kann die Arbeit des Personals nicht ausgleichen. Wir sehen das im Landtag. Zu viel EDV bedeutet auch Mehrarbeit, weil erst

einmal die Fülle der Informationen abgearbeitet werden muss. Der Oberste Rechnungshof hat festgestellt, dass die Personalstruktur auf die Aufgaben zugeschnitten werden muss. Wenn nicht genügend Personal vorhanden ist, sind auch die Aufgaben abzubauen. Davon ist leider nichts zu erkennen. Dafür ist natürlich nicht dieses Haus verantwortlich. Bei der Steuergesetzgebung müssen wir jedoch nach wie vor einen kräftigen Zuwachs verzeichnen. 80 % aller Steuergesetze der Welt stammen aus Deutschland. Das ist Fakt.

Wer sich mit dem Steuerrecht beschäftigt, sieht, dass es immer komplizierter wird. Dadurch entsteht Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb sind zusätzliche Stellen bitter notwendig. Wir werden diesen Einzelplan 06 aus den von mir genannten Gründen ablehnen. Wir hoffen aber, dass sich das, was Kollege Graf von und zu Lerchenfeld gesagt hat, in den nächsten Jahren bewahrheiten wird, nämlich dass die Stellensituation in der Finanz- und Steuerverwaltung verbessert wird, damit die notwendige Arbeit geleistet werden kann, um genügend Geld in die Staatskassen zu bringen.

Aktuell sind durch Steuererleichterungen und Steuervereinfachungen allein im Doppelhaushalt 2009/2010 Mindereinnahmen in Höhe von rund 3,5 Milliarden Euro entstanden - Mindereinnahmen, die auf der Gesetzgebung beruhen und für die keine Gegenfinanzierung beschlossen worden ist. Es heißt doch immer, man muss einen Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreiten. Bei diesen Entscheidungen gab es jedenfalls keine Gegenfinanzierung, und deswegen ist es wichtig - auch wenn das den Haushalt für die nächsten Jahre nicht retten wird -, dass genügend Leute in der Steuerverwaltung tätig sind.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pointner. Als Nächster hat Herr Abgeordneter Eike Hallitzky das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden es kaum glauben, aber wir werden auch diesem Einzelplan, dem Einzelplan des Finanzministeriums, nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Sibler (CSU): Oh!)

- Wenn das ein Weckruf für Sie war, dann ziehen Sie doch Nutzen aus der Rede, die ich jetzt halte. Hören Sie gut zu, dann werden Sie hinterher auch nicht mehr zustimmen, Herr Kollege Sibler. Ich will an drei Punkten

kurz erläutern, warum wir diesem Einzelplan nicht zustimmen können.

Erstens. Die bayerische Finanzverwaltung ist hoffnungslos unterbesetzt. Die Mittel, die wir alle für die Gestaltung von Politik brauchen, werden im Einzelplan 06 beschafft oder eben nicht beschafft - dann haben wir diese Mittel nicht. Deshalb haben die GRÜNEN die Bayerische Staatsregierung seit rund fünf Jahren immer wieder mantramäßig darauf hingewiesen, dass die bayerische Steuer- und Finanzverwaltung personell zu gering ausgestattet ist. Sie kann ihren eigentlichen Aufgaben damit nicht mehr nachkommen, nämlich durch motivierte Mitarbeiter Steuergerechtigkeit zu schaffen und dem Staat die ihm zustehenden Einnahmen umfassend zu beschaffen.

Die personelle Unterausstattung hat in den letzten Jahren dramatische Züge angenommen bei gleichzeitig steigenden Anforderungen, insbesondere forciert von jenen, die ständig vereinfachte Steuersysteme fordern. Nach den letzten verfügbaren Zahlen liegt Bayern in nahezu allen Rankings im Vergleich mit den anderen Bundesländern bezüglich der Ausstattung der Finanzverwaltung auf dem letzten oder auf dem vorletzten Platz. In der Summe ergibt sich eine dramatische Unterbesetzung: Rund 2.000 Planstellen fehlen.

Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht so bezahlt, wie das ihrer Tätigkeit entspräche. Der Beförderungsstau in der Finanzverwaltung ist legendär. Kollege von und zu Lerchenfeld hat es eben selbst zugeben müssen. Mit dieser Mängelverwaltung verantwortet der Bayerische Finanzminister, dass die Mitarbeitermotivation nicht stimmt, dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt und dass die Einnahmenbeschaffung nicht funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine ordnungsgemäße Besteuerung ist kaum mehr möglich, weil wegen der eklatanten Unterbesetzung die Überprüfung nicht mehr nach Maßgabe der Gesetze erfolgen kann. Herr Finanzminister, Sie sind es, der damit den Nährboden für eine Steuerentzugsmentalität in diesem Lande schafft - für die großen und kleinen Zumwinkels in Deutschland.

Herr Staatssekretär Pschierer - Herr Pointner hat eben darauf hingewiesen - bat darum, dass ich hier heute offiziell loben sollte, dass der Finanzminister in therapeutischen Dosen beginnt, die völlige Ignoranz seiner Vorgänger bezüglich der Ausstattung der Steuerverwaltung aufzugeben. Herr Pschierer, das ist natürlich fachlich kaum geboten, aber ich konzidiere gern, nach fünf Jahren des Drängens durch die Opposition hat sich die Schnecke in Bewegung gesetzt. Dafür lobe ich Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dennoch bleibt es im Ergebnis dabei, dass Bayern die Folgen der unzureichenden Personalpolitik sehr teuer bezahlen muss. Wir können davon ausgehen, dass allein dadurch dem Staatshaushalt jährlich ein Betrag in einer Größenordnung von etwa einer Milliarde Euro verloren geht. Deshalb ist das, was Sie betreiben, im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung von dem Staat zustehenden Steuereinnahmen, auf die wir gerade in dieser Zeit nicht verzichten können. Deswegen werden die GRÜNEN Ihre Politik nicht mittragen, und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsseite, sollten es auch nicht tun.

Zweitens. Ihr Haushaltsentwurf ist in unverantwortlicher Weise schöngerechnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war kein Schicksalsschlag, der zum Desaster der Bayerischen Landesbank führte und damit zur Notwendigkeit einer in Deutschland in den Ländern einzigartigen Neuverschuldung von 10 Milliarden Euro. Nein, es war das Versagen der Mitglieder der Staatsregierung im Verwaltungsrat, das jeden Bayern und jede Bayerin auf einen Schlag um rund 1.000 Euro ärmer machte. Es waren die Mitglieder der Staatsregierung, die es der Landesbank ohne Geschäftsmodell erlaubten, sich mit rund 50 Milliarden Euro an Krediten vollzusaugen, ohne dass es irgendeine Verwendung für diese Mittel gegeben hätte. Es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung - Herr Wirtschaftsminister, Sie haben Glück, ich schaue auf die andere Seite - -

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Sie sind nie dabei, das weiß ich schon, Herr Seehofer. Sie sind nie dabei.

Es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung, die die Landesbank dann in das weitab jeden öffentlichen Auftrags liegende internationale Kreditersatzgeschäft getrieben haben. Und es waren die Mitglieder dieser Staatsregierung, die den Kauf der Hypo Group Alpe Adria - HGAA - vorangetrieben haben, dieses undurchschaubare Geflechts von 111 Töchtern in 16 Ländern, die vor allem zwei Dinge auszeichnet: eine ungeheure Volatilität der Märkte und kein Zusammenhang mit dem öffentlichen Auftrag der BayernLB. Auch wenn - das konzidiere ich gern, Herr Fahrenschon - die jüngsten Vorstandsbesetzungen bei der Hypo Group Alpe Adria okay sind - Respekt, die Leute sind gut -, bleibt es bei unserer Beurteilung, es war niemals und wird niemals Aufgabe einer bayerischen Staatsbank sein, die Gelder der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür einzusetzen, auf den Märkten Südosteuropas herumzuturnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es war das Kontrollversagen der Staatsregierung, das eine Fehlentscheidung nach der anderen produziert hat, als es darum hätte gehen müssen, möglichst früh wieder aus diesen Märkten - von ABS-Papieren bis zum Island-Geschäft - herauszukommen. Die BayernLB ist deshalb die Krönung finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit der Staatsregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, nun versuchen Sie, mit Haushaltskosmetik in diesem Doppelhaushalt so zu tun, als würde das alles den Steuerzahler nicht betreffen. Tatsache ist, dass die Aufnahme der 10 Milliarden Euro auf dem Kapitalmarkt rund 5 % Zinsen kostet. Das sind 500 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommen die Kosten für Liquiditätsgarantien, die Kosten für die Fondsübernahme im Haushalt und die Kosten für Bürgschaften. Wenn man das alles zusammenzählt, kommt man auf einen Betrag in der Größenordnung von etwa 1 Milliarde Euro, den wir künftig in jedem Jahr für die Bedienung der Landesbanklasten brauchen. Aber anstatt diese Ausgaben offen im Haushalt auszuweisen, stopfen Sie das Loch einmalig mit alten Zusatzeinnahmen und verprassen hierfür die Haushaltssicherungsrücklage, die eigentlich dazu da ist, auf die Konjunkturkrise reagieren zu können. Die Konjunkturkrise ist da - das Geld ist weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die Kosten für das zum großen Teil selbstverschuldete Desaster der BayernLB im Doppelhaushalt ignorieren will, der handelt finanzpolitisch in hohem Maße unseriös, der streut den Menschen Sand in die Augen. Das, was Sie hier veranstalten, ist nichts als dick aufgetragene Finanzkosmetik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht erst zum nächsten Doppelhaushalt 2011/2012, nicht erst zum regulären Nachtragshaushalt, den wir im Herbst behandeln werden, schon bei der nächsten Steuerschätzung wird für jeden sichtbar werden, dass das Parlament heute einen Doppelhaushalt beschließt, der bereits zum Zeitpunkt seines Beschlusses reine Makulatur ist. Weil wir aber davon ausgehen müssen, dass die Wirtschaftskrise weitere Milliardenlöcher in den bayerischen Staatshaushalt reißen wird, wäre es Ihre Aufgabe, Herr Fahrenschon, dafür zu sorgen, dass finanzpolitische Vernunft bei der Inanspruchnahme des Konjunkturpakets und der Verwendung der Mittel zum Einsatz kommt. Sie müssen Ihrem Ministerpräsidenten ins Wort fallen, wenn keiner seiner Ausflüge aus der Staatskanzlei ohne neue teure Versprechungen zu Ende geht. Ich erinnere nur an die jüngste Schwabenreise. Das alles haben Sie nicht getan, und damit, Herr Minister, sind Sie selbst zum Haushaltsrisiko geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen doch alle, dass der Staat an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gekommen ist. Wir wissen doch alle, dass die verbleibende finanzielle Basis viel zu schmal ist. Wir alle wissen auch, dass es die wichtigste Aufgabe des Finanzministers ist, diese finanzielle Basis zu sichern, und wir alle sehen, dass der bayerische Finanzminister genau das Gegenteil tut. Sie wollen eine ermäßigte Mehrwertsteuer in der Gastronomie. Das sind ungefähr 100 Millionen Euro. Sie wollen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Handwerk. Das sind etwa 500 Millionen Euro. Sie wollen die Erbschaftsteuer abschaffen. Das sind knapp 1 Milliarde Euro. Sie wollen mit dem Ministerpräsidenten die Eigenheimzulage wieder einführen. Das kostet 350 Millionen Euro. Herr Seehofer, dass Sie immer nicken, weiß ich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles verlangen Sie in einer Situation, in der Bayern in den kommenden Jahren mehrere Milliarden Euro zum Ausgleich des Haushalts fehlen werden. Sie verlangen das ohne jeden Vorschlag für eine Gegenfinanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manche Ihrer steuerpolitischen Vorschläge mögen für sich gesehen durchaus begründet sein. Das streiten wir überhaupt nicht ab. Gerade jetzt aber muss die Maxime doch wie folgt lauten: Weil der Staat keinen Cent übrig hat, müssen alle Steuererleichterungen, die auf Dauer den Staatshaushalt belasten, auch dauerhaft gegenfinanziert sein, sonst sind sie finanzpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Fahrenschon, ich erwarte von Ihnen nicht, zu wissen, dass die wiederholt von Struktureinbrüchen gebeutelten skandinavischen Länder ihre Haushalte immer wieder deshalb ausgleichen konnten, weil sie - unabhängig davon, ob die Regierung konservativ war oder nicht - Hochsteuerländer waren und es bis heute auch noch sind. Skandinavien wäre daher ein gutes Vorbild. Ich erwarte aber von Ihnen, dass Sie alles tun, um der vor allem von der CSU verursachten und durch die jetzige Wirtschaftskrise dramatisch beschleunigten Erosion der Staatseinnahmen entgegenzutreten. Deshalb bin ich zutiefst enttäuscht von Ihnen, dass Sie in einem Jahr mit Wahlen im Quartalsrhythmus genauso als finanzpolitischer Hasardeur auftreten wie Ihr Chef.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist letztlich genau das gleiche kurzfristige Quartaalendenken, mit dem uns die Banker, die Verwaltungsräte und die Manager in diese Finanzkrise hineingeritten haben. Ihren wohlfeilen Steuerpopulismus, Ihre finanzpolitische Geisterfahrt lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sinne einer dauerhaft soliden Finanzpolitik und im Interesse der Rückgewinnung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wäre es sehr gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen unserer Kritik folgen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Erstens. Die bayerische Staatsverwaltung hat viel zu wenig Beschäftigte in der Steuerverwaltung. Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit werden ignoriert. Sie sind schuld, wenn dem Staat Milliarden oder zumindest ein hoher dreistelliger Millionenbetrag jährlich verloren gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Mit Tricksereien rund um die Landesbank wird der Haushaltsentwurf schöngerechnet. Das ist kein Ersatz für eine seriöse Haushaltspolitik.

Drittens und letztens. Wenn ich die steuerpolitischen Aussagen des Finanzministers in diesem Wahljahr dem finanzpolitisch Möglichen gegenüberstelle, bedauere ich zutiefst, Herr Präsident, dass sich der Ausdruck Wahllüge auf den parlamentarischen Begriff der Präsidentsialrüge reimt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich es deshalb so formulieren: Herr Finanzminister, Ihre Beine werden immer kürzer. Passen Sie auf sich auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sich zu Beginn darüber gewundert, dass die Grünen den Einzelplan des Finanzministers ablehnen. Ich glaube, dass jetzt alle in diesem Haus verstehen werden, dass ich mich wundere, wenn auch nur einer von Ihnen diesem Entwurf zustimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat Herr Kollege Prof. Barfuß das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, was die Kollegen

von der CSU und der FDP machen. Ich stimme aber dem Haushalt nachher zu.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich bin begeistert darüber, wie klar man hier diskutiert. Im Ausschuss war man höflich. Jetzt merke ich aber, dass es so nicht mehr geht. Sind wir hier eigentlich in der Bremischen Bürgerschaft oder im Senat von Berlin? Sie stellen ein Szenario dar, als wäre dieser Staat am Ende. Das Gegenteil ist der Fall. Der Freistaat Bayern ist nach wie vor die Nummer eins in der Finanzwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident, neben Herrn Dr. Heubisch und Martin Zeil ist Staatsminister Fahrenschoen mit Sicherheit ein Ass in Ihrem Ärmel. Lieber Herr Fahrenschoen, wir sind sehr froh und dankbar dafür, dass Sie bei uns sind. Wir haben volles Vertrauen zu Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ministerpräsident Horst Seehofer: Und was bin dann ich?)

- Sie sind der Ober, aber das Ass ist schon er.

(Allgemeine Heiterkeit)

Spaß beiseite, wir brauchen einander alle.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich freue mich darüber, dass Sie neulich in Schwaben waren. Es wurde hier angesprochen. Wir bringen das auf einen ordentlichen Weg. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Jetzt aber zu meinen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Ich sage es immer wieder. Ich bin Ihnen wirklich dankbar für Ihre kritischen Beiträge. Sie wissen auch, dass wir zuhören, wenn Sie etwas sagen. Sie sind aber lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass Sie nicht immer untereinander einig abstimmen. Sie wissen auch, dass sich manche innerhalb der Fraktion der Stimme enthalten, während andere zustimmen oder etwas ablehnen. Das heißt, jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Das ist auch gut. Die Herrschaften, die uns hier zuschauen und die uns gewählt haben, haben uns durch ihr Votum in zwei Lager aufgeteilt, einmal ins Regierungslager und zum anderen in die Opposition. Beides brauchen wir. Deswegen danke ich wirklich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzausschuss dafür, dass wir so vernünftig zusammenarbeiten.

Kollege Hallitzky, den ich sehr schätze, hat zu Recht gesagt, dass wir uns in einer schwierigen Situation be-

finden. Dramatisch ausgedrückt bedeutet dies: Die Welt wird sich wirklich ändern. Vieles, was jetzt passiert, haben wir noch gar nicht realisiert. Ich spreche jetzt nicht von dem Phänomen, dass ein siebenjähriger Boom zu Ende geht. Es ist ganz normal, dass ein Konjunkturzyklus rauf und runter und einmal zu Ende geht. Ich meine die Moralkrise, die sich in einer Finanzkrise ausdrückt, nämlich in der Gier, aus Dreck Geld machen zu können. Das ist das eigentliche Menetekel, welches über unserer Weltwirtschaft schwebt. Das rechte Maß ist verloren gegangen. Die Kardinaltugend des Maßhaltens brauchen wir wieder.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen liegt in jeder Krise auch eine Chance.

(Georg Schmid (CSU): Da merkt man, dass er einmal bei der CSU war!)

- Ich war gerne in der CSU, aber ihr wart nicht liberal genug, Herr Vorsitzender, und deswegen bin ich jetzt dort, wo ich hingehöre.

(Georg Schmid (CSU): Ich weiß aber, du bist ein anständiger Kerl!)

- Außerdem kommen wir beide aus Nordschwaben, dort gibt es nur anständige Kerle. Den Georg Winter können wir da noch mit dazunehmen.

Wir müssen jetzt unbedingt die Chance nutzen, aus dieser Krise zu lernen. Dazu nur ein paar Stichworte:

Die Rating-Agenturen können nicht gleichzeitig Provisionen fürs Rating verlangen und raten. Das geht nicht, das muss getrennt werden. Die BaFin würde ich auflösen und deren Aufgaben der Bundesbank übertragen. Sonst kann jeder immer nur auf die jeweils andere Organisation hinweisen und sagen, das machen die oder das machen jene. Wir brauchen eine Organisation und eine Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU - Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr richtig!)

Wir brauchen dringend ein abgestimmtes Vorgehen in der EU. Wir Europäer müssen jetzt den Amerikanern sagen, dass ihr Kapitalismus genauso schlecht war wie der Sozialismus in der Sowjetunion. Die einzig richtige und verantwortbare Wirtschaftsordnung ist die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Unter sozialer Marktwirtschaft verstehe ich, dass das, was am Markt erwirtschaftet wird, sozial verteilt werden muss. Ordnungspolitisch muss es aber eine klare Trennung zwischen den Akteuren am Markt und dem Staat

geben. Nach Auffassung der Liberalen - und ich glaube auch nach Auffassung meiner Freunde und Kollegen der CSU - muss der Staat den Rahmen geben, darf aber nicht selber mitspielen. Dass wir in Krisensituationen eingreifen müssen, ist klar. Das machen wir auch zu Recht. Ansonsten aber hat sich der Staat zurückzuhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

25 % Rendite, wie Ackermann früher gefordert hat, sind endgültig vorbei. Wer 25 % Rendite verspricht, ist nicht recht bei Trost; er macht dieses Land kaputt. Wir müssen wieder zurück.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Ich bin Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss eines Abfallwirtschaftsverbandes. Wir haben alle Rücklagen mündelsicher angelegt. Dafür sind wir belächelt worden. Ich bin Bankkaufmann und wüsste schon, wie wir es auch anders hätten machen können. Es gab ganz Kluge, die irgendwelche Papiere gekauft haben - ich nenne keine Landkreise -, die jetzt aber größte Schwierigkeiten haben.

(Georg Schmid (CSU): Cross-Border-Geschäfte!)

Bescheiden und vernünftig zu sein, ist langfristig immer noch besser, als auf Innovationen zu setzen, die gar keine Innovationen sind, sondern nur der Versuch - ich wiederhole mich noch einmal -, aus Dreck Geld zu machen.

Zu Situation, in der sich der Freistaat Bayern befindet: Ich höre immer wieder, dass das, was in Berlin passiert, auch Ihr Kind ist. Lieber Kollege Ritter, es wäre schade, wenn Sie an der Regierung beteiligt wären und sich nicht durchsetzen könnten. Seien wir doch ganz ehrlich: Die Finanzpolitik ist eine Mixtur aus Geldpolitik und Fiskalpolitik, aus Ausgabenpolitik und Steuerpolitik. Das ist auch richtig. Herr Hallitzky weiß es ganz genau. Kein Mensch weiß, was der Bürger von dem, was wir ihm an Steuersenkungen zurückgeben, ausgibt. Ich erwähne nur das Stichwort marginale Konsumquote. Wir brauchen einen Mix, und der ist uns auch gelungen. Das Berliner Geld ist genauso wie das bayerische Geld Steuergeld. Deswegen halte ich von Verschiebebahnhöfen wenig. Egal was ihr in Berlin macht und was wir in Bayern machen, es ist immer das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am wichtigsten ist für mich, dass es keine neue Verschuldung gibt. Ich sage auch, warum. Als Haushälter müssen wir zunächst betriebswirtschaftlich denken.

(Widerspruch bei der SPD)

- Keine Sorge, ich kenne schon den Zusammenhang mit der Volkswirtschaft. Aber das, was wir stemmen können, selbst wenn es eine Milliarde wäre, verhält sich angesichts unseres Bruttoinlandsprodukts von 2.460 Milliarden Euro so, als wenn jemand 2.460 Euro im Monat verdient und von mir noch 1 Euro bekommt. Ich denke, das haut den nicht so sehr nach vorne. Deswegen müssen wir schauen, dass die Verschuldung nicht mehr ansteigt. Das ist verantwortbare und nachhaltige Politik, weil wir uns sonst an unseren Kindern und Kindeskindern versündigen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das Zweite: Wir müssen Obacht geben, dass wir mit lauter Schirmspannen nicht das falsche Signal aussenden: Ihr könnt wieder anfangen, spekulativ zu handeln; ihr könnt schon wieder nach der höchsten Rendite streben; wenn es schief geht, retten wir euch schon wieder! - Damit muss Schluss sein. Wir werden nur verantwortungsvolle Aktionäre und auch Akteure retten wollen und nicht solche, die Hasardeure sind. Die sollen das bitte selbst bezahlen.

Herr Finanzminister, zum Schluss zu Ihnen. Ich danke Ihnen, dass Sie den Mut haben, klaren Kurs zu steuern in dieser schwierigen Zeit, in der die Menschen natürlich, ohne dass sie das schon recht wissen, den Unterschied zwischen der Hilfe gegenüber einem systemischen Bankenschirm und der Einzelförderung in der Realwirtschaft sehen. Unser Wirtschaftsminister sagt immer wieder: Wir sind gern bereit, jedem einzelnen Betrieb zu helfen, wenn eine Chance auf die Zukunft besteht. Darüber bin ich sehr froh.

Wenn Sie sagen, wir würden nur die Klientel der FDP bedienen - das tun wir auch weiterhin -, sage ich: Wir sind die Partei des Mittelstandes. Jeden Facharbeiter, jeden Beamten, jeden Angestellten, jeden Handwerksmeister wollen wir vertreten. Das lassen wir uns auch von niemandem nehmen. Wenn Sie sagen, das sei Klientelpolitik, dann betreiben wir die gerne.

Keynes hat einmal gesagt, mit Deficit-Spending könne man etwas tun. Das ist richtig. Nur, was wir dann als Politiker vergessen, ist, dass wir das zurückzahlen, wenn es wieder gut geht. Denn es sind die Politiker, die eigentlich an der Staatsverschuldung mit schuld sind und die dann nicht den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen: Stopp, die Party ist jetzt zu Ende, jetzt müssen wir wieder etwas zurückzahlen. - Wer Keynes versteht und zu Ende liest, der wird wissen, dass das, was wir jetzt in Berlin machen, auch mit Ihrer Regierungsbeteiligung, gut ist, nämlich das zurückzuzahlen. Das ist der einzig richtige Weg, auch in Zukunft miteinander umzugehen.

Keynes hat auch gesagt - und ich bitte Sie, jetzt gut zuzuhören -: Wer einen Staat ruinieren will, der ruiniere seine Währung. - Das kann man bei Keynes nachlesen. Ich weiß nicht, ob das hemmungslose Drucken von Banknoten in den USA nicht dazu führt, dass der US-Dollar schwierigen Zeiten entgegengeht. Noch ist der gesamte Euro-Raum nicht in der Lage, das als Ankerwährung aufzufangen, was der Dollar verlöre, wenn es denn so käme.

Deswegen ist das eine Gratwanderung, eine Gratwanderung zwischen Ankurbelung, Maßhalten und Ausgewogenheit. Dabei fühlen wir uns bei Ihnen, Herr Staatsminister, bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, und natürlich auch bei meinen Parteifreunden in den besten Händen.

Ich danke abschließend allen, die hier mitgeholfen haben, an erster Stelle dem Steuerzahler, denn der bezahlt das. Wir sind nur die Treuhänder, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

An zweiter Stelle - das sind Sie da oben - danke ich den Mitarbeitern des Hauses Fahrenscho/Pschierer, wenn ich das einmal so zusammenfassen darf, für ihre viele Arbeit, auch den Stenografen, die das, was ich sage, mitschreiben, und Ihnen allen. Bitte, leben wir gerne in einem Land, das wunderbar ist, und reden wir nicht alles schlecht.

Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Kollege Barfuß. Wir kommen jetzt zum nächsten Redner. Es ist Staatsminister Georg Fahrenscho. Bitte schön, Herr Fahrenscho.

Staatsminister Georg Fahrenscho (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende der Beratungen zum Ressorthaushalt gilt mein Dank selbstverständlich den Berichterstattern aller Fraktionen. Ich glaube, die Diskussionen im Haushaltsausschuss über die einzelnen Pläne und insbesondere über den Einzelplan des Finanzministeriums waren von viel Sachkenntnis, von viel Neugier, von viel Aufklärung und von viel Zustimmung geprägt.

Bezogen auf die heutige Debatte muss ich sagen, Herr Hallitzky, dass ich nichts dafür kann, wenn Ihre Fraktion Sie nicht in die Schlussrunde lässt. Ich bitte aber um Verständnis, dass ich jetzt nicht auf die Themen der Schlussrunde eingehe.

Einen Punkt will ich ganz deutlich herausarbeiten: Ja, da, wo Sie für die Erbschaftsteuer sind, da, wo Sie die Erbschaftsteuer vielleicht sogar verdoppeln wollen, da, wo Sie vielleicht mit Ihren Wunschkoalitionspartnern in Deutschland auch noch eine Vermögensteuer einführen wollen, sage ich mit meinem Koalitionspartner: Nein, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Ritter, ich bin auch nicht so ganz sicher, ob wir an dieser Stelle noch einmal nacharbeiten müssen. Ich weiß nicht, welchen Haushalt Sie in den letzten Monaten bearbeitet haben. Also, der Doppelhaushalt 2009/2010 des Freistaats Bayern kann es nicht gewesen sein. Mir fällt auch kein anderer Haushalt ein, zu dem Sie im Bayerischen Landtag jetzt gesprochen hätten; denn die Dinge, die Sie gerade angeprangert haben, stimmen alle nicht, sie treffen alle für den Vorschlag des Doppelhaushalts 2009/2010 für den Freistaat Bayern nicht zu, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie erlauben, gehe ich auf drei Dinge ein, die mir im Fachressort wichtig sind.

Erstens die Verbesserung der Personalsituation in der Steuerverwaltung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil sich in den einzelnen Arbeitsgebieten der Arbeitsanfall unterschiedlich entwickelt hat, weil wir durch das klare Setzen auf EDV, aber eben auch durch Mehrarbeit, insbesondere durch mehr Fallzahlen vor allem in der Veranlagung, darauf reagieren müssen, ist es, glaube ich, das richtige Zeichen, dass wir im Doppelhaushalt 2009/2010 500 neue Stellen - 250 neue Planstellen und 250 Anwärterstellen - ausgebracht haben. Wir reagieren damit in unserer eigenen Finanzverwaltung auf die Veränderung unserer Arbeit. Ich glaube, es ist ein richtiges Signal zum richtigen Zeitpunkt, dass wir neben Lehrern, neben Polizeibeamten und neben Justizbeamten auch in der Steuerverwaltung entsprechend nachsteuern.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang gilt es aber auch, besonders auf die Ausbildungssituation in der Finanzverwaltung hinzuweisen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits im Jahr 2008 wurde die Zahl der Anwärter in der Steuerverwaltung um mehr als 200 auf über 540 Anwärter erhöht. Mit den neuen Stellen jetzt kann das hohe Niveau gehalten werden, und es können auch im Jahr 2009 wiederum insgesamt 520 Anwärter angestellt werden. Nach den heute verfügbaren Daten kann damit auch im kommenden Jahr, im Jahr 2010,

eine Verstetigung der Neueinstellungen bei rund 500 neuen Anwärtern erreicht werden.

Das heißt, wir machen eben nicht Tagespolitik, sondern wir legen es darauf an, dass wir auch in unserem eigenen Ausbildungsbereich, in der eigenen Ausbildung der bayerischen Finanzverwaltung kontinuierlich und verstetigt arbeiten. Das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Ritter, behauptet haben, ist der Fall. Schon meine Vorgänger haben sich für diese Verstetigung in der Ausbildung eingesetzt. Ich setze diesen Weg konsequent fort.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Neben den neuen Stellen werden für die Steuerverwaltung aber auch rund 1.900 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, davon über 1.600 für die Beschäftigten bei den Finanzämtern und 237 für die Beschäftigten beim Landesamt für Steuern. Die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten kommen sowohl dem Außendienst als auch dem Innendienst in allen 82 Finanzämtern und in allen 25 Außenstellen zugute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen damit auch mit unserer eigenen Personalpolitik deutlich, dass wir kontinuierlich ausbilden, dass wir, weil sich die Arbeitsweise ändert, auch entsprechend nachsteuern und dass wir darauf achten, dass insbesondere der Außendienst und die Außenstellen entsprechend gestärkt werden. Das ist die richtige organisatorische Antwort auf die Herausforderungen in der bayerischen Finanzverwaltung.

Wir werden zum Zweiten natürlich auch im Einzelplan 06 der Konjunkturpolitik gerecht. Auch im Einzelplan 06 helfen wir der Konjunktur. Gegenüber dem letzten Doppelhaushalt werden 23,6 Millionen Euro zusätzlich für den Hochbau eingesetzt, und im Rahmen der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes sind für die Jahre 2009 bis 2011 Investitionen im Umfang von 10,7 Millionen Euro vorgesehen.

Auch da, lieber Herr Ritter, stimmt das Verhältnis: 2 zu 1. Mehr als 20 Millionen Euro setzen wir selber mit bayerischen Steuergeldern im Hochbau für Investitionen ein, und 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes nehmen wir zusätzlich in die Hand. Ein besseres Verhältnis gibt es nicht. 2 zu 1 heißt, mit über 20 Millionen Euro geht Bayern in diesem Bereich in die Investition, und 10 Millionen Euro organisieren wir zusätzlich über die Konjunkturpolitik des Bundes. Dieses Verhältnis stimmt. Es ist das richtige Verhältnis: 2 zu 1, 2 bei Bayern, 1 bei Deutschland. So können wir, glaube ich, auch vernünftig arbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Der dritte Bereich ist nicht weniger wichtig; denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, inzwischen werden über 90 % der Arbeiten der Finanzämter IT-gestützt erledigt. Deshalb haben wir in einem weiteren, einem dritten Schwerpunkt, den Ausbau der Automatisierungsunterstützung vorgenommen, mit über 171 Millionen Euro, einschließlich der Ausbauten in den Rechenzentren und beim eGovernment. Wir werden damit unserer Aufgabe gerecht. Es freut mich, dass Sie parallel zur Abschlussdebatte meines Ressorts im Steineren Saal die Möglichkeit haben, Anwendungen online ansehen zu können. Von den 170 Millionen Euro wurden etwa 130 Millionen Euro für die Steuerverwaltung eingeplant, 40 Millionen Euro insbesondere für den Schwerpunkt Vermessung. Ich lade Sie ein: Schauen Sie sich die Anwendungen an, die wir gemeinsam mit dem Landwirtschafts- und dem Innenministerium, insbesondere der Obersten Baubehörde, dem Umweltministerium und dem Landesamt für Denkmalpflege in unserer Vermessungsverwaltung anbieten. Überzeugen Sie sich von der Qualität und vom Einsatz unserer staatlichen Verwaltung, vor allem dann, wenn es um EDV-gestützte Anwendungen geht.

(Beifall bei der CSU)

Ich will die Gelegenheit dieser Fachdebatte meines Ressorts auch nutzen, um Sie über eine Generalentscheidung in der Organisation der bayerischen Finanzverwaltung zu informieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten im Großraum München in den letzten Jahren eine einzigartige dynamische Wirtschaftsentwicklung beobachten. Demgegenüber behinderten die bestehenden Strukturen ein rationelles und innovatives Arbeiten an den Münchner Finanzämtern. Beim Finanzamtsbezirk München, der für die Landeshauptstadt und den Landkreis München zuständig ist, gab es Probleme wegen der starren Zuständigkeitsregeln. So konnte Personal nicht flexibel eingesetzt werden. Dieses Problem lässt sich aber nicht mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen allein lösen. Der Standort München ist ein wirtschaftlicher Sonderfall, ein Spezialfall, denn er steht für über 30 % der bayerischen Steuereinnahmen. Ich glaube, wir brauchen deshalb für München eine eigene, eine maßgeschneiderte Lösung.

Ich will herausarbeiten, dass das nicht an der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung liegt, und es liegt auch nicht an der Arbeit der bayerischen Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten. Es liegt einfach daran, dass wir anders organisieren müssen. Deshalb haben wir ein Projekt noch unter meinem Amtsvorgänger Kurt Faltthäuser begonnen, das

sich mit der Neuorganisation der Münchner Finanzämter auseinandersetzt. In den Gremien waren die Finanzämter, die Personalvertretungen, das Landesamt und das Finanzministerium vertreten. Am Schluss waren über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Entwicklung des Gesamtkonzepts beteiligt. Das Ergebnis ist ein neustrukturiertes Finanzamt, das für München einheitlich agiert.

Das bringt nur Vorteile: eine optimale Verteilung der täglichen Arbeit und damit eine gleichmäßigere Arbeitsbelastung, eine verbesserte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Arbeitsbereiche, einen effizienteren Personaleinsatz, die Vereinheitlichung der Prüfungs-dichte in den Außendiensten und bei der Bearbeitungsqualität in allen Arbeitsgebieten, einen gleichmäßigeren Steuervollzug, einen Abbau der Bürokratie - weil Zuständigkeitsfragen im Außenverhältnis in Zukunft keine Rolle mehr spielen - und mehr Bürgerfreundlichkeit, weil die Unternehmen und deren steuerliche Vertreter in München nur noch eine Anlaufstelle haben. Nicht zu vergessen ist, auch darauf wird geachtet, Herr Abgeordneter Hallitzky, eine Erhöhung der Steuereinnahmen.

An dieser Stelle will ich betonen, dass die Maßnahme nicht dazu dient, Stellen abzubauen. Die Reform der Organisation des Finanzamtsbezirks München dient vielmehr dem Ziel, das vorhandene Personal besser und zielgenauer einzusetzen. Wir werden diese Organisationsmaßnahme schrittweise durchführen. Die Gründungsphase beginnt am 1. August dieses Jahres. Die erste Zwischenstufe wird am 1. Januar 2010 sein. Wir verfolgen eine Zielstruktur. Von zentraler, übergeordneter Bedeutung ist dabei, dass die Mitarbeiter auch in Zukunft in den Reformprozess einbezogen werden.

Das Finanzamt München, für die Stadt und den Landkreis zuständig, wird bereits zum 1. August 2009 als selbstständige Behörde eingerichtet. In dieser Gründungsstruktur bilden im Wesentlichen die bisherigen anderen Münchner Finanzämter die nebeneinander stehenden Abteilungen. Sie werden nur, ich sage das in Anführungszeichen, unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach zusammengeführt. Zu diesem Zeitpunkt sind die Betriebsprüfungsstellen organisatorisch noch den einzelnen Abteilungen zugeordnet. Die Prüfungen erfolgen aber bereits anhand eines gemeinsamen Prüfungsgeschäftsplans für den gesamten Bereich München. Bereits jetzt steht fest, dass die Betriebsprüfungsstellen bis zum 1. Januar 2010 technisch und organisatorisch zusammengeführt werden. Anschließend kann eine eigene, geschlossene Abteilung Betriebsprüfung eingerichtet werden.

Eine einheitliche Münchner Betriebsprüfung darf in ihrer Zuständigkeit eben nicht mehr von den Rechts-

formen abhängig sein oder gar - das war fast nicht mehr nachvollziehbar - von den Anfangsbuchstaben her ihre Arbeit organisieren. In Zukunft kann sie bei großen Betrieben, und die haben wir in München in großer Anzahl, sachorientiert nach einzelnen Branchen ausgerichtet werden. Diese neue Struktur ermöglicht es nicht nur, flexibel auf die sich ständig verändernden Betriebsstrukturen zu reagieren, sondern auch, einheitlich auf neue Besteuerungsmodelle oder auf akute Probleme der Unternehmensbesteuerung einzugehen. Damit wird es möglich, problembezogene Einheiten zu bilden und vonseiten der Finanzverwaltung mit den spezialisierten Großkanzleien gleichzuziehen. Die so gewonnene Effizienz der Münchner Betriebsprüfung führt dann auch zu einer verbesserten Auswahl der prüfungsbedürftigen Betriebe. Wir können dann die Ungerechtigkeit zwischen dem Land und dem Sonderbereich München, die bisher in der Häufigkeit der Betriebsprüfungen lag, ausgleichen.

Die weitere Umstrukturierung erfolgt schrittweise bis zum Jahr 2012. Bis dahin soll die endgültige Organisationsstruktur erreicht werden. Ich will hier auch deutlich machen, dass die Organisationsentscheidung für München nichts an unserer Absicht ändert, Arbeiten aus München in den ländlichen Raum zu verlagern.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Von dieser Maßnahme nicht betroffen ist beispielsweise die Verlagerung der Finanzkassen, die wir schon im Jahr 2008 gestartet haben. Die Aufgaben der Finanzkasse des Zentralfinanzamts München werden seit Mitte 2008 an die sechs Standorte Deggendorf, Dillingen, Eichstätt, Ingolstadt, Mühldorf und Zwiessel ausgelagert. Bis Ende 2009 soll diese Maßnahme abgeschlossen werden. Für München haben wir eine Sonderform, eine maßgeschneiderte Organisationsstruktur gefunden. Wir werden weiter daran arbeiten, die Arbeit ins Land, zu den Menschen zu bringen. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, auch die Münchner Finanzverwaltung weiter zu verschlanken und die Arbeit in der Region weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Finanzverwaltung in Bayern fängt bei den Finanzämtern an, sie geht über die Vermessungsämter, die Verwaltung der Schlösser und Seen und über die Beteiligung bei den Liegenschaften bis hin zum Landesamt für Finanzen. Sie ist hoch motiviert und hoch effizient. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kollege Hallitzky hat um eine Zwischenbemerkung gebeten.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Finanzminister, sinngemäß haben Sie am Anfang gesagt: Die GRÜNEN sind dafür, die Bürger ordentlich mit Steuern zu belasten, während ich, Finanzminister Fahrenschon, CSU, sie entlasten und deshalb die Steuern senken will. So leicht kann man es sich nicht machen. Wir alle wollen weniger Steuern zahlen, wir sind doch nicht blöd. Wenn es anders wäre, dann wären wir Idioten. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass manche Ihrer Forderungen für sich gesehen durchaus sinnvoll sind. Diese Wünsche haben aber nichts mit der steuer- und finanzpolitischen Realität in diesem Lande zu tun. Es ist kein Geld für Steuererleichterungen da.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Zusammenbrechen der Steuereinnahmen infolge der Wirtschaftskrise, die Abarbeitung der Landesbanklasten, die Finanzierung der Konjunkturpakete, die Lasten, die wir durch höhere Arbeitslosigkeit haben werden, und die unstrittige Notwendigkeit, mehr in Bildung zu investieren, alle diese Ausgaben sind zu schultern. Wie wollen Sie diese Versprechungen denn ganz konkret gegenfinanzieren? Sie können es nicht! Sie sollten deshalb keine Steuersenkungen versprechen, die Sie nach Schließung der Wahllokale im Herbst wieder zurücknehmen müssen. So viel Ehrlichkeit erwarte ich vom bayerischen Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entweder Sie sagen konkret, wo Sie das Geld hernehmen wollen, oder Sie versprechen unseriöse Steuersenkungen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Finanzminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hallitzky, eigentlich müssten Sie es doch besser wissen. Weil wir die aktuelle Debatte in Berlin und in Europa weiterverfolgen, haben wir in diesem Doppelhaushalt nachgezogen. Die Entscheidungen der Großen Koalition, die Einkommensteuer über eine Anhebung des Grundfreibetrags und durch eine Rechtsverschiebung des Tarifs im Hinblick auf eine Entlastung zu verändern, sind in unserem Doppelhaushalt nachvollzogen worden. Wir haben mit einer extra Nachschublisse noch im März die Entscheidungen, die wir aus Bayern in Berlin durchgesetzt haben, entsprechend nachgezogen.

Am Ende, lieber Herr Hallitzky, geht es doch um die andere zentrale Frage: Wie schaffen wir es gemeinsam, dass Deutschland möglichst schnell aus dieser wirtschaftlichen Krise kommt, und wie können wir erreichen, dass Deutschland strukturell gestärkt und schneller als andere aus dieser Krise herauskommt?

Deshalb brauchen wir Wachstum, und für Wachstum brauchen wir die Entlastung der privaten Haushalte. Die privaten Haushalte können wir aber nur über Steuer- und Abgabensenkungen entlasten, und deswegen sind wir von diesem Weg überzeugt. Lassen Sie uns am Ende dieses Jahres Bilanz ziehen - das muss unser Ansatz sein - und nicht jetzt die Leute verwirren. Wir setzen auf Konsum, wir setzen auf Wachstum, und deshalb setzen wir auf Steuersenkungen und nicht auf -erhöhungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/297 und 16/315 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/887, zugrunde.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/887 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich stelle fest, dass dies die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder sind. Gegenprobe! - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/297 und 16/315 als erledigt.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen er-

forderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 21:

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und
Gesundheit**

hierzu:

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/614
mit 16/619 und 16/693)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/632 mit 16/635 und 16/637 mit 16/640)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/675 mit 16/677)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion
(Drs. 16/703)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 15 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten und auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten betragen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Martin Bachhuber das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Hochverehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, Herr Ministerpräsident! In Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen verdeut-

licht der Entwurf des Einzelplans 12 für den Haushalt 2009/2010, dass Sie, Herr Staatsminister Dr. Söder, ein hohes Maß an Verantwortung im sorgsamem Umgang mit Steuergeldern beweisen. Dieser Haushalt hält, was die Bayerische Staatsregierung zu Beginn der 16. Amtsperiode des Landtags versprochen hat.

Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, da können Sie behaupten, was Sie wollen: Dieser Doppelhaushalt ist im wahrsten Sinne des Wortes in doppelter Hinsicht zukunftsweisend, und zwar deshalb, weil in den Bereichen Umwelt und Gesundheit all jene Projekte und Vorhaben mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattet werden, die auch in den kommenden beiden Jahren und darüber hinaus den hohen Ansprüchen mehr als gerecht werden, die wir alle an den Schutz von Natur und Umwelt sowie die gesundheitliche Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats stellen.

Zugleich wird dieser Haushalt aber auch dem gerecht, dem wir uns alle in diesem Hause verpflichtet fühlen sollten: einem gezielten, sinngerichteten und sorgsamem Umgang mit den Steuergeldern.

Lassen Sie mich kurz auf die wesentlichen Inhalte dieses Haushalts eingehen. Der Anteil des Einzelplans 12 am Gesamthaushalt beträgt rund 2 %. Das Ausgabevolumen ging um rund 18 Millionen Euro zurück, was mit der neuen Zuordnung der Geschäftsbereiche zusammenhängt.

Erfreulich ist die Investitionsquote mit rund 33 %, 35 % im Verhältnis zum Gesamthaushalt mit rund 5,5 %. Damit können Sie, meine sehr verehrten Bürgerinnen und Bürger des Freistaates, sehr wohl zufrieden sein.

Natürlich gab es bei den Beratungen des Haushalts von der Opposition Kritik. Bevor Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, jedoch wieder Kritik vorbringen, müssen Sie sich von mir eines sagen lassen: Ihre Anträge, die Sie im Laufe der Haushaltsvorberatungen in den Ausschüssen eingebracht haben, in allen Ehren. Aber wenn Sie schon Forderungen erheben, die den Freistaat in den Jahren 2009/2010 insgesamt rund 130 Millionen Euro zusätzlich kosten würden, sollten Sie bitte schön auch sagen, woher dieses Geld kommen soll und womit wir all diese Maßnahmen gegenfinanzieren sollen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Es ist durchaus das Vorrecht der Opposition, einen Wunschzettel nach dem anderen zu schreiben und darauf zu hoffen: Das Christkind wird es schon richten. Eine Politik zu betreiben, die auf dem Christkind-Prinzip beruht, ist aber nicht nur an Weihnachten verfehlt.

Die GRÜNEN haben sich von diesem Wunderglauben wenigstens ein Stück weit entfernt, aber nur ein Stück. Sie glauben jetzt nicht mehr ans Christkind, sondern dafür an den Osterhasen.

(Heiterkeit bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Aber auch wenn der Osterhase erst in ein paar Tagen kommt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: So viele Eier können Sie gar nicht finden, dass wir Ihren Vorschlägen folgen könnten.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Beschäftigen Sie sich jetzt auch einmal mit dem Thema?)

Noch einmal: 130 Millionen Euro würde es kosten, wenn wir den Vorschlägen der Opposition in diesem Einzelplan folgen würden. Bis auf einen Vorschlag der GRÜNEN zur Gegenfinanzierung im Wert von 13 Millionen Euro - dafür wollten Sie den Gemeinden die Zuschüsse für die Wasserversorgung kürzen - war aber auch von Ihnen nichts zu hören.

So kann man keinen Haushalt aufstellen. Mit uns ist eine derartige Politik in jedem Fall nicht zu machen. Deshalb mein Tipp an Sie für den nächsten Doppelhaushalt: Setzen Sie sich von der Opposition zusammen - am besten aber auf den Boden der Tatsachen und nicht in einem Traumschloss. Setzen Sie sich zusammen und machen Sie seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Dann können wir über alles reden. Anders ist mit uns keine seriöse Umwelt-, Gesundheits- und Haushaltspolitik zu machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo!)

In wichtigen Bereichen wie dem Naturschutz, dem Lärmschutz, der Altlastensanierung sowie der Sucht- und Drogenbekämpfung konnten die Ausgaben trotz der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen erhöht werden. Mit diesem Entwurf ist es möglich, die zentralen politischen Anliegen des Geschäftsbereichs Umwelt und Gesundheit zu realisieren.

Lassen Sie mich noch kurz auf wesentliche Punkte in diesem umfassenden Haushalt eingehen: Die Ansätze beim Naturschutz werden jährlich um 2,6 Millionen Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel sind insbesondere für die Umsetzung der von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Biodiversitätsstrategie, der Ausweitung des Vertragsbestandes beim Erschwernisausgleich sowie für die erhöhte Naturparkförderung bestimmt. Durch die Bereitstellung der zusätzlichen Haushaltsmittel können auch die staatlichen Mittel für besondere Leistungen der Landwirtschaft für Naturschutz und Landschaftspflege im nächsten Doppelhaushalt erhöht werden.

Das ist meines Erachtens in zweierlei Hinsicht von großer Bedeutung: Zum einen wird mit der Ausweitung des Vertragsbestandes beim Erschwernisausgleich die wichtige Arbeit unserer Landwirte gewürdigt, ohne die es die einzigartige bayerische Kulturlandschaft in vielen Regionen nicht mehr geben würde. Zum anderen ist dieser Doppelhaushalt ein beeindruckender Beweis dafür, dass der Freistaat trotz der konjunkturellen Unwägbarkeiten dem Naturschutz weiter einen sehr hohen Stellenwert einräumt. Unsere Natur, unsere Umwelt und unsere Tierwelt sind unsere Lebensgrundlagen. Und diese Lebensgrundlagen werden wir auch weiterhin schützen und pflegen, damit sie unseren Nachkommen in der gleichen Fülle und Artenvielfalt erhalten bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was mich als "Voralpenlandbewohner" besonders freut, ist: Die zusätzlichen Mittel von jährlich 500.000 Euro sollen für die Förderung des umweltgerechten Umbaus von Berghütten sowie die Generalinstandsetzung und Beschilderung von Wanderwegen eingesetzt werden.

Der Alpenraum ist ein Naturraum von einzigartiger Schönheit, der Jahr für Jahr Millionen von Erholungssuchenden anlockt. Der Tourismus mit Urlaubern, Ausflüglern und Naherholern ist in vielen Gemeinden der wichtigste Wirtschaftszweig und Lebensgrundlage. Unser Bestreben muss es deshalb sein, hier einerseits die Interessen der Menschen, die vom Fremdenverkehr leben, und andererseits den Schutz der Natur in Einklang zu bringen. Wenn nun Hütten umweltgerecht saniert und weitere Wanderwege beschildert werden, dann sind wir auf einem sehr guten Weg.

Erfreulich ist natürlich auch der Ansatz zur Förderung von Lärmschutzmaßnahmen an Straßen im kommunalen Bereich mit jährlich fast 20 Millionen Euro. Gefördert werden aktive Lärmschutzmaßnahmen wie lärmarme Fahrbahnbeläge und passiver Schallschutz. Sie dürfen mir glauben, als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich um die Vorzüge solcher Programme.

Noch ein Wort zur Umweltbildung, für die im Doppelhaushalt 2,4 Millionen Euro veranschlagt sind: Für uns Politiker ist es ein wesentlicher Auftrag, dass wir diese Einrichtungen auch in Zukunft im erforderlichen Maße fördern. Es darf gerade beim Umweltschutz und bei der Umweltbildung keine Abstriche geben. Hier Abstriche zu machen, würde bedeuten, das bisher Erreichte im Umwelt- und Naturschutz aufs Spiel zu setzen. Angesichts der Klimaerwärmung und eines weiter viel zu hohen CO₂-Ausstoßes ist dies keine Alternative.

Dieser Doppelhaushalt wird diesem Anspruch gerecht, weil wir der Umweltbildung weiterhin einen großen Stel-

lenwert einräumen. Dies wird alleine daran ersichtlich, dass die Ansätze für die Umweltstationen und das Freiwillige Ökologische Jahr auf einem in den letzten Jahren erhöhten Niveau fortgeführt werden. Weitere Mittel hierfür stehen im Übrigen auch im Umweltfonds zur Verfügung.

Ganz erfreulich ist natürlich auch, dass in diesem Doppelhaushalt jährlich wieder 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung gestellt können.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Damit gibt der Freistaat in den Jahren 2006 bis 2010 für diese Schutzmaßnahmen über eine Dreiviertelmilliarde aus, oder kurz, wie unser Ministerpräsident eingangs dieser Plenarwoche gesagt hat: Versprochen - gehalten.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Der Ansatz für die Förderung der Wasserversorgungsanlagen wird auf dem bisherigen Niveau von 10 Millionen Euro fortgeführt. Besonders erfreulich ist natürlich, dass für die Förderung der kommunalen Abwasseranlagen insgesamt 155 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für die Förderung der Kleinkläranlagen werden insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit kann ein Großteil der zu erwartenden Anträge zeitnah bedient werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Sie brauchen mir nicht zu sagen, was das den Gemeinden wert ist. Wir wissen das schon. Ich war 24 Jahre Bürgermeister. Lassen Sie mich weiterreden. Alle diese Punkte freuen mich als ehemaligen Bürgermeister und nach wie vor leidenschaftlichen Kommunalpolitiker. Ich rede nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern weiß, was ich sage.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Freistaat könnte es sich angesichts der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage leicht machen, hier die Kommunen im Regen stehen zu lassen. Aber genau das ist nicht die Politik der CSU, das sage ich Ihnen immer wieder. Die CSU war und ist immer ein verlässlicher Partner der Städte, Gemeinden und Landkreise. Dies zeigt sich innerhalb dieses Einzelplans nirgendwo sonst so deutlich wie bei der Förderung von Projekten der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Förderung der Kleinkläranlagen - das müssen wir auch einmal sagen - lassen wir die Besitzer von Anwesen nicht im Regen stehen, die weit abgele-

gen sind. Auch hier erfüllen wir den Auftrag einer umweltgerechten und fairen Politik, weil wir alle Bürger gleich behandeln wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch ein paar Sätze zur Gesundheit: Der Ansatz für die Krankenhausfinanzierung wird um 22,4 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro angehoben. Dies ist angesichts der Fördersituation bei der Krankenhausfinanzierung geboten und soll einer beschleunigten Aufnahme neuer Krankenhausprojekte in die Förderung sowie einer schnelleren Abfinanzierung laufender Projekte dienen.

Für Energieeinsparungen an Krankenhäusern werden aus dem Konjunkturprogramm insgesamt 70 Millionen Euro bereitgestellt. Ferner werden aus diesem Programm für die Förderung kleiner Krankenhausbauvorhaben immerhin noch 40 Millionen Euro veranschlagt.

Gerade mit Blick auf die derzeitige Debatte um das Gesundheitssystem setzt der Freistaat mit der Bereitstellung dieser Finanzmittel ein erfreuliches Zeichen dafür, dass eine wohnortnahe Versorgung von Patienten weiter das oberste Gebot unserer Gesundheitspolitik ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Mit diesen insgesamt 540 Millionen Euro, die alleine für die Krankenhäuser im laufenden und im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, wird maßgeblich dazu beigetragen, viele kleine Krankenhäuser auf dem Lande zu sichern und zu stärken. Ob Sie das gerne hören oder nicht - wir stehen auch für die Versorgung im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das geschieht einzig und allein im Sinne der Menschen, die ein Anrecht darauf haben, in der Nähe ihres Wohnortes bestmöglich medizinisch versorgt zu werden. Und ganz nebenbei möchte ich als Kreistagsmitglied auch noch anmerken: Diese Mittel entlasten ebenfalls die Kreise und Kommunen, in deren Trägerschaft die weitaus größte Zahl der Krankenhäuser steht. Ich kann mich deshalb nur wiederholen: Der Freistaat Bayern wird auch in diesem Bereich seiner Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht. Wer diesen Einzelplan ablehnt, der lehnt auch gleichzeitig die Unterstützung der Kommunen ab. Das muss Ihnen bewusst sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erwähnenswert sind in diesem großen Haushalt auch noch die zusätzlichen Mittel für die Gesundheitsvorsorge, für die Drogen- und Suchtprävention und für viele andere Maßnahmen, die hier den Menschen im Frei-

staat Bayern helfen. Auch für die Beschaffung von Impfstoff gegen die Blauzungenkrankheit wurden Mittel eingestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hochverehrtes Haus, abschließend stelle ich fest: Der uns vorliegende Haushalt ist ausgewogen. Alle wichtigen Bereiche von Umwelt und Gesundheit, Naturschutz, Lärmschutz, Altlastensanierung, Gesundheitsvorsorge, Sucht- und Drogenbekämpfung, Krankenhausfinanzierung, Hochwasserschutz, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind bestens berücksichtigt. Der Einzelplan 12 wird dazu beitragen, dass Bayern weiterhin die Premiumregion in Europa bleibt. Das passiert nur deshalb, weil wir uns weder auf das Christkind noch auf den Osterhasen und auch nicht auf Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, verlassen, sondern alleine auf unseren gesunden Menschenverstand. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank.

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Außerhalb der Tagesordnung habe ich eine Bekanntgabe zu machen: Frau Kollegin Barbara Rütting hat heute Morgen durch Übergabe einer notariellen Urkunde an Frau Präsidentin Stamm ihren Verzicht auf ihr Landtagsmandat mit Ablauf des heutigen Tages erklärt. Die Kollegin scheidet damit gemäß Artikel 56 des Landeswahlgesetzes mit Ablauf des heutigen Tages aus dem Bayerischen Landtag aus.

Im Namen von Frau Präsidentin Stamm wie im Namen des gesamten Hauses danke ich Frau Kollegin Rütting für ihre parlamentarische Arbeit, die sie über fünf Jahre im Landtag geleistet hat. Sie war zweimal Alterspräsidentin. Sie war auch die an Jahren älteste Abgeordnete in einem deutschen Parlament - ein guter Ansporn für uns ältere Abgeordnete.

(Allgemeine Heiterkeit)

Frau Rütting wird sicherlich noch ausführlicher geehrt werden, deshalb möchte ich nur kurz sagen: Frau Rütting war ein belebendes Element in unserem Parlament.

(Allgemeiner Beifall)

Sie hat uns vielerlei Gedankenanstöße gegeben - manche sehr unkonventionell, aber oft sehr, sehr erfrischend. Frau Rütting war eine besondere Persönlichkeit im Parlament. Ich bedauere deswegen ihr

Ausscheiden. Wir wünschen ihr alle eine gute Zukunft, vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Der selbsternannte "Lebensminister" Söder pflegt zurzeit durch die Lande zu ziehen und zu sagen, er habe sich vorgestellt, zu 80 % mit der Umweltpolitik und nur zu 20 % mit der Gesundheitspolitik beschäftigt zu sein, und dass das aber seit Amtsantritt umgekehrt sei. Im Einzelplan 12 ist es nicht einmal umgekehrt. Dort entfallen knapp 5 % der Gelder auf den Bereich Gesundheit. Das muss nicht prinzipiell etwas Schlechtes bedeuten. Wir werden aber noch darauf zu sprechen kommen, wo die Akzente tatsächlich falsch oder zu wenig gesetzt sind.

Von den 80 %, die sich der Minister mit Gesundheit beschäftigt - jetzt wird es schwieriger -, sind ungefähr 95 % Bundespolitik und Wahlkampfgetöse, also Dinge, die dieses Haus nichts angehen. Diese Zeit fehlt aber für Dinge, die in diesem Haus passieren müssten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an drei Beispielen exemplarisch für den Bereich Gesundheit aufzeigen, wo Sie Ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind.

Das ist zum einen die Versorgung psychisch Kranker. Das ist ein schwieriges Thema, weil zwar die Psychiatrie in das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit einressortiert wurde, die Gelder für die Versorgung der psychisch Kranken aber immer noch im Einzelplan 10 stehen. Ich weiß nicht, was passiert ist. Es hilft auch nichts. Sie haben unsere Anträge auf Erhöhung in diesem wichtigen Bereich leider abgelehnt, obwohl Sie wissen, dass die psychischen Erkrankungen ständig mehr werden und es massive finanzielle Defizite in der ambulanten Versorgung gibt. Es besteht eine riesige Diskrepanz, sodass man den Erfordernissen der Versorgung der Bevölkerung in keiner Weise gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Thema ist die Aids-Prävention. Es reicht nicht, Herr Staatsminister, wenn Sie unaufhörlich zum Thema Aids-Pressemitteilungen absondern - zuletzt am 28. November 2008 in Vorbereitung des Welt-Aids-Tages -, in denen Sie die Wichtigkeit des Themas in den Vordergrund stellen, vom Bund mehr Unterstützung fordern und mitteilen, dass die Gesundheitsämter Großes leisteten. Das ist in der Tat so. Allerdings lassen Sie,

Herr Minister, die Gesundheitsämter im Regen stehen und erkunden nicht deren zusätzlichen Bedarf, damit sie den zusätzlichen Aufgaben gerecht werden können. Sie haben die Mittel im Freistaat nicht an die Bedürfnisse angepasst. Das wäre Ihre Verantwortung, der Sie auch in diesem Bereich nicht gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Drittes Beispiel: Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt, der abgelehnt wurde, weil er von der Opposition kommt und deswegen auch nicht richtig sein kann. Mein Vorredner hat sich lobend geäußert, dass die Mittel für die Suchtbekämpfung erhöht worden seien. Ich weiß nicht, aus welchem Teil des Haushaltes Sie das herauslesen. Die Mittel sinken de facto. Schauen Sie sich bitte die Zahlen an. Der Hinweis auf wegfallende Haushaltssperren ist nicht hilfreich. Die Mittel für die Suchtbekämpfung sinken. Wir wissen aber, dass die Probleme dramatisch steigen.

Sie kennen die Probleme des Alkoholabusus von Jugendlichen. Sie wissen wahrscheinlich nicht - deshalb sage ich es Ihnen -, dass 40 % der Kinder, die als 13-jährige regelmäßig trinken, als Erwachsene alkoholabhängig werden. Das ist nicht nur ein soziales Problem der Betroffenen, sondern das ist auch ein massives volkswirtschaftliches Problem.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es völlig unsinnig, die Gelder für diesen Bereich herunterzufahren. Herr Dr. Bernhard, Frau Huml und Herr Dr. Söder ziehen unaufhörlich durch die Lande und loben die flächendeckende Implementierung des Projektes "HaLT!". Das ist in der Tat ein sinnvolles und das einzig evaluierte Projekt, um diesem Problem zu begegnen. Allerdings gibt es 20 Standorte, und es werden insgesamt 300.000 Euro dafür ausgegeben. Sie wissen sehr genau, dass man damit nicht überall so vorbildliche Projekte wie in Rosenheim finanzieren kann und es nicht sinnvoll ist, nur 10.000 Euro zu geben, damit "HaLT!"-Light passiert. Wenn Sie das wirklich wollen, müssten Sie die Gelder zur Verfügung stellen.

Sie müssten endlich eine Kampagne gegen den Konsum von Tabakprodukten durchführen, anstatt das Gesundheitsschutzgesetz aufzuweichen.

(Beifall des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir haben für diesen Bereich Anträge gestellt, die knapp 10 Millionen Euro Ausgaben beinhalteten. Sie haben 10 Milliarden Euro locker für die Landesbank bereitgestellt, aber für diese wichtigen Bereiche sind nicht einmal kleine Beträge zur Verfügung gestellt worden. Das ist der Sache nicht dienlich.

Ein letztes Wort zur Krankenhausfinanzierung: Richtig ist, dass mehr Geld eingestellt wurde. Das kommt aber viel zu spät; denn Sie haben über Jahre und Jahrzehnte ihre Verantwortung auch in diesem Bereich nicht wahrgenommen. Die Krankenhäuser sind zum Teil in einem desaströsen Zustand. Sie, Herr Minister Söder, und der Ministerpräsident ziehen durch die Lande und versprechen an jeder Stelle Geld. Geld wird aber nicht über Pressemitteilungen verteilt, sondern über das Einstellen in den Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere auch sehr, dass Sie unsere weitergehenden Anträge aus dem Paket "Rettungsschirm" nicht angenommen haben; denn damit könnte man tatsächlich einen Teil der Versäumnisse in diesem wichtigen Bereich aufholen.

Wir werden aus den genannten Gründen und den Gründen, die sich aus dem Haushalt für den Bereich Umwelt ergeben und die Herr Wörner für die SPD darstellen wird, dem Einzelplan 12 nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Lebensminister Dr. Söder, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen für die Freien Wähler einige Überlegungen zum Thema Umwelt vortragen. Wir sind uns alle einig: Wir wollen die Schöpfung bewahren, wir wollen Ökologie und Ökonomie versöhnen, wir wollen die Arten erhalten, wir wollen Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern, wir wollen eine strategische, intelligente Klima- und Umweltschutzpolitik, wir wollen die Ressourcen schonen und natürlich die Fließgewässer erhalten sowie die ökologische Substanz Bayerns stärken.

Punkt eins: Der Klimaschutz. Wir müssen und wollen natürlich an den Klimaschutzziele festhalten, weil Klimaschutz die Mega-Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist. So beschloss beispielsweise das Bundeskabinett eine drastische CO₂-Senkung bis zum Jahr 2020. Es wurde festgelegt, dass in Deutschland die Emissionen um 40 % gegenüber dem Stand von 1990 sinken sollten.

Und was für Deutschland gilt, gilt natürlich auch für Bayern. Da frage ich: Wie ist der Ist-Zustand in Bayern?

Es gibt verschiedene Rankings. Und da liegt Bayern im Geo-Ländertest beim Energieverbrauch im hinteren Drittel. Derzeit belaufen sich die CO₂-Emissionen in Bayern auf 80 Millionen Tonnen; 1990 lag der Ver-

brauch bei 85 Millionen Tonnen. Wir meinen, dass diese CO₂-Reduzierung in Bayern viel zu gering ist, und es ist keinesfalls zu erwarten, dass wir im Jahre 2020 dann bei 34 Millionen Tonnen landen.

Im Koalitionsvertrag - Sie erwähnen das immer, Herr Dr. Söder - ist von sieben Tonnen pro Kopf im Jahr die Rede, die Sie auf weniger als sechs Tonnen reduzieren wollen. Sie bleiben dabei aber völlig im Unverbindlichen, ob es 5,9 oder 5,8 Tonnen sein werden oder höchstens vier Tonnen, was eigentlich das Mindeste sein sollte. All das ist zuwenig, da wir wissen, dass der Verbrauch im Jahre 1990 7,5 Tonnen betrug. Das alles ist für uns kein Fortschritt. Wir brauchen eine offensive Klimaschutzpolitik mit einer viel größeren Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, um die Herausforderungen in Bayern zu schultern.

Kommen wir zurück zum Geo-Ländertest im Zusammenhang mit der Windenergie. Da liegt Bayern mit 0,5 % Anteil an erneuerbaren Energien an 15. und damit vorletzter Stelle. 0,5 %! Ich frage Sie, Herr Minister, wie Sie Ihre Windenergieoffensive in Bayern zu starten gedenken. Bayern soll doch in allen Bereichen Spitze sein. Herr Söder, machen Sie doch so viel Wind beim Thema Windenergie, wie bei der Gesundheitsreform!

(Beifall bei den Freien Wählern - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Machen Sie das nur da? Das wäre die richtige Frage!)

Und wie sieht nun die Strategie der Freien Wähler aus? Wir haben die Zahlen im Ausschuss diskutiert und meinen, dass noch mehr Geld als bisher in die Klimaschutzpolitik gesteckt werden muss, denn es ist dies eine notwendige Prävention gegen Schäden, die sonst später nur noch viel größer sein würden.

Unsere Umsetzungsstrategie finden Sie in unseren Anträgen. Die Freien Wähler haben zum Klimaschutz acht Anträge gestellt. Es ging um die Erhöhung der Mittel für energetische Sanierung staatlicher Gebäude, um die Erhöhung der Mittel für das Programm "Bioenergie in Bayern", das Einfügen einer neuen Titelgruppe "Förderung von Energieagenturen an den Landratsämtern", die Erhöhung der Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen, die Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald oder der Mittel für den Waldumbau.

Auch bei den Umweltstationen - das wurde gerade gesagt - haben wir eine Erhöhung verlangt. Wir sind zwar froh, dass jetzt so viel Geld für Umweltstationen im Haushalt enthalten ist, aber wir wissen doch auch, meine Damen und Herren, dass mit dem neuen G 8 sehr viel mehr W- und P-Seminare angeboten werden.

Damit werden die Umweltstationen in den kommenden Jahren sehr viel stärker frequentiert werden, und das bedeutet einen höheren Mittelbedarf.

Über all diese Anträge der Freien Wähler - das haben wir im Ausschuss inzwischen gelernt - wurde nicht oder kaum diskutiert. Sie wurden pauschal abgelehnt. Das war für uns sehr enttäuschend. Man bekommt das Gefühl, dass es der CSU und der FDP gar nicht um die Sache geht. Es wurde im ersten Redebeitrag auch schon angedeutet, nur wir sind gut; die anderen haben unrealistische Ziele.

Doch aufgepasst, meine Damen und Herren! Die Bürger in Bayern sind möglicherweise schlauer, als Sie meinen. Wir Freien Wähler geben trotzdem nicht auf. Im Gegenteil. Unsere Fraktion hat zum Beispiel vor wenigen Wochen eine Exkursion ins fränkische Merkendorf gemacht. Dort haben wir gesehen, dass es eine Energiewende geben kann, und zwar von unten nach oben. Dort, wo die Bürger erkannt haben, dass Energieeffizienz und dezentrale neue Energieanlagen einen nachhaltigen Auftrieb für den Wirtschaftskreislauf einer Region bringen, wird das von den Bürgern auch akzeptiert.

In Merkendorf erzeugen zahlreiche mit erneuerbarer Energie arbeitende Anlagen 136 % des eigenen Strombedarfs. Wir wollen diese Energiewende von unten nach oben mit regionalen Leuchtturmprojekten zusammen mit den Bürgern in allen Kommunen erreichen. Dazu muss der bayerische Staat noch mehr finanzielle Mittel als bisher bereitstellen.

Stichwort Erfolgskontrolle im Landtag! Wir Freien Wähler beantragen, dass die Staatsregierung jedes Jahr dem Landtag einen Klimaschutzbericht vorlegt und über die eingeleiteten Maßnahmen und die erreichten und nicht erreichten Ziele berichtet sowie die weiteren Ziele präsentiert. Dieser Antrag wurde bereits eingereicht.

Ich komme zur Forderung, den Flächenverbrauch zu mindern. Bayern hat mit einem Flächenverbrauch von 16 Hektar pro Tag den bundesweiten Negativrekord. Die Ursachen für den hohen Flächenverbrauch sind die Neuausweisungen von Wohn- und Gewerbegebieten und der Straßenbau.

Der bayerische Umweltminister Söder wirbt für einen sparsamen Umgang mit den Flächen, lässt aber gleichzeitig bei der Berechnung bzw. Bewertung des Flächenverbrauchs den umstrittenen Ausbau des Münchner Flughafens mit einer dritten Startbahn, die sehr viele Flächen beansprucht, einfach außen vor. Er sagt, das sei eine Sonderrechnung, die nicht mit eingerechnet werden müsse. Das, meine ich, ist nicht die richtige Bewertung des hohen Flächenverbrauchs in Bayern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Formulierung im Koalitionsvertrag "ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Mobilisierung innerörtlicher Potenziale" bzw. diese Bündnisse für den Flächenverbrauch sind uns zu wenig aussagekräftig. Vielleicht wäre es besser, die Wiedereinführung der Genehmigung von Flächennutzungsplänen durch die Bezirksregierung zu fördern; diese Behörden sind nämlich neutraler und objektiver.

Nächster Schwerpunkt: Die Freien Wähler treten für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Regionale Wirtschaftskreisläufe schonen die Umwelt, vermindern die Verkehrsbelastung und fördern die mittelständischen Unternehmen. Vieles läuft auf diesem Gebiet derzeit in Bayern schief. Ein Beispiel, das wir im Umweltausschuss schon mehrfach diskutiert haben, ist diese EU-Hygieneverordnung, nach der kleine Metzgereien bis spätestens 31.12.2009 eine Zulassung brauchen. Erst 30 % aller Metzgereien in Bayern haben das Zulassungsverfahren durchlaufen. Die übrigen 70 % könnten auf der Strecke bleiben, wenn es nicht gelingt, die überzogenen Auflagen der Behörden zu reduzieren.

(Martin Bachhuber (CSU): Dazu gibt es doch eine nationale Gesetzgebung!)

- Nein, das stimmt nicht.

Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, hier einzugreifen und die Hygieneverordnung nicht so restriktiv wie bisher auszulegen. Es gibt Beispiele in anderen Bundesländern. Ich nenne nur Hessen oder Niedersachsen. Da geht es viel besser. Warum machen Sie das in Bayern nicht auf die gleiche Art und Weise?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Freien Wähler wollen eine regionale Schlachtung mit kurzen Wegen bei den Tiertransporten.

(Zurufe von der CSU)

Ansonsten wären die großen Schlachtereien die Gewinner, die den Markt immer mehr beherrschten.

Ich komme zum Fazit. Umweltminister Söder macht derzeit einige positive Ansätze zugunsten der Umwelt; das möchte ich nicht verschweigen. Er deutet einen Kurswechsel in der grünen Gentechnik an und will mit-helfen, Bayern zur gentechnikfreien Zone zu machen. Das wird von den Freien Wählern selbstverständlich begrüßt. Verbal setzt er sich auch für den sanften Ausbau der Donau ein und spricht von der Anpassung der Technik an die Natur und nicht umgekehrt. Aber Sie wissen, Herr Söder, dass Ihnen da noch der Erwin Huber im Nacken sitzt. Der ist nicht zu unterschätzen.

Deswegen wissen wir noch gar nicht, wie das Ganze ausgeht.

Das Gleiche gilt für die grüne Gentechnik. Ob das eine Position der CSU sein wird, oder nur ein Versuchsballon, kann man noch nicht endgültig sagen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Es ist die Position der FDP!)

Auch bei der Durchsetzung der regionalen Kreisläufe liegt Bayern noch im hinteren Feld.

Die Koalitionsfraktionen haben alle Anträge der Freien Wähler abgelehnt. Damit können Sie nicht erwarten, dass die Freien Wähler dem Einzelplan zustimmen. Denn unsere Zielsetzung wird damit nicht erreicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Kollege Bachhuber von der CSU meint, wir glaubten noch an den Osterhasen, dann irrt er sich. Aber eines ist sicher: Der Schutz der Feldhasen ist uns persönlich wichtiger als Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Kreuzer (CSU): Gibt es da einen näheren Verwandtschaftsgrad?)

- Das liegt nicht am Verwandtschaftsgrad, sondern das liegt an unserer Liebe zur bayerischen Natur, Herr Kollege Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da fehlt es bei Ihnen wohl etwas am Naturverständnis. Und wenn Sie ein bisschen Ahnung von Zoologie sowie von der Evolution hätten, dann hätten Sie diesen Zwischenruf mit Sicherheit nicht gemacht.

(Heiterkeit)

Ich komme zum Einzelplan 12, dem wir - das wird für Sie keine Überraschung sein - nicht zustimmen können. Laut Protokoll des Haushaltsausschusses hat Kollege Bachhuber festgestellt, dass das Ausgabevolumen im Jahre 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um 2,2 % zurückgeht und der Anteil am Gesamthaushalt ganze zwei Prozent beträgt. Wenn ich mir vor Augen führe, dass sich Herr Staatsminister Söder als Lebensminister darstellt und dass das der Haushalt des Lebensministeriums ist, dann muss ich feststellen: In Anbetracht der ungelösten Aufgaben, vor denen wir stehen, ist es eine klägliche Entwicklung, dass in dem Bereich die

Ausgaben, auch wenn das teilweise Bundeszuschüsse sind, zurückgehen und die fehlenden Zuschüsse nicht ausgeglichen werden. Eigentlich müssten wir in diesem Haushalt eine deutliche Steigerung und nicht einen Rückgang haben. Das kritisieren wir ganz heftig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den ungelösten Problemen - wir haben dazu auch Anträge eingebracht - zählt der Flächenverbrauch, der aus unserer Sicht unerträglich hoch ist. Zwar ist er im Vergleich zu früheren Jahren etwas zurückgegangen, aber wir liegen immer noch bei einem Verbrauch von 16 Hektar pro Tag in Bayern. Das ist nicht akzeptabel. Die CSU will mit ihren Anträgen die Ausgleichs- und Ersatzregelung im Bayerischen Naturschutzgesetz aufweichen, um den Flächenverbrauch sogar noch zu erleichtern. Das zeigt, dass Sie den Ernst der Lage noch überhaupt nicht begriffen haben und in eine völlig falsche Richtung marschieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen den Flächenverbrauch nicht erschweren, was notwendig wäre, sondern Sie wollen ihn durch bestimmte Anträge sogar noch erleichtern.

Ungelöste Probleme bestehen auch aufgrund der vielen Gewerbe- und Industriegebiete, die über ganz Bayern verteilt sind. Probleme verursachen selbstverständlich auch - Dr. Fahn hat ganz richtig darauf hingewiesen - die von der Staatsregierung zu verantwortenden Großprojekte, ob das nun die A 94 im Isental ist, die einen gigantischen Flächenverbrauch mit sich bringt, oder die dritte Startbahn im Erdinger Moos, die rund 1.000 Hektar Flächenverbrauch nach sich zöge, oder der enorme Flächenverbrauch im Donautal, der durch die Kanalisierung der Donau entsteht, wenn sie denn kommen sollte. Herr Minister Söder, Sie reden am Schluss dieser Debatte. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie zum Donauausbau dann klar Stellung beziehen. Sie sind es dem Hohen Hause schuldig, dass Sie erklären, wohin Sie in dem Fall marschieren wollen.

Der Flächenverbrauch ist also nach wie vor unerträglich hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Flächenverbrauch steht diametral dem entgegen, was Sie mit der Biodiversitätsstrategie, also mit dem Erhalt der Artenvielfalt, erreichen wollen. Aus der Roten Liste geht hervor, dass einer der Hauptgründe für den Artenrückgang - nicht nur in Bayern - der Flächenverbrauch ist. Sie werden mit Ihrer Biodiversitätsstrategie scheitern, wenn Sie den Flächenverbrauch nicht in den Griff bekommen.

Notwendig ist auch - da sehe ich keinerlei Bewegung bei Ihnen und der CSU -, das Schutzgebietsystem weiterzuentwickeln, ob das nun auf europäischer Ebene ist, zum Beispiel das FFH, oder ob das unsere eigenen Naturschutzgebiete sind. Vielleicht wäre auch ein dritter Nationalpark in Bayern notwendig, wo Sie sich sogar einer Machbarkeitsstudie verweigern. Wir brauchen mehr Schutzgebiete und müssen die Managementpläne hierzu endlich einmal auf den Weg bringen und auch umsetzen. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, und zwar in erster Linie Geld für Personal. Wir haben gefordert, dass das Personal sowohl bei den Unteren Naturschutzbehörden also bei den Landratsämtern, als auch bei den Höheren Naturschutzbehörden, den Regierungen aufgestockt wird. Die Leute dort sind an der Oberkante angelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können nicht mehr leisten. Die Aufgaben, die sie zu erledigen haben, sind aber gigantisch. Bei den Regierungen sind für den Naturschutz momentan 66 und bei den Unteren Naturschutzbehörden etwa 300 Leute tätig. Das ist für einen Flächenstaat wie Bayern viel zu wenig. Da hapert es ganz gewaltig, und dann hapert es natürlich beim Vollzug des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Hier brauchen wir Änderungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Klimaschutz haben wir gigantische Probleme. Ich habe darauf schon im Ausschuss hingewiesen, als Sie, Herr Söder dort anwesend waren. Sie sagen, Sie wollten den CO₂-Ausstoß auf sechs Tonnen pro Kopf reduzieren. Das ist keine Vision, sondern damit bleiben Sie weit hinter dem zurück, was Ihnen Herr Professor Graßl, Ihr eigener Gutachter, ins Stammbuch geschrieben hat. Eine Vision wäre, wenn Sie den Ausstoß halbieren wollten oder wenn Sie null Tonnen CO₂-Ausstoß pro Person anstreben würden. Die Kommunen machen uns das vor, die bis 2035 auf regenerative Energien umstellen wollen. Davon sind Sie meilenweit entfernt. Beim Ausbau der regenerativen Energien stehen Sie, zumindest was die Windenergie angeht, bundesweit einmalig für eine Position der Blockade dieser absolut sinnvollen Energieerzeugungsmöglichkeit.

Auch beim Hochwasserschutz und der Wasserrahmenrichtlinie sehen wir Defizite. Wir wollen dafür mehr Geld einsetzen. Die Wasserrahmenrichtlinie wird uns vor enorme Herausforderungen stellen. Die EU hat uns eine sehr gute Richtlinie vorgegeben. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, und da müssen wir investieren.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Mein Fazit zum Haushalt für den Bereich Umweltschutz - Kollegin Schopper braucht auch noch einige Zeit, um zum Bereich der Gesundheit zu reden - lautet: Ihnen fehlen Visionen, und es fehlt vor allem Geld, um hier deutlich Schritte nach vorne zu machen. Uns bleibt nur eines übrig: Wir müssen diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Magerl, Sie haben gestern in Ihrer Rede zum Landwirtschaftshaushalt gesagt, Ihnen sei klar, wohin die Reise mit der FDP in der Umweltpolitik geht. Mit Ihrem heutigen Wortbeitrag haben Sie klar unter Beweis gestellt, wohin die Reise der GRÜNEN geht. Sonst sprechen Sie immer vom Einklang von Ökologie und Ökonomie. In Ihrem heutigen Redebeitrag haben Sie sich nur auf die Ökologie beschränkt. Der Einklang von Ökonomie und Ökologie ist Ihnen nicht wichtig. Wenn Sie von Ökologie und Ökonomie sprechen, ist klar, dass Sie nur Ökologie, Ökologie, Ökologie und noch einmal Ökologie meinen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Lachen bei den GRÜNEN - Unruhe)

Das ist keine Umweltpolitik für die heutige Zeit, Herr Kollege Magerl.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben gestern gesagt, die FDP wäre in der Umweltpolitik nicht sattelfest. Ich spreche Ihnen, Herr Dr. Magerl, zwar nicht die Kompetenz in der Ökologie ab, aber ich spreche Ihnen jegliche Kompetenz in der Ökonomie ab.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das bringt er jetzt alles durcheinander! - Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Tobias Thalhammer (FDP): Die FDP muss sich von niemandem vorwerfen lassen, sie wäre in der Umweltpolitik nicht sattelfest. Wir haben schon Gesetze zum Schutz der Umwelt gemacht, als es die GRÜNEN noch gar nicht gegeben hat; da waren die GRÜNEN noch nicht einmal im embryonalen Stadium.

(Thomas Hacker (FDP): Denkt einmal nach, was der Genscher gemacht hat in der Umweltpolitik, da

wart ihr noch in der Eierschale! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Thalhammer, warten Sie ein bisschen, bis sich die Aufregung über Ihre aufregenden Worte gelegt hat.

Tobias Thalhammer (FDP): Ich freue mich, dass meinem Redebeitrag so viel Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE) - Heiterkeit)

Zum Thema Ozon komme ich nachher noch. Ich weiß, dass Kollege Wörner immer einen Föhn bekommt, wenn es um Umweltpolitik geht.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Reise der FDP ist klar. Die FDP steht für eine Umweltpolitik der Vernunft. Wir setzen uns für den Einklang von Ökonomie und Ökologie ein. Wir fahren zweigleisig und nicht eingleisig wie die GRÜNEN.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau, Sie fahren zweigleisig, da haben Sie recht!)

Wenn Sie von "nicht sattelfest" sprechen, dann stelle ich fest: Die GRÜNEN haben Scheuklappen und sind engstirnig.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Auf Sie komme ich noch zu sprechen, Frau Kollegin von der SPD.

So engstirnig wie die GRÜNEN sind, so rückständig ist die SPD in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Wenn wir uns vornehmen, den CO₂-Ausstoß zu minimieren, dann verstehe ich nicht, wie man immer noch gegen einen vernünftigen, ausgeglichenen Energiemix sein kann. Ich verstehe nicht, wie man auf der einen Seite gegen Kohle sein kann und auf der anderen Seite auch gegen die Kernenergie.

(Harald Güller (SPD): Atomkraftwerke quer über die Welt! - Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfberg (GRÜNE))

Wir brauchen einen vernünftigen Energiemix, wir brauchen erneuerbare Energien, und wir brauchen herkömmliche Energien.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Und wir können nicht auf die Kernenergie verzichten. Deshalb ist die FDP ganz klar für eine Verlängerung der

Laufzeiten der Kernkraftwerke zum Wohle unserer Umwelt und zur Erreichung unserer Umweltschutzziele.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der FDP: Bravo! - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie haben eigentlich gar nichts begriffen!)

Liebe Kollegen von der SPD, ich habe Herrn Kollegen Maget, nachdem er einmal im Plenum war - letztes Mal war er ja bei der Hauptausprache - ganz genau zugehört.

(Meldung für eine Zwischenfrage)

- Ich bin jetzt gerade so gut in Fahrt, dass ich keine Frage annehmen kann.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Er nimmt keine Zwischenfragen an.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Maget hat unserem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er würde einmal hü und einmal hott sagen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wortwörtlich sagt er: Dem Förster erzähle er "Wald vor Wild", dem Jäger "Wild vor Wald".

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Genauso ist es!)

Jawohl, dieser rhetorische Höhenflug war sehr beeindruckend.

(Harald Güller (SPD): ... und inhaltlich völlig richtig!)

Das ist das Einzige, was er zum Thema Umwelt gesagt hat; sonst hat er nichts dazu gesagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das zeigt, wie sehr Ihnen die Umweltpolitik am Herzen liegt. Frau Kollegin Sonnenholzner hat das heute eindringlich bewiesen: Auf der einen Seite wirft sie Herrn Minister Dr. Söder vor, sich nur um die Gesundheit zu kümmern, nicht aber um die Umweltpolitik; sie selbst sagt überhaupt nichts zum Bereich Umweltpolitik, meine Damen und Herren.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie haben wohl nicht zugehört!)

Heute bin ich so schön in Fahrt und so komme ich zu den Freien Wählern. Wegen Mangels an Stoff fällt es mir allerdings ein bisschen schwer, etwas zu ihnen zu sagen. Herr Dr. Fahn, Sie haben Herrn Söder vorgeworfen, er bleibe unverbindlich. Da haben Sie wohl von sich auf den Herrn Minister geschlossen. Denn richtige Ansätze in diesem Bereich konnten wir von Ihnen leider nicht vernehmen. Sie erheben immer den Vorwurf, dass Anträge der Freien Wähler abgelehnt würden, und

sagen, Sie seien davon enttäuscht. Wir sind vielmehr enttäuscht von Ihren Anträgen und deshalb werden sie abgelehnt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Dr. Fahn, Sie wissen es ganz genau und Sie haben es im Ausschuss auch gesehen: Wenn die Freien Wähler mal eine Sternstunde haben wie beim Thema Medizinische Versorgungszentren - MVZ - in der Gesundheitspolitik,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Eine solche Sternstunde hatten Sie noch nie! - Eva Gottstein (FW): Vielleicht hat die FDP auch mal eine Sternstunde?)

dann sind wir dabei und unterstützen diesen Antrag. Bitte erzählen Sie also nicht, wir würden aus Prinzip alles ablehnen.

Jetzt bin ich so gut in Fahrt; wen haben wir denn noch? - Herrn Huber. Leider ist Herr Huber nicht da.

(Alexander König (CSU): Er ist bei einer Besuchergruppe; er kommt gleich!)

- Prima, wenn er mithört. Dann schöne Grüße über die neuen Medien. Herr Huber, ich möchte Ihnen etwas sagen, auch wenn Sie nicht da sind, es kommt aber von Herzen. Ich werfe den GRÜNEN vor, dass sie nur an die Ökologie denken, wenn sie das Begriffspaar "Ökologie und Ökonomie" hören.

(Alexander König (CSU): Falls sie überhaupt was denken!)

Ihnen, Herr Huber, muss ich vorwerfen, dass Sie nur an die Ökonomie denken. Sie haben das immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das Thema A 94 wurde angesprochen. Ja, es ist richtig, dass die A 94 für die Anbindung der Landkreise Mühldorf und Altötting und des Chemiedreiecks endlich kommen muss. Da gibt es eine große Unterstützung der FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir konnten das leider nicht mehr ändern; die Planung war schon zu weit fortgeschritten. Mir leuchtet es nicht ein, dass man auf die Isentaltrasse setzt, wenn man von einem sinnvollen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie spricht, nicht auf die vernünftige und umweltschonende Variante auf der B 12, die die FDP vorgeschlagen hat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sind Sie denn für die Haager Trasse?)

Wenn wir schon von Ausbauprojekten sprechen, möchte ich jetzt etwas zum Donauausbau sagen. Ja, auch

hier ist es wichtig, und das steht im Koalitionsvertrag, dass die Donau ausgebaut wird. Aber auch hier muss es einen vernünftigen Einklang zwischen Ökologie und Ökonomie geben, Herr Huber.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der ist doch gar nicht mehr Minister!)

Es ist doch ganz einfach, Herr Huber, dass man nicht auf die Staustufen setzen kann. Das ist eine Lösung für Betonköpfe. Nach ökologisch und ökonomisch vernünftigen Maßstäben geht es um einen sanften Ausbau, denn dieser wird auch den Anforderungen der Ökologie in der heutigen Zeit gerecht.

So, jetzt habe ich so viel geschimpft, jetzt muss ich auch ein Lob aussprechen, meine Damen und Herren. Ich will auch mal loben, Herr Söder.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der Opposition - Alexander König (CSU): Alle lieben Söder!)

Lob und Anerkennung von der FDP für Ihre vernünftige Haltung beim Thema des Donauausbaues, Lob und Anerkennung für Ihre Initiative und den Kraftakt im Haushalt beim Thema Hochwasserschutz. Ich erkenne sehr an, dass Sie sich intensiv für das Thema der Umweltbildung einsetzen. Das ist für die junge Generation ein wichtiger Maßstab. Herr Söder, Lob und Anerkennung unsererseits auch dafür, dass Sie - wir haben Sie, glaube ich, dazu ein bisschen inspiriert -, sich des Themas Alpen exklusiv angenommen haben und sich um diesen einzigartigen Lebensraum kümmern.

Aber Herr Söder, machen Sie bitte nicht ganz so viel Symbolpolitik. Das haben Sie doch gar nicht nötig; es kennt Sie doch sowieso schon jeder. Sie müssen doch nicht auf die Berge hinauffahren und sich dort oben ablichten lassen. Eifern Sie doch nicht dem Vorbild aus Berlin nach, Herrn Gabriel, der einen kleinen süßen Bären Knut adoptiert hat; seitdem dieser größer ist, lässt sich Herr Gabriel nicht mehr in Knuts Gehege blicken.

(Alexander König (CSU): Das ist eigentlich nachvollziehbar, in das Gehege würde ich auch nicht gehen!)

Sie brauchen auch nicht dem Beispiel von Frau Merkel nachzueifern, die nach Grönland fährt, um den Klimawandel am Abschmelzen der Gletscher zu beobachten. Wenn sie das sehen möchte, müsste sie dort heute wohl immer noch stehen. Ein Wunsch von mir Herr Söder: Ein bisschen weniger Markus, ein bisschen mehr Markanz bei Umweltthemen.

(Beifall bei der FDP)

Wichtige Aufgaben liegen noch vor uns, um den Einklang zwischen Ökologie und Ökonomie herzustellen. Hierfür ist der Bayerische Wald ein ganz wichtiges Beispiel. Es geht auch um die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Ja, wir wollen sie eins zu eins umsetzen, aber bitte nehmen Sie hier die Landwirtschaft mit an den Tisch und suchen Sie intensiver den Dialog mit der Landwirtschaft, auch über die Ministerien hinweg.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Wissen Sie eigentlich, wo wir uns hier befinden?)

Sprechen Sie mit Herrn Brunner. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Dialog zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium. Auch die Minister Zeil und Heubisch verstehen es, miteinander zu kooperieren, sich gegenseitig auszutauschen. Das liegt, glaube ich, im Interesse der Sache.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem großen Dankeschön schließen, nicht nur für Ihre Aufmerksamkeit. Ich danke vielmehr auch ganz herzlich allen ehrenamtlichen Umweltschützern, die wir in diesem Land haben und die sich mit sehr viel Sachverstand und sehr viel Liebe für unsere Umwelt einsetzen. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir abschließend, erneut den Dank an unseren Herrn Staatsminister auszusprechen, aber auch die Empfehlung: Wir stehen mit unseren Programmen gerne zur Verfügung, damit Sie sich vom Programm der FDP zu einer vernünftigen Umweltpolitik im Einklang zwischen Ökonomie und Ökologie inspirieren lassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Der erste April war gestern, Herr Thalhammer! - Dr. Paul Wengert (SPD): Waren Sie gedopt?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, würden Sie bitte noch einen Augenblick am Pult bleiben, weil ich eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Pfaffmann habe, den ich hiermit aufrufe.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Thalhammer, ich habe Ihrer Rede, obwohl es mir schwergefallen ist, aufmerksam zugehört, als es um das Thema ging, das Chemiedreieck anzubinden. Habe ich Sie denn da richtig verstanden?

(Thomas Kreuzer (CSU): Wahrscheinlich nicht!)

Sie wollen die Anbindung des Chemiedreiecks vorantreiben, allerdings nicht über die Isentaltrasse, sondern

über die B 12. Habe ich richtig verstanden, dass Sie innerhalb Ihrer Koalition dafür eintreten, dass komplett umgeplant wird und dass eine neue Planung auf der Trasse B 12 zur Anbindung des Chemiedreiecks entstehen soll?

(Alexander König (CSU): Fragen Sie ihn einmal, ob er das Gutachten von Prof. Dr. Wondratschowsky kennt!)

Werden Sie das in Ihrer Koalition kraftvoll durchsetzen? Was passiert, wenn Sie sich in dieser Frage nicht durchsetzen können?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Pfaffmann, es freut mich und ich bin, ehrlich gesagt, auch etwas überrascht davon, dass Sie auch einmal zu anderen Themen als zur Bildungspolitik sprechen. Dafür ein Lob von mir, das hatte ich jetzt gar nicht von Ihnen erwartet.

Ja, Sie haben mich richtig verstanden. Ich glaube, ich habe mich klar ausgedrückt. Ich habe gesagt, wir sind ganz klar für den Bau der A 94. Ich habe auch gesagt, dass es uns lieber gewesen wäre, diesen Ausbau auf der Trasse der B 12 voranzutreiben.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich doch erst einmal fertigreden. Vielleicht erübrigt sich dann eine weitere Nachfrage. Ich habe auch gesagt, dass die Planung leider schon so weit fortgeschritten war, dass wir die Isentaltrasse nicht mehr verhindern konnten, aber - das ist wichtig und das ist auch der Unterschied zwischen uns und beispielsweise den GRÜNEN - dass das im Einklang von Ökonomie und Ökologie passieren soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also doch die Isentaltrasse!)

Die Region Altötting/Mühldorf und das Chemiedreieck können nicht wegen ökologischer Engstirnigkeit von ihren Zukunftschancen abgeschnitten werden, Herr Pfaffmann. Da werden auch Sie mir nicht widersprechen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hünnerkopf.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Ressortminister Dr. Söder, Frau Staatssekretärin! Kollege Martin Bachhuber hat schon

zusammenfassend dargestellt, dass der Einzelplan 12 in einer Kontinuität steht, dass gerade in diesem Bereich der Begriff der Nachhaltigkeit angebracht ist und dass der Einzelplan 12 auch in einer Zeit finanzieller Beschränkungen den Anforderungen gerecht wird.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Dr. Magerl, Sie haben den Anteil von 2 % beklagt und festgestellt, dies seien 2 % weniger als im Jahr 2008. Ich sage in aller Deutlichkeit: Für mich sind die Investitionen, die wir schwerpunktmäßig bei der Bildung vorgenommen haben, Investitionen in die Umwelt. Wenn wir beim Naturschutz, bei Umwelt und Gesundheit einen angemessenen Weg beschreiten, wird sich das auswirken.

Heute wurde bemängelt, dass viele Anträge unberücksichtigt geblieben seien. Meine Damen und Herren, zu wünschenswerten Maßnahmen hätten wir noch viele Anträge stellen können. Wir sind aber soweit Realisten, dass wir prüfen, was unter der Vorgabe der Nachhaltigkeit machbar ist und welches die wichtigen Anliegen sind. Es ist ähnlich wie in der Kindererziehung: Manchmal muss man begründen und vertreten, warum gewisse Wünsche nicht erfüllt werden können. Wir erleben gerade, wohin es führen würde, wenn dies nicht geschieht und alle Wünsche erfüllt werden.

Frau Kollegin Sonnenholzner ist auf den Gesundheitssektor eingegangen. Ich möchte meinerseits die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Minister sehr herzlich dafür zu danken, dass er in den letzten Wochen und Monaten die Probleme der Gesundheitspolitik aufgegriffen hat und versucht, sie einer zielführenden Lösung zuzuführen. Das wird er auch schaffen mit der Unterstützung der CSU und der vernünftigen Menschen, die sehen, dass es so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU hat zu der Gesundheitsfonds-Lösung von vornherein erklärt: Wenn hier etwas falsch oder aus dem Ruder läuft, wenn erkennbar ist, dass ein nachhaltiger Schaden für die Menschen in Bayern entsteht, dann wird sich die CSU weigern, die Dinge weiter treiben zu lassen. Für die Menschen in Bayern und Deutschland und vor allem für die Ärzte, Hausärzte und Fachärzte ist es ganz wichtig, dass wir eine saubere Regelung erreichen, mit der dieses Problem für die Zukunft gelöst wird. Lieber Dr. Markus Söder, dafür mein und unser aller Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Umwelt: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in der Tat handelt es sich hier um kleine Schritte. Ich bin aber dankbar dafür, dass wir die Maßnahmen zur Biodiversität fortsetzen können. Wir wer-

den Regelungen für diejenigen erhalten, die in der Landschaft tätig sind. Ich spreche von unseren Bauern und allen, die in der Landwirtschaft arbeiten und unsere Flächen bewirtschaften. Wir wollen den Erschwernisgleich erweitern. Wir wollen die Leistungen für die Landschaft, die Landespflege und den Naturschutz besser honorieren. Meine Damen und Herren, wer sorgt denn dafür, dass unsere Kulturlandschaft stimmig ist und die Anliegen des Naturschutzes umgesetzt werden? - Das sind die Leute, die dort wirtschaften. Sie sorgen dafür, dass der Lebensraum für Pflanzen und Tiere erhalten und deren Entwicklung nicht gefährdet wird.

Ich weiß, dass wir hier einen großen Spagat vollbringen müssen. Wir müssen die Landschaft intensiv nutzen, um Nahrungsmittel zu erzeugen und Energieträger in der Biomasse bereitzustellen. Dennoch müssen wir auch dem Artenschutz gerecht werden. Das ist eine große Herausforderung. Deshalb halte ich die Bildung für wichtig: Wir müssen den jungen Menschen, die in der Landschaft leben, tätig sind oder sich dort erholen, Kenntnisse vermitteln und bei ihnen Verständnis für die Umwelt wecken. Ich bin froh, dass wir die Möglichkeit haben, unsere Bildungseinrichtungen zu verbessern und zu ergänzen.

Ich möchte anmerken: Bayern muss sich auf keinen Fall schämen, wenn es die Gelder aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 1,4 Milliarden Euro annimmt. Bayern gibt über den Länderfinanzausgleich und den Gesundheitsfonds so viele Mittel ab, dass wir vom Bund auch einmal etwas annehmen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Den Kollegen der SPD möchte ich Folgendes sagen: Sie waren nicht die Einzigen, die dazu beigetragen haben, dass dieses Konjunkturpaket II zustande kam. Daran war auch Ihr Koalitionspartner im Bund, die CDU/CSU, beteiligt. Ich bin auch unserem früheren Wirtschaftsminister Michael Glos dankbar, der daran maßgeblich beteiligt war und seine Gedanken und Vorstellungen eingebracht hat. Ich wollte dies sagen, weil ich aus seinem Wahlkreis komme.

(Harald Güller (SPD): Bei diesem Namen klatscht in der CSU gar keiner mehr! Das ist interessant!)

Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, Sie bemängeln, dass der CO₂-Ausstoß weiter reduziert werden müsste. Fakt ist, dass bereits Franz Josef Strauß mit seiner Entscheidung für die Kernkraft ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass Bayern a priori einen niedrigeren Ausstoß hat. Wir brauchen eine Regelung, dass die Kernkraft weiterhin genutzt werden kann. In allen europäischen Ländern werden neue Kernkraftwerke gebaut. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen vielmehr unsere bestehen-

den Kernkraftwerke weiterlaufen lassen und sie so lange, wie es möglich ist, nutzen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, können wir in Ergänzung mit anderen Maßnahmen das Ziel verfolgen, deutlich den momentanen Ausstoß von sechs Tonnen zu unterschreiten.

Herr Kollege Dr. Fahn, Sie haben die Windenergie genannt. Im Binnenland Bayern ist die Nutzung dieser Technologie aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht so stark verbreitet.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Aber 0,5 % sind zu wenig!)

- Natürlich. Darüber entscheidet aber nicht der Minister. Er kann nicht herumgehen und sagen, wir bräuchten mehr Windkraftanlagen. Wenn diese Anlagen wirtschaftlich sind, werden sie auch errichtet. Bei uns werden Windkraftanlagen nicht verhindert. Wir wollen aber eine sinnvolle Konzentration dieser Anlagen, damit unsere Landschaft nicht überall verschandelt wird. Die Optik dieser Anlagen ist sehr gewöhnungsbedürftig.

(Alexander König (CSU): Landschaftsschutz ist ein eigener Wert!)

Diese Anlagen stören unser ästhetisches Empfinden im Hinblick auf die Landschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin nicht gegen die Windenergie. Wir müssen aber verantwortungsvoll damit umgehen.

Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, ich möchte etwas zur Biodiversitäts-Strategie sagen. Sie haben angeregt, eventuell einen dritten Nationalpark einzurichten. Ich bin in meiner Heimat und meinem Lebensumfeld unmittelbar davon betroffen. Wir wollen den Menschen nicht als Umweltaktivisten aufoktroieren, was für sie gut ist. Wir wollen vielmehr mit den Menschen reden. Diese Gebiete sind derzeit kein Nationalpark und kein Biosphärenreservat. Wir wollen aber alles tun, dass in diesen Gebieten der Lebensraum für die dort speziell vorkommenden Tier- und Pflanzenarten in den Buchenwäldern, den Eichenwäldern und Mittelwäldern gesichert wird. Hier wurde bereits viel getan und viel erreicht. Große Flächen wurden bereits als Naturwald-Reservate ausgewiesen. Wir wollen dort mit den Menschen Lösungen finden. Ich bin der Staatsregierung dankbar, dass sie dies respektiert und diese Machbarkeitsstudie nicht in Auftrag gegeben hat.

Ein weiteres wichtiges Thema, das auch schon angeschnitten wurde, ist in meinen Augen der Klimaschutz. Hier geht es auch um die Problematik des Hochwasserschutzes. Ich denke, wir sollten uns hier die Zahlen

vor Augen führen: In diesem und im nächsten Jahr stellen wir jeweils 150 Millionen Euro zur Verfügung, obwohl der Bund die in den letzten drei Jahren gewährten 33 Millionen Euro nicht mehr beiträgt. Es gibt also die deutliche Priorität, dass wir vorbeugend Klimaschutz betreiben und dass wir den betroffenen Menschen mit unterschiedlichen Lösungen - zum Beispiel Realisierung von Retentionsräumen, technische Maßnahmen - helfen. Wenn in fünf Jahren eine Dreiviertelmilliarde Euro in die Hand genommen wird, um Vorsorge zu treffen, dann zeugt das von einem verantwortlichen Handeln des Staates.

Wenn es um den Sektor Energieeinsparung geht, sollten wir uns vor Augen führen, dass allein von dem Betrag von 1,4 Milliarden Euro bzw. mit den Beteiligungen von Land und Kommunen 1,96 Milliarden Euro die Summe von 1,3 Milliarden Euro in energetische Maßnahmen investiert wird. Ich denke, das ist ein Zeichen, dass man erkannt hat, dass hier Prioritäten zu setzen sind. Auch was den CO₂-Ausstoß betrifft, führt uns das ein gutes Stück weiter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sollten aber auch für den privaten Wohnungsbau - ob für den Eigenbedarf oder die Vermietung - finanzielle Anreize schaffen, damit in energetische Sanierungsmaßnahmen investiert wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum haben Sie dann unserem Paket nicht zugestimmt?)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich bin wie meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU - Kollege Thalhammer von der FDP hat vieles unterstützt, wenngleich er in meinen Augen manchmal vergessen hat, was wir im Koalitionsvertrag festgehalten haben - der Auffassung, dass auch der Einzelplan 12 solide ist und eine verantwortungsvolle Haushaltsführung der CSU und der Staatsregierung zeigt. Wenn die finanziellen Mittel aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung hier mit eingesetzt werden, dann stellen sie das Sahnehäubchen auf den Maßnahmen dar, die wir a priori verwirklichen wollen. Der Haushalt trägt dazu bei, die Konjunktur zu stützen und dadurch Arbeitsplätze in Bayern zu erhalten, aber auch umweltrelevante Ziele voranzubringen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist gut für die Natur und die Umwelt, das ist gut für die Menschen in Bayern. Insofern stimmt die CSU-Fraktion dem Haushaltsplan zu. Ich bitte auch Sie, sich anzuschließen; denn Sie machen damit auf keinen Fall etwas falsch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung Herrn Kollegen Dr. Magerl das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Geschätzter Kollege Dr. Hünnerkopf, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Frage eines dritten Nationalparks im Steigerwald eine Machbarkeitsstudie gefordert haben, der Sie sich verweigern? In dieser Machbarkeitsstudie geht es nicht nur um ökologische Fragen, sondern auch um ökonomische und soziologische Fragen. Das heißt, es geht auch um die Frage, ob ein solcher Nationalpark mit der Bevölkerung machbar ist. Das herauszufinden, ist die Aufgabe einer Machbarkeitsstudie.

Sie verstecken sich hier hinter einzelnen Stimmen vor Ort, die sich gegen das Projekt wenden. Mir sind aber keine Untersuchungen bekannt, die belegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Nationalpark ist. Es wäre Aufgabe der Machbarkeitsstudie, dies zu erfragen. Meinen Sie nicht, dass es scheinheilig ist, zu behaupten, man setze nichts gegen die Bevölkerung im Steigerwald durch, während ansonsten an allen Ecken und Enden in Bayern, wenn es um Eingriffe in den Naturhaushalt geht - Stichwort: Isental, Donauausbau, dritte Startbahn -, die Auffassung der Bevölkerung überhaupt keine Rolle spielt? - Die Leute werden nicht gefragt und die Eingriffe in den Naturhaushalt werden ihnen einfach zugemutet. Ich finde, das ist scheinheilig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Kollege Dr. Magerl, ich darf Ihnen mit Zahlen belegen, dass Sie offensichtlich doch nicht so gut informiert sind. Es gibt zwei Landräte und eine Kommune, die sich dafür aussprechen. Alle Kreistagsgremien sprechen sich dagegen aus. 40 Stadt- und Gemeinderäte haben sich mit Beschluss dagegen ausgesprochen.

(Zuruf von der CSU: In der Summe 60.000 Menschen!)

Ich frage mich, welches Fazit Sie daraus ziehen. Ich erkenne, dass die Menschen das nicht wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch einmal, damit ich nicht falsch verstanden werde: Wir wollen auf jeden Fall gewährleisten, dass die Tiere und Pflanzen in den Buchen- und Eichenwäldern des Steigerwaldes dort weiterhin existieren können. Diese Biozönosen und Ökosysteme sollen weiter bestehen; das wollen wir unterstützen. Wir haben schon eine Fläche von über 500 Hektar, die diesem Ziel dient. Weitere

Flächen sind ins Auge gefasst. Ich denke, man soll das wachsen lassen und in der Diskussion mit den Menschen ausloten, wozu sie wirklich bereit sind.

Persönlich möchte ich anmerken: Ich beobachte, dass für das Biosphärenreservat Rhön eine große Akzeptanz vorhanden ist. Dort ist man so weit, dass die Fläche nahezu verdoppelt werden soll. Wir haben die Staatsregierung mit einem Beschluss des Umweltausschusses beauftragt, zu eruiieren, wie man in diesem Sinne eine Lösung erreichen könnte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Dann ist Ihnen zu danken, Herr Kollege Hünnerkopf. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

(Alexander König (CSU): Die Allzweckwaffe der SPD!)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle meine Rede um, nachdem die Kritik an der Staatsregierung bereits von der FDP geübt worden ist,

(Beifall bei der SPD)

allerdings in einer Art und Weise, die den Verdacht nahelegt, dass der junge Mann gerade von der Partymeile kommt und nicht aus dem Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an einigen Beispielen belegen, dass bei Ihnen das zutrifft, was Franz Maget beschrieben hat, nämlich dass bei Ihnen der Schein das Sein bestimmt und nicht umgekehrt. Ihre Wahrnehmung ist offensichtlich schon so verblendet, dass Sie das gar nicht mehr mitbekommen.

Sie haben unsere Anträge zur Schutzwaldsanierung abgelehnt. Sie haben unsere Pläne zur Verstärkung der Mittel für den Hochwasserschutz abgelehnt. Sie haben Anträge zur Erhöhung der Mittel zum Umbau des Bergwaldes abgelehnt. Sie haben es auch abgelehnt, Mittel, die aus dem Forst erwirtschaftet werden, zu reinvestieren. Den Wahlspruch der Waldbauern "Was aus dem Wald kommt, muss in den Wald zurück" befolgen Sie nicht. Stattdessen zweigen Sie Mittel für den Haushalt ab und versündigen sich damit an der Natur.

(Beifall bei der SPD)

Der Waldumbau ist nichts für die nächsten 14 Tage oder eine Wahlperiode, sondern er ist etwas für 100 Jahre und mehr. Aber das muss man begreifen, und dazu muss man die Natur verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben eine Reihe von Anträgen zur energetischen Sanierung abgelehnt, die dafür Sorge getragen hätten, dass passiert, was auch Kollege Dr. Hünnerkopf gern hätte, dass nämlich auch die Eigentümer von Privathäusern Geld für energetische Sanierungen erhalten. Ein solches Vorgehen würde sich auch auf die Mieten beruhigend auswirken, aber diesen Zusammenhang kennen bei Ihnen wahrscheinlich nicht alle.

Wir wollten, dass die Verbraucherinformation zum Klimaschutz und zum Verkehr verstärkt wird. Auch das haben Sie abgelehnt. Sie haben Mittel für die Verkehrsökologie, also für F & E-Projekte abgelehnt. Daraus resultiert letztlich nichts anderes, als dass Sie einen Haushalt, der erhöht werden sollte, gekürzt haben. Vom Kollegen Magerl ist es ausreichend beschrieben worden. Wer hier sagt, er sei für Bayerns Natur, Heimat und Menschen, der belügt entweder die Menschen oder er ist in seiner Wahrnehmung gestört.

Jetzt möchte ich auf einen Widerspruch eingehen, der immer wieder auftaucht. Wir fordern mehr Mittel für den ökologischen Umbau, weil damit Arbeitsplätze in Bayern geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Über 30.000 Arbeitsplätze mehr sind allein durch die Windenergie und durch andere regenerative Energiearten entstanden. Das wollen wir fortsetzen. Sie blockieren es aber, indem Sie die Mittel, die wir dafür gefordert haben, nicht freigeben. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie über Arbeitsplätze reden, müssen Sie uns schon sagen, wie Sie es machen wollen. Wenn Sie bei den regenerativen Energien mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze wollen, machen wir es gemeinsam. Dazu bedarf es aber auch einer Anschubfinanzierung aus Bayern und nicht nur immer aus Berlin.

Dazu eine Nebenbemerkung. Wir von der SPD sind nicht dagegen, dass das Konjunkturpaket II angenommen wird. Natürlich sollen wir es annehmen. Bayern muss aber selbst draufsatteln, wenn es so finanzstark ist. Bayern muss Geld dazugeben. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Fahrenschon hat heute Vormittag von der Zwei-zu-eins-Regelung gesprochen. Daher stellt sich für mich die Frage, ob diese Zwei-zu-eins-Regelung auch für die Ökologie gilt. Hier habe ich sie nicht entdeckt.

In dem Zusammenhang möchte ich auch auf einen Kollegen eingehen, der aus der Kommunalpolitik kommt und hier mit Stolz geschwellter Brust über die Erfahrungen aus der Kommune berichtet hat. Herr Kollege, nicht einmal die Staatsregierung kann die Frage beantworten, wie hoch die Zinsleistungen der Gemeinden sind, die bei der Sanierung von Abwasser- und Wasserleitungen Vorleistungen erbracht haben. Nicht einmal die Staatsregierung kann sagen, wie hoch die Zinsbelastung der Kommunen ist, die dadurch entstanden ist, dass die Staatsregierung ihre Schulden bei den Gemeinden immer noch nicht getilgt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier ein Loblied auf die Kommunen singt, macht sich nur lächerlich. Gehen Sie doch hinaus zu Ihren Bürgermeistern und fragen Sie sie. Die werden Ihnen sagen, was los ist.

Der Schein und nicht die Tatsachen bestimmen bei Ihnen das Sein. Tatsache ist, dass wir in Bayern ein ungeheures Artensterben haben. Es ist größer als in allen anderen Regionen, weil wir an unserer Natur Raubbau betrieben haben. Dazu möchte ich auch gerne auf den Kollegen Dechant eingehen. Er hat gestern einen Satz losgelassen, bei dem ich zunächst dachte, es sei seine eigene Meinung, aber nicht die Meinung der FDP. Nachdem ich aber Herrn Thalhammer heute gehört habe, weiß ich, dass das offensichtlich die durchgängige Meinung der FDP ist. Er hat gesagt: "Landwirtschaft vor Natur!". Sie können es im Protokoll nachlesen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Herr Dechant hat das gesagt!)

Wir haben gemerkt, dass es bei Ihnen offenbar einen Vorrang der Landwirtschaft und keinen Gleichklang zwischen Landwirtschaft und Natur gibt. Das ist Ihre Aussage. Ich sage Ihnen aber, Bayerns Bauern und Landwirte sind längst viel weiter.

(Beifall bei der SPD)

Die meisten Bauern in Bayern sorgen in der Landwirtschaft dafür, dass sie mit ihrer Existenzgrundlage in Einklang leben können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann man nicht so wie die FDP sagen, dass die Landwirtschaft Vorrang vor der Natur haben muss. So funktioniert es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieser Gleichklang hergestellt ist. Nötigenfalls brauchen wir dafür Ausgleichsmittel. Das gilt bei Hochwasserausgleichs-

maßnahmen genauso wie bei vielem anderen. Dann hätten wir diesen Gleichklang längst erreicht.

Herr Kollege, es freut mich, dass Sie sich heute gegen die Trassenführung der A 94 ausgesprochen haben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Für Haag!)

- Sie sprechen sich für Haag und gegen das Isental aus.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich spreche mich vor allem für den Ausbau aus!)

Dazu darf ich Ihnen Folgendes sagen: Aufgrund Ihres Alters haben Sie offensichtlich noch ein anderes Politikverständnis als ich.

Wenn ich etwas ändern will, ändere ich es hier in diesem Haus. Deshalb bin ich hier. Ich kann dann nicht sagen: Man kann nichts mehr dagegen machen, obwohl ich es gerne hätte. Wenn wir uns einig wären, könnten wir hier anders entscheiden. Dazu sind Sie aber nicht Manns genug. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben eine Sowohl-als-auch-Haltung, damit man Sie genauso wie den Pudding nicht an die Wand nageln kann. Den kann man auch nicht an die Wand nageln. So kommen Sie mir vor. Das ist Ihre Art von Politik.

Zur Gesundheit haben Sie Gott sei Dank gar nichts gesagt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Doch, habe ich auch!)

Das wäre schädlich für die Gesundheit gewesen. Dass Sie nichts gesagt haben, war gut so. Das zeigt auch die Meinung der FDP, aber hoffentlich nicht bei allen ihren Vertretern. Wir glauben, dass die Gesundheitspolitik in Bayern genauso wie die Umweltpolitik zu kurz kommt.

Wir haben beim Artensterben die längsten Roten Listen. Dagegen gilt es etwas zu tun. Sie sagten, Windkraftträder würden die Natur verschandeln. Kolleginnen und Kollegen, Sie betreiben doch gerade ein gigantisches Lift-Ausbau-Programm. Sind die Stützen, die am Berg stehen, schöner als Windräder? Können Sie mir das erklären? Erklären Sie mir doch bitte den Unterschied zwischen einem Windrad, das noch dazu ökologisch sinnvoll ist, und einer Lifanlage, die Strom verbraucht, oder einer Schneekanone, die Wasser und Strom verbraucht. Sie müssen mir einmal erklären, worin hier der Unterschied liegt - in der Verschönerung oder der Verschandelung der Natur.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der Unterschied liegt doch klar auf der Hand!)

Herr Minister Söder, bei der energetischen Sanierung waren wir uns zumindest insoweit einig, als wir bei staatlichen Gebäuden endlich etwas tun müssen, nachdem wir es Ihnen zehn Jahre lang gepredigt haben. Wir müssen hier auch im Interesse des Geldbeutels des Freistaates Bayern etwas tun. Sie sind in der Frage ein Getriebener gewesen. Nur deshalb konnten wir etwas erreichen. Der Oberste Rechnungshof hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass wir zu viel Geld für die Energie ausgeben, weil wir unsere Gebäude nicht richtig gedämmt haben. Jetzt machen wir endlich etwas. Es wird auch Zeit. Ich habe dazu aber eine Bitte: Verlassen Sie sich nicht auf die Berechnungen der Architekten. Es gibt glaubwürdige Zeugen auch aus dem Kreis der Architekten, die bestätigen, dass 80 % der Selbstbescheinigungen über die Wärmeinsparung infolge von Dämmung falsch sind. Möglicherweise geben wir deshalb viel Geld aus, ohne das uns gesteckte Ziel zu erreichen. Meine Bitte ist: Kontrollieren Sie, was Sie tun und lassen Sie diese Herrschaften nicht etwas bescheinigen, was Sie am Ende möglicherweise gar nicht erreichen. Dann macht es nämlich keinen Sinn.

Noch einige Bemerkungen zu wesentlichen Themen für Bayern. Herr Staatsminister, es hat mich gefreut, dass Sie im Zusammenhang mit der Geothermie meine Worte von der Wärmflasche Bayern übernommen haben. Offensichtlich haben Sie endlich auch begriffen, dass die Geothermie eines der großen Themen Bayerns ist. Wir haben das Glück, dass wir auf dieser Wärmflasche sitzen. Lassen Sie uns dann aber für diejenigen, die bohren, die Risiken minimieren. Risiken gibt es bei der Geothermie immer wieder. Lassen Sie uns diese Risiken minimieren, um die Bereitschaft derer, die diese Quellen erschließen wollen, noch mehr zu fördern, als es bisher der Fall war. Wir haben mit dem Atlas schon ein gewisses Stück geleistet. Das ist eine gute Vorarbeit. Lassen Sie uns auf diesem Weg fortschreiten. Da haben Sie uns an Ihrer Seite, denn ich glaube, dass die Zukunft Bayerns darin liegt, dass wir die Wärmflasche, die wir unter uns haben, auch ausreichend nutzen.

Noch nicht so weit sind wir bei der Energieberatung. Hier wären wir gerne schon weiter. Wir meinen, dass wir die Kommunen und die Regierungen bei der Beratung über energieautarke Regionen noch mehr unterstützen müssen. Wenn wir es gemeinsam schaffen, so viel Energie wie möglich einzusparen, entlasten wir nicht nur unseren Haushalt, sondern auch die gesamten Haushalte der Bundesrepublik. Im Übrigen betreiben wir damit auch einen gigantischen Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns von der Gigantomanie der Vergangenheit, möglichst große Kraftwerke zu bauen, wegkom-

men. Große Kraftwerke sind nur das Spielzeug der Ingenieure. Je mehr Kilowatt man hat, umso stärker ist man. Lassen Sie uns eine kleinteilige Energieversorgung betreiben. Die ist wesentlich besser, und damit sparen wir auch jede Menge an Leitungsverlusten ein. Nachdem wir wissen, wie hoch die Leitungsverluste bei Strom sind, müssten wir doch längst begriffen haben, dass die kleinteilige Energieversorgung wesentlich besser ist als die Versorgung durch große Kisten, die möglichst weit weg sind und bei denen die Effizienz des Energieeinsatzes gerade einmal bei 42 bis 46 % liegt. Den Rest blasen wir irgendwo hin und verursachen noch alle möglichen Risiken, die damit verbunden sind.

Herr Kollege Hünnerkopf, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze, weil Sie fachlich und auch inhaltlich sehr gut sind, aber, es tut mir leid, bei der Kernenergie verstehe ich Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Auslaufrfrist beschlossen, die die Möglichkeit gibt, umzusteigen, einen neuen Energiemix zu organisieren. Lassen Sie uns das nutzen! Weichen Sie das nicht auf! Sobald Sie nämlich jetzt die Abschaltziele aufweichen, kommen andere sofort wieder zu der Auffassung, dass sie auf der Einsparseite nichts mehr zu tun brauchen, weil genug Energie vorhanden ist.

Lassen Sie uns dieses Ziel verfolgen und gemeinsam erreichen. Wir tun das im Interesse Bayerns und unserer Heimat. Gelegentlich darf man nicht dem Mainstream folgen, sondern muss sich in den Wind stellen, wie das der Herr Ministerpräsident in Berlin tut.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Lieber Herr Kollege Wörner - -

Ludwig Wörner (SPD): Lassen Sie es uns bei der Kernenergie genauso machen, also gegen die anderen halten, uns anders aufstellen, ähnlich wie Österreich. Dann sind wir auf einem guten Weg.

Wir werden im Übrigen dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Ich erteile zu einer Zwischenbemerkung dem Herrn Kollegen Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Wörner, nehmen Sie bitte erneut zur Kenntnis, dass die FDP für einen vernünftigen Einklang von Ökologie und Ökonomie steht.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie die Landwirte einfach ihre gute Arbeit machen, indem Sie sie nicht immer mit neuen Regularien überziehen. Nehmen Sie bitte ferner zur Kenntnis, wie ich es auch gesagt habe, dass uns wichtig ist, dass die A 94 gebaut wird und dass wir uns nicht beim Wie verzetteln.

Nehmen Sie bitte ferner zur Kenntnis - das ist mir außerordentlich wichtig -, dass ich, wie Sie auch selbst richtigerweise festgestellt haben, ein anderes Politikverständnis habe als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Augenblick! Das habe ich gleich erkannt: Gerade wurde der Antrag gestellt, dass wir eine namentliche Abstimmung über diesen Haushalt haben. Das gebe ich hiermit bekannt. Die 15 Minuten laufen.

Herr Kollege Wörner, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Thalhammer, über Vernunft lässt sich streiten, über Ansichten lässt sich diskutieren. Wenn das ihr Verständnis von Umweltpolitik ist, was Ihr Kollege und Sie heute von sich gegeben haben - Sie haben nämlich inhaltlich zur Umweltpolitik genauso viel gesagt wie im Ausschuss, nämlich nichts Inhaltliches -

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

dann sage ich Ihnen: Lassen Sie es dabei, dann können Sie keinen Schaden anrichten. Sagen Sie also am besten gar nichts dazu, weil sonst die Zuhörerschaft möglicherweise der Meinung ist, alle würden so ticken, wie Sie ticken, und das wollen wir nicht so gern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Kollege Wörner, ich erteile jetzt zu einer Zwischenbemerkung dem Herrn Kollegen Steiner das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege, Sie haben gerade gesagt, wir sollten es bei der Energieversorgung so wie Österreich machen. Das heißt, wir steigen aus der Kernenergie aus und beziehen unseren Strom aus den dreckigen Kernkraftwerken in der Tschechei. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Steiner, nehmen Sie bitte zur Kenntnis - da muss man allerdings von der Energieversorgung eine gewisse Grundahnung haben -

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

dass wir genau wie Österreich in einem europäischen Verbundnetz hängen. Daher wissen weder Sie noch ich, woher wir unseren Strom haben. Auch Österreich weiß das nicht. Im Übrigen versorgt sich Österreich rein rechnerisch in erster Linie über seine Wasserkraftwerke. Österreich hat das Glück, dass es dort sehr viel Wasser gibt. Im Übrigen könnten auch wir das Wasser sehr viel besser nutzen, als wir das derzeit in Bayern tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Vetter.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich zu Anfang zwei, drei Sätze zu dem unsäglichen Auftritt von Georg Schmid - er ist jetzt leider nicht da - vor zwei Tagen sage. Ich wollte ihn eigentlich fragen, ob er heute besser geschlafen hat als vor diesem Auftritt. Wir von den Freien Wählern haben uns auf jeden Fall geschämt für das, was er da vorgebracht hat. Bitte richten Sie ihm das aus.

Ich weiß jetzt auch, warum er "Schüttelschorsch" heißt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Uns alle hat es bei dieser Rede richtig durchgeschüttelt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ein Satz bitte noch an ihn. Ich fange genauso sachlich an, wie das damals war.

(Unruhe bei der CSU - Glocke des Präsidenten)

Richten Sie ihm bitte aus: Wenn es darum geht, sich gegen rechtsradikale Tendenzen in Deutschland zu wehren, was wir alle tun müssen - das ist ganz, ganz wichtig -, dann möge er nicht nur auf Schleswig-Holstein schauen, sondern bitte vor der eigenen Tür kehren. Schicken Sie ihn zum Beispiel nach Regensburg und lassen Sie ihn dort endlich den braunen CSU-Sumpf ausmisten, meine Damen und Herren von der CSU!

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU)

An die vernünftigen Kollegen von der CSU: Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber ich spreche hier auch im Namen unserer Fraktion, der Freien Wähler.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Waren Sie auch schon einmal in Bremen mit Ihrer Theorie?)

Herr Thalhammer, zu Ihnen ganz kurz: Das, was Sie uns hier bieten, hat einen sehr hohen Unterhaltungswert. Ich höre Ihnen gerne zu. Ich würde mich mit Ihnen gerne einmal bei einem Bierchen über Kohle unterhalten. Die Kohle, wie Sie sie verstehen, ist möglicherweise eine andere Kohle als die, die im Umweltschutz eine Rolle spielt. Das wollte ich nur einmal sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zurufe von der CSU)

- Die Polemik haben Sie, liebe Kollegen von der CSU, vor zwei Tagen mit dem Herrn Schmid in die Debatte gebracht. Das lasse ich mir nicht gefallen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf von der CSU)

Zur Sache, zum Einzelplan 12. Herr Söder, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ich kann einen fachlichen Grund für die Neuressortierung des Bereiches Gesundheit immer noch nicht erkennen. Dafür sind offensichtlich politische Gründe vorhanden. Wenn dies - so scheint es - keine weiteren Kosten im Haushalt verursacht, kann doch niemand ernsthaft zumindest steigende Bürokratie- und Verwaltungskosten ausschließen.

Ich komme zum nächsten Punkt. Wir als Freie Wähler, die den ländlichen Raum in Bayern vertreten, sehen die Krankenhausplanung als zentral an. Über das Konjunkturpaket sind hier zumindest Ansätze vorhanden. Trotzdem wäre ein noch transparenteres Vorgehen in diesem Bereich aus unserer Sicht wünschenswert.

Im Bereich der Aids-Bekämpfung und der allgemeinen Suchtprävention, Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Bereich der Hilfe für Drogenabhängige nehme ich mit großer Enttäuschung zur Kenntnis, dass hier kein gesteigertes Engagement des Freistaates erkennbar ist.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von den Freien Wählern: Genau!)

Dabei sehen wir gerade bei der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche einen großen Nachholbedarf. Eine frühzeitige Prävention gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch ist unerlässlich, und wir werden nicht aufhören, dafür zu kämpfen und dafür einzustehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In Bayern und in Sachsen wird am häufigsten Alkohol getrunken. Allein Bayern verzeichnet über eine halbe Million Alkoholabhängige. Der Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen nimmt dramatisch zu.

Die Staatsregierung führt zwar partiell verschiedene Aktionen durch. Dies ist aber zu wenig. Wir benötigen hier nicht nur punktuell, sondern bayernweit kontinuierliche und flächendeckende Aktionen und Projekte gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Lieber Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner?

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, im Moment nicht.

(Zurufe von der CSU: Ah, ah!)

Jetzt spreche ich die Schulen an. Die Schulen sind in besonderem Maße einzubeziehen. Aus diesen Gründen reichen die bisherigen Haushaltsansätze nicht aus. Sie hätten aufgestockt werden müssen, so wie wir das auch in einem Antrag gefordert haben.

Kolleginnen und Kollegen, die Behandlung von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren, die mit akutem Rausch in ein Krankenhaus eingewiesen wurden, kostete die Krankenkassen im Jahr 2007 11,6 Millionen Euro, und die Tendenz ist steigend.

Frau Staatsministerin Haderthauer, Sie haben selbst bei der Frühjahrsversammlung der Diakonie in Altdorf Defizite in der Suchtberatung eingeräumt, aber es ist nicht erkennbar, dass sich dies im Haushalt niederschlägt. In unserem Antrag hatten wir, bescheiden wie wir sind, eine Erhöhung auf diesem Gebiet um 100.000 Euro von 221.000 Euro auf 321.000 Euro gefordert. Das wurde von Ihnen abgelehnt.

Der einzige Änderungsantrag, den die Regierungsfractionen letztlich eingebracht haben, gilt nicht einer Verbesserung der Gesundheit der Menschen in Bayern, sondern einer Stärkung der Marke "Gesundheitsstandort Bayern". Das ist der Staatsregierung immerhin 250.000 Euro Wert gewesen. Für mich ist dieses Vorgehen wieder ein Beleg dafür, worum es dieser Regierung eigentlich geht: Die Verpackung muss stimmen.

Wir Freien Wähler sind der Meinung, dass es um Inhalte gehen müsste, und nur darum sind wir im Übrigen auch als drittstärkste Kraft in den Landtag gewählt worden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Ministerin Haderthauer?

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Hinterher.

(Zurufe von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nachher.

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip, so zu tun als ob, haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern schon längst entlarvt. Wenn Sie wirklich einen guten Wahlkampf machen wollen, dann kümmern Sie sich bitte mehr um Inhalte.

(Zurufe von der CSU)

Nun noch zu einem grundsätzlichen Thema, Kolleginnen und Kollegen. Wir Freien Wähler werden in Zukunft ein eigenes Gesundheitskonzept vorstellen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

das gerechter, sozialer und zukunftsfähiger ist als alle anderen Vorschläge in diesem Bereich.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der Kürze der Zeit kann ich dazu jetzt keine Ausführungen machen. Wenn Sie mir die Gelegenheit geben, kann ich das gerne nachtragen. Meine Redezeit läuft leider ab.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank! - Ernst Weidenbusch (CSU): Sie hätten eben mit dem Thema anfangen sollen! - Allgemeine Unruhe)

Die Verantwortung für die politischen Fehlentscheidungen im Gesundheitssektor in den letzten Jahrzehnten liegt bei Ihnen, meine Damen und Herren der bisherigen Regierungsparteien. Ich werde nicht müde werden, weiterhin darauf hinzuweisen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir Freie Wähler werden jedenfalls nicht nachlassen, den Finger in die Wunde zu legen, wenn das für die Lebensbedingungen der Menschen in Bayern erforderlich ist.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Vetter, bleiben Sie gleich am Pult stehen. Frau Ministerin, wollen Sie jetzt eine Zwischenbemerkung machen?

Christine Haderthauer (CSU): Herr Vetter, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich unser Suchtberatungssystem - das im Übrigen nicht in meinem Haus, sondern im Haus des Umwelt- und Gesundheitsministers angesiedelt ist - für ein hervorragendes halte? Ich habe es in Altdorf ausdrücklich gelobt und darauf hingewiesen, dass diejenigen, die nicht daran teilnehmen, dazu vom Jugendamt aufgefordert werden sollten. Sie sollten aufgefordert werden, daran teilzunehmen.

(Beifall bei der CSU - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Mit welchem Geld?)

Dr. Karl Vetter (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Das nehme ich zur Kenntnis, Frau Staatsministerin, auch wenn ich anderer Meinung bin.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es tut mir leid, pro Fraktion geht nur eine Zwischenintervention. Oder war das eine Frage?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das war eine Frage!)

Tut mir leid, ich habe recht, ich bin bestätigt worden. Frau Haderthauer - -

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Haderthauer hat als Abgeordnete eine Zwischenbemerkung gemacht.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vetter hat gesagt, er lässt die Frage zu!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das war doch am Ende des Redebeitrags, Herr Weidenbusch.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU) und von Abgeordneten der CSU)

- Herr Weidenbusch, wir haben jetzt noch mehrere Wortmeldungen. Ich bin sicher, Herr Dr. Goppel kann sich noch einmal melden. Ich bitte darum, dass Sie diese Zwischenintervention dann auf den Weg bringen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man die Geschäftsordnung nicht kennt, dann passiert so etwas! - Ernst Weidenbusch (CSU): Glauben Sie denn, dass Sie die Geschäftsordnung kennen? - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja!)

Als nächste Rednerin hat Frau Schopper das Wort.

Theresa Schopper (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich noch ein kleines Wort zur FDP sagen: Eher schließt sich das Ozonloch von selbst, als dass die FDP eine gescheite Umweltpolitik macht. - Deshalb brauchen wir hierüber nicht weiter zu reden.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eigentlich habe ich mich aber zur Gesundheitspolitik gemeldet. Da stehen die Zeichen wirklich auf Sturm. Deshalb passt es wunderbar, dass schon heute das neue Konzept "Für eine solidarische und menschliche Medizin - gegen Bürokratie und Staatsmedizin" in den Redaktionsstuben vorliegt, denn so weiß man, was die CSU am Wochenende alles beschließen will.

Eigentlich müssten Sie sich in Grund und Boden schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch vor einer Stunde plädierte Ihr Finanzminister hier heftig für Steuersenkungen, und nun wollen Sie am Wochenende als Gesundheitsminister zu dem Thema tagen und Sie fordern: Wir brauchen mehr Steuergelder innerhalb des Gesundheitssystems. - Ich möchte schon gerne wissen, wie Sie diesen Spagat schaffen, ohne dass Sie zerreißen. Wie möchten Sie es schaffen, draußen glaubwürdig zu bleiben? - Für mich verspielen Sie auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit in diesen Debatten. Der eine sagt hü, der andere sagt hott, und dann wundern Sie sich, weshalb das Pferd CSU, das im Moment so unrund läuft, ohne Kurs und ohne Ziel umeinandergaloppiert. Das ist doch eine Irrfahrt!

(Josef Miller (CSU): Sie begreifen das schon!)

Für mich geht die Irrfahrt sogar noch weiter. Hier sitzt der Herr Ministerpräsident, dem ich gern die Vaterschaft für das staatsmedizinische Gesundheitsfondsmodell antragen will. Gleichzeitig übernehmen Sie heute die Vaterschaft für ein System, bei dem die Versicherten hundertprozentig die Verlierer sein werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zu Ihren Versprechungen! - Ich will das nur ganz kurz ansprechen, denn eigentlich ist es ein bundespolitisches Thema. Sie fordern die vollständige Aufhebung der Budgetierung. Sie wissen doch sehr genau, dass das teurer wird, sehr viel teurer. Trotzdem machen Sie keine Vorschläge, wie das nicht zulasten der Versicherten gehen soll, nicht zulasten derer, die die Beiträge zahlen. Sie wollen die Kassenärztlichen Vereini-

gungen abschaffen, aber Sie sagen nicht einmal in Ansätzen, wie Sie dann die flächendeckende Versorgung auf dem Land gewährleisten wollen. Ich habe kein Problem, in München einen Arzt zu finden, ich wage aber zu bezweifeln, ob ich in Naila oder in Rehau einen Arzt finden werde. Außerdem möchte ich gern einmal wissen, was die FDP zu Ihren Subventionsmodellen sagt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Wie wollen Sie das alles bewerkstelligen? Das bleibt doch alles sehr nebulös.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Von Ihnen, Herr Minister, erwarte ich, dass Sie massiv dafür eintreten, dass mit den Geldern der Versicherten sorgfältig umgegangen wird. Ich möchte deshalb gerne einmal von Ihnen wissen, was Sie zum Vorsitzenden des Bayerischen Hausärzteverbandes, Herrn Hoppenthaller, sagen wollen, wenn Sie ihn am kommenden Wochenende zu Gast haben. Herr Hoppenthaller hat einen Brief an die Hausärzte geschrieben und diesen empfohlen, den Morbi-RSA möglichst oft zu kodieren, damit wir Bayern auf dem Papier mehr oder weniger ein Volk von Siechenden sind. Diese Empfehlung macht Herr Hoppenthaller, damit die Ärzte viel aus dem Fonds abschöpfen können. Wo bitte bleibt Ihr Aufschrei?

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Herr Hoppenthaller hält seine Ärzte dazu an, die Kosten in die Höhe zu treiben. Da wäre es doch an der Zeit, dass Sie hier ein Machtwort sprechen. Da würde ich Sie wirklich gern einmal hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben viel zur Gesundheitspolitik gesagt, ich höre aber wenig von Ihnen zu den Hausaufgaben, die Bayern noch machen muss. Seit ein paar Wochen liegt der Sozial- und Gesundheitsbericht vor, aus dem der Stand von Gesundheit und Armut in Bayern abgelesen werden kann. Dazu habe ich von Ihnen noch kein einziges Wort gehört. Ich möchte wirklich, dass Sie in Ihrem Haus genaue Präventionsstrategien entwickeln. Was wollen Sie gegen Armut, was wollen Sie für die Gesundheit tun? Was wollen Sie tun für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, wie so manch ein Abgeordneter hier im Haus? Die Gelder für die Hebammenprojekte beispielsweise sind nicht erhöht worden. Das wäre doch ein Ansatz, wo man den Familien wirklich helfen könnte. Wie stehen Sie zum Impfschutz? Wollen Sie eine Präventionsstrategie hierzu starten? - In all diesen Fragen stochern Sie im Nebel.

Das "Forum Frauen und Gesundheit 2007" wurde aufgelöst, zugegebenermaßen nicht in Ihrem Hause, dafür tragen Sie keine Verantwortung, aber in einer Berichterstattung des Gesundheitsministers sollte dazu Stellung genommen werden. Ich habe von Ihnen nichts gehört. Ich habe von Ihnen noch keine Berichterstattung zur Gesundheitspolitik gehört und auch nicht, wie gesundheitspolitische Aspekte für Frauen bei Ihnen aufgenommen werden.

(Allgemeine Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich etwas sagen zur Drogenpolitik, zur Suchthilfe, zur Suchtprävention, zur Überlebenshilfe, für die Sie Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Menschen, die hier dringend Hilfe brauchen, vor der Sucht bewahrt werden? Wie wollen Sie den Suchtkranken helfen? Wie stehen Sie zur Überlebenshilfe, zum Heroinprogramm für schwer Suchtabhängige? Das sollte als Regelversorgung angenommen werden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Schopper, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Theresa Schopper (GRÜNE): Nein, Herr Steiner kann sich nachher melden, ich habe für ihn keine Redezeit.

Mit stolzgeschwellter Brust bezeichnen Sie sich immer wieder als "Lebensminister". Ich fordere Sie auf, sich wirklich im Sinne dieses Wortes einzusetzen. Die Zahl der Organspenden geht im Freistaat überdurchschnittlich stark zurück, stärker als im Bundesgebiet. Ich bitte Sie, mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne dafür zu sorgen, dass mehr Menschen bereit sind, im Falle ihres Ablebens Organe zu spenden. Da könnten Sie wirklich Leben retten. Wir haben auch einen Antrag zum Aufbau einer Nabelschnurblutbank gestellt. Wir fordern Sie auf, dafür Geld zur Verfügung zu stellen. Folgen Sie unserem Vorschlag. Damit sichern Sie das Überleben vieler Menschen, die, beispielsweise bei einer Krebserkrankung, eine Stammzellentherapie brauchen. Hier könnten Sie Ihrem Namen als "Lebensminister" wirklich alle Ehre machen. Wenn Sie sich dafür einsetzen würden, wäre das ein Fortschritt in einer guten Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Möchten Sie die Zwischenbemerkung machen? - Frau Kollegin, bitte bleiben Sie hier vorn am Pult.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, Sie geißeln die Suchtprävention, die Suchtpolitik des Freistaats Bay-

ern. Ich mache einen erneuten Anlauf: Ist Ihnen eigentlich überhaupt nicht bekannt, dass die Bezirke - und ich rede als ehemaliger Bezirksrat - hier mit Unterstützung des Freistaats Bayern, nämlich über den kommunalen Finanzausgleich, hervorragende Arbeit leisten? Wenn Sie das nicht wissen, tut es mir leid. Die Bezirke leisten hervorragende Arbeit im Bereich der Suchtprävention und der Suchtbekämpfung. In unseren Bezirkskrankenhäusern wird mit Unterstützung des Freistaats eine wichtige Arbeit geleistet.

Wenn das der Kollege der Freien Wähler nicht weiß, dann sehe ich ihm das nach. Aber Sie müssten es wissen und auch einmal erwähnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich wehre mich dagegen, dass die Bezirke so schlecht dargestellt werden, indem sie einfach nicht erwähnt werden. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Theresa Schopper (GRÜNE): Jetzt ist es ja gut, ist ja recht. Sparen Sie sich das Adrenalin.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie es an den Ohren haben. Dann müssten Sie vielleicht doch einmal zum Facharzt gehen. Weder habe ich die Bezirke gegeißelt noch sie nicht erwähnt. Wir sind hier auch nicht im Bezirkstag. Ich will die Arbeit der Bezirke und des Freistaats Bayern innerhalb der Suchtprävention gar nicht in Abrede stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Steiner (CSU))

Aber wo wir tatsächlich einen Dissens haben, das ist in der Überlebenshilfe bei der Suchtprävention. Die ist mir bisher zu kurz gekommen. Was Sie zur Überlebenshilfe zum einen auf Bundesebene, zum anderen hier in Bayern herumfantasieren, dass Sie die Überlebenshilfe für Schwerstkranke innerhalb der Heroinprogramme nach wie vor als Modellprojekte weiterführen wollen, dazu haben wir einen Antrag gestellt, und ich bin gespannt, was die FDP dazu sagt, die auf Bundesebene diesbezüglich mit uns gestimmt hat. Ich glaube, dort ist das Zeichen erkannt worden, dass wir diesen Menschen helfen müssen.

Aber weil Sie sich jetzt so aufmandln, als hätten wir bei der Suchtprävention die Bezirke in den Senkel gestellt, muss ich Ihnen sagen, da müssen Sie die Ohren wirklich aufsperrn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Professor Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren. Vorhin habe ich Herrn Minister Fahrenschon gelobt, Herr Ministerpräsident, habe mich gefreut. Jetzt sind wir "not amused" über das, was Ihr Minister Dr. Söder im "Münchner Merkur" gesagt hat:

Wir sind die politische Mitte.

Das streite ich gar nicht ab.

Im Gegensatz zu anderen Parteien kümmert sich die CSU um Arzt und Patienten.

Jetzt kommt's:

Die FDP allein setzt auf Klientelpolitik.

Das habe ich heute schon von der Opposition gehört, das möchte ich von Ihnen nicht hören, damit wir uns da ganz klar verstehen. Wir bilden hier miteinander eine Koalition,

(Heiterkeit bei der SPD)

und so schlimm kann unsere Klientelpolitik nicht sein, wenn die Punkte acht, neun und zehn der Vorschläge, die Sie machen und gestern im Kloster Banz gemacht haben, genau eins zu eins von uns sind. Das nur dazu.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das die Ankündigung einer Aufkündigung der Koalition?)

- Nein, nein. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.

Jetzt komme ich zu Ihnen von der SPD. Wenn die SPD-regierten Länder so attraktiv wären wie Ihre Vorschläge, dann würden die Leute dorthin ziehen. Aber wohin ziehen die Leute? In den Süden, wo Union und FDP regieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarrn! Dort gibt's halt keine Alpen!)

- Sie schaffen es nicht, mich drauszubringen, keine Sorge.

Jetzt zum Verfahren. Worum es mir geht, ist Folgendes: Wir wollen versuchen, in den nächsten Haushalten einen Lehrstuhl für Palliativmedizin aufzunehmen, wenn es geht, Herr Ministerpräsident. Wir reden gerade über Augsburg. Vielleicht können wir zusammen mit dem Heubisch-Ministerium schauen, ob das zu schaffen ist. Natürlich muss hier vorangegangen werden.

Ich meine, dass, wie es alle hier sagen, in der Prävention das richtige Konzept steckt. Da sind wir uns einig. Aber alles auf einmal geht nicht. Sie haben ja gesehen: Wir sind immer mittendrin. Aber wir wollen versuchen, es hinzukriegen.

Ein Letztes: Wenn der jüngste Abgeordnete etwas sagt, ist doch klar, dass da einmal etwas anders rüberkommt als bei jemandem, der schon 20 Jahre hier hockt und trotzdem nichts zu sagen hat. Das ist der Unterschied zu uns.

Wenn einer sagt, er sei nur für die Landwirtschaft, muss ich sagen, das ist genauso einseitig, wie wenn ein anderer stur gegen die Kernenergie ist. Wir - und da lobe ich dich, Tobi - versuchen, beides miteinander zu machen, was Sie nicht schaffen werden.

Wenn Sie Österreich nennen, kann ich nur lachen. Das ist typisch SPD: Wir bauen zuerst ein Kernkraftwerk, und dann stimmen wir darüber ab, ob wir es machen. Dann geht es daneben. Das heißt, das Ganze ist eine grandiose Fehlinvestition, die jetzt rumsteht. Ich meine Zwentendorf. Diese Politik machen wir nicht.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Zwentendorf und SPD?)

Wir versuchen, Herr Ministerpräsident, zusammen mit Ihnen und den Freunden von der CDU/CSU zu erreichen, dass die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängert wird. Wir sind für einen Mix. Wir sind für eine berechenbare Politik, und wir glauben nicht, dass am bayerischen SPD-Wesen die Welt genesen soll. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Abschließend hat Herr Minister Dr. Söder das Wort.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Jetzt ist eine Entschuldigung bei der FDP fällig!)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Debatte, die bei dem einen oder anderen Wortbeitrag die Einstimmung auf den Nockherberg heute Abend ermöglicht hat. Munteres, Lebensnahes, Herr Kollege Thalhammer,

(Allgemeine Heiterkeit)

das war eigentlich die Vorbereitung auf eine Gesellenprüfung für den CSU-Generalsekretär. Aber da haben wir jetzt auch schon zwei. Dieser Posten ist besetzt.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die Anzahl von zehn Rednern - außerhalb der Generaldebatte vom Dienstag wahrscheinlich die größte Anzahl -, zeigt, wie groß die Themenpalette ist und wie breit das Spektrum an Herausforderungen ist, die sich tatsächlich mit allen Bereichen von Lebensfragen beschäftigen, von der Tierwelt, den Fragen der Umwelt bis zu Gesundheitsfragen. Insofern glaube ich, es ist wichtig, dass wir das ernsthaft diskutieren

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das hätten wir uns von Anfang an gewünscht!)

und nicht nur den einen oder andere Punkt polemisch herausgreifen.

Ich glaube, dass die Grundstrategie der bayerischen Umweltpolitik auf klaren Prinzipien fußt. Das ist das Entscheidende. Wichtig ist, dass der Kompass in schwierigen Zeiten stimmt. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir gemeinsam, jeder an seiner Stelle, die Finanzkrise hoffentlich bewältigt haben werden, dann stehen die Herausforderungen des Klimaschutzes, des Klimawandels und der Klimaveränderungen nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung, die uns alle beschäftigen wird.

Deshalb gelten für uns in Bayern folgende Prinzipien: Bewahrung der Schöpfung, eine der zentralen Grundfragen unserer Politik.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Schöpfungsbewahrung fußt auf unserer christlichen Überzeugung.

Zweitens: Nachhaltigkeit. Gerade als Vater von vier Kindern glaube ich, dass die Nachhaltigkeit für ein Land, das zu den schönsten der Welt zählt, vielleicht sogar das schönste ist, eine besondere Verpflichtung darstellt.

Drittens - und das ist schon ein grundlegender Unterschied zu dem einen oder anderen hier im Haus -: Wir begreifen Umweltpolitik nicht etwa als ideologisches Versatzstück von Debatten der Siebzigerjahre, sondern moderne, intelligente Umweltpolitik bedeutet, dass Ökologie und Ökonomie zusammenkommen. Wenn wir über 2.000 Firmen haben, die Umwelttechnologie in die Welt exportieren, dann schafft dies Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Darum ist der Unterschied von uns zu anderen: Wir setzen auf dieses Prinzip.

Zum Klimaschutz. Lieber Kollege Magerl, CO₂-Reduktion ist ein gemeinsames Ziel. Die USA haben 20 Tonnen pro Kopf und beginnen jetzt Gott sei Dank, sich zu verändern. Der Bund hat 9,8 Tonnen - jahrelang hatten Sie als Gemeinschaft der GRÜNEN Zeit, es noch weiter zu senken. Wir in Bayern haben aktuell 6,4 Tonnen. Ich bin sehr dafür, es noch weiter zu reduzieren. Aber mal ganz ehrlich: Auf null pro Kopf zu gehen heißt, nicht mehr zu atmen, und das kann nicht Sinn und Zweck grüner Politik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wollen es reduzieren, und zwar deutlich, weil wir glauben, dass Klimaschutz insgesamt eine nachhaltige Aufgabe ist, die uns alle betrifft. Wir spüren heute, dass es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Klimaanpassung geht. Das regionale Klima verändert sich nachhaltig, wenn man überlegt, dass sich gerade durch das Schmelzen der Gletscher das gesamte Klima nicht nur regional im Alpenraum, sondern in ganz Bayern verändert. Bayern, ein Wasserland, steht dadurch vor einer völlig neuen Herausforderung der Wasserstruktur. Wir haben pro Kopf umgerechnet in Altbayern, in Oberbayern, dreimal so viel Wasser wie beispielsweise in Unterfranken. Das stellt eine enorme Herausforderung an das Wassermanagement dar.

Wer hätte gedacht, dass der Rhein-Main-Donau-Kanal, als Wasserstraße konzipiert, schon fast mehr Wasser als Schiffe transportiert? Das Volumen des Ammersees ist in den letzten Jahren umgeleitet worden, allein um diesen Wasserausgleich in Bayern herbeizuführen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind also zentrale Herausforderungen. Dazu gehört beispielsweise auch der Hochwasserschutz. Wir bleiben auf dem hohen Niveau der letzten Jahre, obwohl die Mittel, die wir in den letzten Jahren vom Bund bekommen haben, ausgelaufen sind und zurückgeführt wurden, stemmen sozusagen als gemeinsamer Gesetzgeber, als Land in den nächsten drei Jahren wieder 150 Millionen Euro.

Wir setzen sehr darauf, die Klimaforschung voranzubringen. Dazu gehört vieles: Wir machen die energetische Gebäudesanierung, übrigens jetzt leider aus dem Konjunkturpaket II, lieber Herr Wörner. Wo ist er denn? Er ist nicht mehr da. Doch, da hinten sitzt er, das habe ich nicht gesehen. Der rote Stift hat das Gesicht verdeckt, Entschuldigung.

240 Millionen Euro werden jetzt aus dem Konjunkturpaket für die energetische Sanierung bei Krankenhäusern und andere Bereiche zur Verfügung gestellt. Das ist ein gutes Signal, das voranzubringen.

Wir entwickeln und erforschen neue Technologien. Wir erforschen beispielsweise die Energieeffizienz und arbeiten gemeinsam an den regenerativen Energien, um

sie voranzubringen, wobei Sie wissen, dass wir bei manchen Energieträgern an ökologische Grenzen stoßen, beispielsweise bei der Wasserkraft. Ich plädiere sehr dafür, dass wir nicht von vornherein sagen, egal, wo die letzte Möglichkeit ist, egal, was passiert, wir setzen auf ein neues Wasserkraftwerk. Denn ich glaube, es ist klüger, den Wirkungsgrad von bestehenden Kraftwerken zu erhöhen, um dort mehr Energie zu haben, damit wir am Ende nicht wieder ökologische Schäden bekommen, die uns allen vor die Füße fallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber man muss auch ehrlicherweise sagen: Wenn wir den CO₂-Ausstoß reduzieren wollen - ich glaube, dieses Ziel verbindet uns alle -, dann müssen zu einem sinnvollen Energiemix aber auch Wahrheit und Klarheit gehören. Das Land, das weltweit mit den höchsten Anteil an regenerativer Energie hat, ist Schweden. Das Land Schweden wurde in vielen Parteitagereden anderer Parteien für seine nachhaltige und umsichtige Energiepolitik sehr gelobt. Das Land Schweden erklärt heute, die Bewältigung der Herausforderungen - nämlich in der Energiepolitik selbstständig und unabhängig zu sein, also nicht nur beispielsweise von einigen Rohstofflieferanten aus Russland oder anderswo abhängig zu sein -

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Sepp Daxenberger (GRÜNE))

und ein nachhaltiger Energiemix bedeuteten letztlich wieder den Einstieg in die Kernenergie. Dazu muss ich sagen: Wer heute den Ausstieg als Letztes fordert, ist ein energiepolitischer Geisterfahrer, und da kann Bayern nicht mitmachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin kein Kernkraftfetischist. Ich glaube, dass das eine Brückentechnologie ist. Aber jeder, der jetzt sagt, er will aussteigen, muss wissen, dass er entweder in die Kohle einsteigt. Das würde bedeuten - erste Variante: acht Jahre Verlängerung der Laufzeit, ersetzt durch Kohle, 1 Milliarde Tonnen CO₂ mehr. Das ist unökologisch. Zweite Variante: Wir versuchen, alles komplett zu ersetzen. Manch einer sagt Windkraftanlagen, was wir in Bayern allein nicht schaffen würden, aber mit Offshore-Anlagen aus dem Norden.

Lieber Otto Hünnerkopf, jeder muss wissen, dass, wenn wir von der Menge der Kernenergie weggehen und versuchen würden - einmal abgesehen von der Frage, ob das von den Speicherkapazitäten her überhaupt ginge -, alles mit neuen Leitungen zu bewältigen, die dann auch noch unterirdisch liegen, dann bedeutet es bei Strom und Energie im Vergleich zu jetzt einen um fast 15 % höheren Kostenfaktor.

Wer ein solches Energiekonzept vorschlägt, tut dies auf Kosten der kleinen Bürger, der kleinen Menschen in Bayern, die ganz genau schauen müssen, was der Strom kostet. Wir wollen einen ökologischen Energiemix, wir wollen aber auch einen sozialen Energiemix.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens: Österreich ist angesprochen worden. Finden Sie es denn wirklich ehrlich, wenn man sagt - und ich verstehe, ein gutes Gewissen ist wichtig -: Wir steigen aus, wir haben im eigenen Land keine Kernenergie mehr; aber wir kaufen den Atomstrom von anderen. Wäre es ehrlich, wenn man auf niederbayerischen Versammlungen sagen würde, keine Gefahr mehr durch Atomkraft an Bayern, aber gleichzeitig die Einladungen zur Besichtigung neu gebauter Reaktoren in Tschechien bekommt? Es wäre unehrlich, wenn man im eigenen Land aus der Kernenergie aussteigt, aber dann aus dem anderen Land den Atomstrom kauft. Das machen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Viertens: Der Flächenverbrauch ist ein wirklich wichtiges Thema, da haben Sie recht. Herr Fahn, Sie haben gesagt, da müsse sich etwas bewegen, da müsse man schärfer herangehen. Ich bin durchaus der Auffassung, dass das ein zentrales Thema ist. Übrigens sind die Themen Flächenverbrauch und Flächenmanagement in Bayern auch deswegen wichtig, weil wir in Bayern manche Gebiete haben, die einen enormen Zuzug an Bevölkerung und Zuwachs an Flächenverbrauch haben. In anderen Bereichen ist die Schwierigkeit eher die, wie wir das intelligent managen. Aber eines will ich schon zugeben: Alles, was man da vorschlägt - auch Teile, die Sie vorgeschlagen haben -, sind fundamentale Eingriffe in die Planungshoheit der Kommunen. Es ist relativ schwierig, sich zur Partei der Kommunen zu erklären, aber gleichzeitig zu erklären, dass wir alles niedermachen wollen, was die Kommunen an selbstständiger Planungshoheit haben. Das geht nicht. Da muss man einen sauberen Mittelweg finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Folgender Aspekt ist sehr wichtig und vielleicht auch ein Grund-Credo unserer Politik. Auch da gibt es Gemeinsamkeiten, denn es ist nicht so, dass es überall nur Unterschiede gäbe. Es gibt viele Gemeinsamkeiten. In so einer Rede wird naturgegebenmaßen versucht, das herauszupicken, bei dem man anderer Auffassung ist. Das ist auch in Ordnung. Aber wir sagen zum Beispiel: Um den Klimaschutz voranzubringen und den Energieverbrauch zu reduzieren, um den wertvollen fossilen Stoff, wie beispielsweise das Öl, eben nicht nur

im Auto zu verfeuern, braucht es etwas, um beim Verkehr voranzukommen. Wir setzen in Bayern darauf aber nicht etwa, um den Menschen etwas zu verbieten, sondern wir fordern eine intelligente Mobilität; denn sie entspricht dem Wunsch einer emanzipierten, individualisierten Gesellschaft. Deswegen setzen wir zum Beispiel große Hoffnungen in neue Formen von Motorenentwicklung der Elektromobilität. Wir überlegen uns, in den nächsten Jahren parallel eine eigene Infrastruktur für Elektromobilität aufzubauen, in den Großstädten beginnend, weil wir der festen Überzeugung sind, dass genau in diesem Bereich eine der großen Chancen besteht, wo übrigens auch Ökologie und Ökonomie zusammen kommen.

Zur Biodiversität: Wir kümmern uns um alle Formen von Hasen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das hat aber hier wenig verloren! - Tanja Schweiger (FW): Wir kennen sie! - Zuruf: Alle? - Heiterkeit)

- Tierisch, Frau Sonnenholzner. Ihre Missinterpretation verrät Sie.

Die Biodiversität ist deswegen für unser Land eine der großen Herausforderungen, weil letztlich die biologische Vielfalt Kernelement der Schöpfung und Fundament des Lebens ist. Wir setzen uns sehr dafür ein, die Arten- und Sortenvielfalt zu sichern. Wir bewahren Lebensräume und versuchen, sie zu vernetzen. Wir renaturieren Moore. Wir versuchen, die ökologische Durchlässigkeit in vielen Bereichen auch der Gewässer zu verbessern. Und: Wir stärken die Umweltbildung. Das ist ein ganz großer Erfolg der Umweltpolitik aller. Gerade beispielsweise mit dem Projekt "Grünes Klassenzimmer" leisten wir einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, auch in der Bewahrung der Schöpfung für die nächsten Generationen. Das ist ein wichtiger Punkt. Auch was den kooperativen Naturschutz angeht, stellen wir jährlich 35 Millionen Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung. Dabei würde ich mir übrigens wünschen, dass wir bei der Prüfung, wie der kooperative Naturschutz vollzogen wird, dieselben flexiblen Maßstäbe anwenden und nicht den Eindruck erwecken, wir würden den kooperativen Naturschutz härter als andere Bereiche der Förderung prüfen. Das ist mir ein ganz persönliches Anliegen.

Die Bayerische Staatsregierung macht darüber hinaus ernst mit einem klaren Bekenntnis zu einem gentechnikfreien Bayern. Dies ist ein wichtiger Akzent der gemeinsamen Regierungsarbeit. Wir sind fest überzeugt, dass sich all die Erwartungen und Hoffnungen, die geweckt worden sind, bei Weitem nicht bewahrt haben. Wenn dann dieser Tage ein großes Unternehmen wie Monsanto einen Unbedenklichkeitsbericht

abgibt und sagt, es gebe keine Probleme, hat das für mich persönlich in Berlin wenig Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist dagegen unsere Aussage: Die Beachtung von Risiken ist uns wichtiger als versprochene Chancen, die sich bislang nicht erfüllt haben.

Deswegen sagen wir, es kann doch nicht ernsthaft so sein, dass am Ende eine Mehrheit der Kommission in Brüssel darüber entscheidet, ob auf bayerischen, etwa fränkischen Feldern gentechnisch verändertes Saatgut angebaut werden darf. Denn die Zulassung eines Saatgutes ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Entscheidung. Wir wollen selber entscheiden, was wir machen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich würde vorschlagen, am Schluss. Er kann es sich merken.

Wir wollen, dass wir auf diesem Gebiet selbstständig entscheiden können. Entscheidend ist erstens: Wir fordern von Europa die Zuständigkeit, dass Bayern entscheiden kann, ob gentechnisch verändertes Saatgut angebaut werden kann oder nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens: Wir setzen in Bayern darauf, die Forschung gerade auch zur Erkennung von Sicherheitsrisiken fortzusetzen. Wir gehen aber dann den Weg, insbesondere ab dem nächsten Jahr, wenn die Forschungsreihen auslaufen, bei einem Neubeginn zu sagen, dieses Saatgut muss in die Gewächshäuser.

Drittens: Ich habe die Vollzugshinweise letzten Freitag an die Behörden weitergeleitet und klar gemacht, dass beim Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut in Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten erhöhte Anforderungen gelten. Wir haben jetzt mit unserer Initiative auch erreicht, dass das Bundessortenamt die dritte Versuchsfläche in Bayern endgültig zurückgezogen hat. Damit gibt es in Bayern keine Wertprüfungen des Bundes mehr. Das ist ein gemeinsamer Erfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Zur Gesundheit: Liebe Frau Sonnenholzner, das Thema Gesundheit geht uns natürlich etwas an - mich auch. Was denn sonst? Es geht um bayerische Patienten und um bayerische Ärzte. Die Realität ist doch, dass nicht in Berlin demonstriert wird und Unsicherheit herrscht, sondern in Bayern, und zwar überall, flächendeckend, ob es die Kassen, die Ärzte oder die Patienten sind. Wenn wir diese Situation nicht ernst nähmen, hät-

ten wir unseren Auftrag verfehlt. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob man da ein bisserl Aufsicht machen kann, sondern man muss schon überlegen, was passiert ist und was man tun kann - manchmal parteilich, manchmal aber natürlich auch tatsächlich, um die Situation zu verbessern.

Fakt ist doch, dass die Bayern jetzt über höhere Beiträge mehr Geld bezahlt haben. Die bayerischen Patienten haben insgesamt aufgrund der Entwicklung der Löhne für Deutschland den höchsten Anteil erbracht. Die Leute zahlen seit dem 1. Januar 2009 mehr, und sie bekommen weniger. Liebe Freunde, meine Damen und Herren, das ist eine absurde Situation im deutschen Gesundheitswesen, dass Patienten mehr zahlen und weniger bekommen. Das kann so nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Verwerfungen finden von Süd nach Ost statt und sind massiv. Verwerfungen finden unter den Medizinern statt. Wenn Pathologen und Laborärzte mehr bekommen und erkennbar ist, dass die Pathologen nicht den sehr intensiven Patientenkontakt haben, aber dafür diejenigen, die in der sprechenden Medizin sind, massiv benachteiligt werden und wegen der versprochenen Euro-Cent-Einführung leider nicht gewährleistet wird, dass die Bürokratie abgebaut, sondern aufgebaut wird, muss man fragen, was schief gelaufen ist und was man dagegen tun kann.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Haben Sie das der Kassenärztlichen Vereinigung erzählt? Denen sollten Sie es erzählen anstatt uns!)

Konzipiert ist dieses Werk von der "Mutter aller Reformen" Ulla Schmidt und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Das ist die Konzeption im Detail.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Wer die Sache ernst nimmt - - Ein Blick in die Gesetze fördert die Rechtskenntnis, meine Damen und Herren.

Ulla Schmidt fordert nun erstens, sie wolle Vermittlerin sein. Dabei ist sie die Architektin. Sie schlägt vor, den Ärzten Zulassungen zu entziehen. Sie schlägt vor, in die Steuerunterlagen der Ärzte hineinzuschauen - also eine individuelle Prüfung vorzunehmen. Am Schluss sagt sie sogar: Mögen doch die Bayern aus dem eigenen Haushalt etwas tun. Deshalb, Frau Sonnenholzner, geht auch uns das an, wenn gesagt wird, möge doch der bayerische Steuerzahler das ausgleichen, was

wegen einer falschen Reform in Berlin passiert. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gab eine Fülle von Versprechen: Kein Arzt bekommt weniger als vorher. Die Patienten werden besser versorgt als vorher. Was ist die Realität? - Eine Fülle von Maßnahmen, beispielsweise die Versorgung im ländlichen Raum, ist erheblich gefährdet. Die Frage, ob die Hausbesuche noch geleistet werden können, steht auf der Tagesordnung. Das ist nicht nur ein bayerisches Problem. Wenn Länder wie Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die mehr als die Hälfte der Bürger der Bundesrepublik Deutschland repräsentieren, das zum Thema machen, ist das nicht nur ein regionales, sondern ein nationales Problem, das wir lösen müssen. Deshalb sagen wir: Wir glauben fest daran, dass Regionalität statt Zentralismus, Therapie statt Bürokratie und das Bekenntnis zur Freiberuflichkeit des Arztes wichtig sind. Wir wollen keine Polikliniken, wie sie sie in der DDR gab.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Ich habe bei drei Veranstaltungen in diesem Raum, lieber Herr Dr. Vetter, gehört, die Freien Wähler hätten ein Konzept. Zeigen Sie es mir, dann wollen wir uns damit auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Kollege aus Mittelfranken sagte das letzte Mal, man solle im Internet nachsehen. Ich habe gesucht und gefahndet. Das waren dann, glaube ich, drei Sätze zur Medizin.

(Zuruf von den Freien Wählern)

- Geben Sie es mir, dann sehe ich es mir gerne an.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Ich gebe zu, Herr Dr. Barfuß, es gibt bei aller Bedeutung einer Koalition unterschiedliche Konzepte. Kollege Thalhammer hat in seiner sehr leidenschaftlichen, kurzweiligen

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Sehr langweiligen!)

Rede deutlich gemacht, dass wir in einer Koalition leben, aber dass es durchaus noch - auch meine Fraktion legt Wert darauf - gewisse Unterschiede gibt. Das ist so. Die wollen wir behalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Koalition heißt zum Glück nicht Fusion. Deshalb wollen wir klarmachen, dass es bei unserer Konzeption darum geht, zwischen manch ideologischem Konzept auf der linken Seite, manch marktradikalem Konzept, das ich auf der anderen Seite vermute, ein Konzept zu entwickeln, das weder auf der Seite des einen noch des anderen steht, sondern Arzt und Patienten als die Basis der medizinischen Versorgung in Bayern sieht. Das ist unser zentrales Ziel. Wer weiß, vielleicht kommen wir im Herbst in Berlin auf diesen Weg. Mir wäre das recht. Das ist heute nicht das Thema.

Vorletzter Punkt: Liebe Frau Schopper, man kann in einer Rede nicht alles erwähnen, weil das den Rahmen sprengen würde. Das Thema Organspende liegt mir persönlich sehr am Herzen. Meine Mutter war Dialysepatientin. Deshalb habe ich für dieses Thema eine extrem hohe Sensibilität. Sie haben recht, dass insgesamt in Deutschland - auch in Bayern - die Bereitschaft zur Organspende zurückgeht. Es handelt sich weniger um ein rechtliches als um ein emotionales Problem. Was wir tun können, bin ich bereit zu tun. Zum Thema Nabelschnurblutbank, Herr Kollege Daxenberger, sind wir im Anschluss beisammen und versuchen einen Weg zu finden, um unterschiedliche Dinge zusammenzubringen. Das Anliegen halte ich für richtig und unterstütze es persönlich.

Die Heroinabgabe auf Dauer können wir nicht unterstützen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Es geht nicht um die Abgabe von Heroin, sondern von Diamorphin!)

Wir sind für viele Hilfsprojekte da. Dass aber alles in der Regelabgabe ist und der Staat fast zum Dealer wird, werden wir nicht akzeptieren. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Letzter Punkt: die bayerischen Krankenhäuser. Das ist ein wichtiges Thema. Wir haben 385 zugelassene Häuser mit gut 74.000 Betten. Bald haben wir hoffentlich, Herr Kollege Heubisch, eine neue Uniklinik in Augsburg. Das dauert vielleicht noch ein bisschen. Wir werden sehen, in welcher Zeitachse wir das verwirklichen können.

Für uns gilt: Die Krankenhäuser in Bayern sind zentraler Bestandteil der Versorgung. Wir wollen erreichen, dass die Krankenhäuser künftig vom Landtag und der bayerischen Verwaltung gestaltet werden können. Alle Versuche aus Berlin, ein zentralistisches System zu etablieren, in dem ein Unterabteilungsleiter in Berlin über die Bettenverteilung in Bayern entscheidet, lehnen wir fundamental ab. Wir wollen die eigene Planungshoheit für die medizinische Versorgung beibehalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen die Planungsansätze. Wir haben sie im Doppelhaushalt 2009/2010 auf 500 Millionen Euro erhöht. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Bereich. Einen Investitionsstau gibt es nicht. Es kann immer noch mehr geben. Wenn die Sprecher der anderen Fraktionen bereit sind, aus ihren Bereichen etwas abzugeben, bin ich der Letzte, der nicht mehr machen würde. Bei der Palliativmedizin, die mir auch sehr am Herzen liegt, schreiten wir in Bayern gut voran. Die Palliativmedizin ist eine zentrale Angelegenheit, weil die Art und Weise, wie wir den Menschen auf den letzten Metern des Lebens begegnen, die soziale und zivilisatorische Kultur eines Landes ausdrückt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

All das, meine Damen und Herren, was ich erwähnt habe und noch viel mehr, gehört zum bayerischen Leben, zur bayerischen Eigenheit und ist für die Menschen Teil der zentralen Herausforderung. Ich glaube, dass all das, was Sie erwähnt haben, die zentralen Felder in der Mitte der Gesellschaftspolitik sind. Insofern ist es wichtig, damit verantwortungsbewusst umzugehen.

Ich bedanke mich für die Debatte. Ich bedanke mich für manch ideologischen Ansatz, für manch vernunftbegabten und humoristischen Ansatz. Das ist für eine Debatte gut. Ich bedanke mich besonders beim Haushaltsausschuss und bei allen, die bei all dem und in der Debatte mitgeholfen haben. Ich bedanke mich bei meinem Haus und der Staatssekretärin ganz herzlich für die immer gute Zusammenarbeit. Ich bitte um Zustimmung zu dem vorgelegten Entwurf. Bayern kann sich wirklich sehen lassen. Wir arbeiten gemeinsam für Mensch und Natur in einem starken Land, in einem schönen Land. Das wollen wir erhalten. Mit diesem Haushaltsentwurf leisten wir einen wichtigen Beitrag.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister. Sie hatten kaum geendet, blinkten sämtliche Mikrofone auf. Zu einer Zwischenintervention haben sich gemeldet: Herr Dr. Goppel, anschließend Herr Wörner, Herr Fahn und Frau Schopper. Zunächst gebe ich für die Zwischenintervention das Wort an Herrn Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Staatsminister, ich habe volles Verständnis, dass Sie in Ihrer Abschlussrede auf den Ausfall des Kollegen Dr. Vetter aus den Reihen der Freien Wähler nicht eingegangen sind. Das ist ein Beitrag zur Hygiene des Hauses. Trotzdem gehört der Beitrag des Kollegen Dr. Vetter abgehandelt. Er passt in Ihr Ressort.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass der Anwurf gegenüber dem Kollegen Schmid, der sich zu einer vorangegangenen Verleumdungsaktion gegen Kollegen aus der Kommunalpolitik in Berchtesgaden geäußert hat, ungerechtfertigt war und dass es unanständig ist, die Abwesenheit zu nutzen, Herr Kollege Vetter. Der Name spricht zwar dafür, dass Sie wissen, wie man das formuliert. So geht es aber nicht. "Vetterleswirtschaft" gibt es im Parlament nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, ich möchte, dass wir ausdrücklich gemeinsam Folgendes festhalten: Wenn Fehler in der Politik passieren - egal wem -, dürfen diese anschließend nicht dazu missbraucht werden, Unbeteiligte zu beschuldigen.

(Zuruf von den Freien Wählern)

Sie sind das, Herr Vetter, nicht der Kollege Schmid. Es darf kein Missbrauch damit getrieben werden, die Unbeteiligten zu beschuldigen, die Unschuldigen noch auszuzeichnen und sich selber davonzustehlen. Die Methode "Haltet den Dieb" ist im Parlament nicht zulässig. Das gilt auch für die Freien Wähler.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Herr Staatsminister Dr. Söder hat gerade den Vorschlag gemacht, die Zwischeninterventionen zu sammeln; er will sie dann gebündelt beantworten. Das halte ich für sehr vernünftig. Nun hat der Kollege Wörner das Wort für die Intervention.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, Sie haben in einem Halbsatz Ihrer Rede erwähnt, dass nun endlich das Unbedenklichkeitsgutachten der Firma Monsanto für MON 810 vorliege. Ich darf daran erinnern, dass wir dafür beschimpft wurden, als wir sagten, unser heutiger Ministerpräsident habe damals als Landwirtschaftsminister rechtswidrig gehandelt, als er MON 810 wieder zugelassen hat; denn nach unserer Meinung war die geforderte Aufklärung der Firma Monsanto damals nicht vorhanden. Jetzt ist die Aufklärung da. Das heißt, die Genehmigung wurde damals tatsächlich zu Unrecht gegeben.

Zweite Feststellung. Ich finde es schön, dass Sie den Kollegen Thalhammer als Ihren Nachfolger haben wollen. Am Inhalt wird sich damit allerdings nichts ändern, auch vom Gewicht her nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Punkt. Wenn Sie die Frau Gesundheitsministerin Ulla Schmidt als die Mutter der Reform bezeichnen, dann sitzt der Vater hier im Hohen Haus. Aber wir wissen ja, Vaterschaften sind immer etwas schwierig, wenn es soweit ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Wörner. Herr Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich habe eine Frage zur CO₂-Reduzierung an Sie, Herr Minister Dr. Söder. Sie haben zur Anmerkung von Dr. Magerl gesagt, eine Reduzierung auf null Tonnen schaffe man nie. Sie haben aber nicht gesagt, welche Reduzierung Ihnen möglich erscheint. Sie sprechen immer von einer Senkung von sieben auf sechs Tonnen pro Person. Wenn Sie nun um 40 % reduzieren wollten, wie es EU und Bundesregierung vorgeben, müssten Sie auf 4,2 Tonnen kommen. Auf wie viel Tonnen pro Einwohner und Jahr will denn Bayern nun kommen? Das müssen Sie diesem Hohen Haus einmal konkret sagen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke sehr, Herr Dr. Fahn. Nun zum letzten Beitrag: Frau Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Minister, wahrscheinlich werden Sie das Modell der unbefleckten Empfängnis für die CSU wählen, was die Gesundheitsreform auf der Bundesebene angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das könnte man vielleicht als neue Variante ins Spiel bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war jetzt allerdings nicht meine Frage, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ach so!

Theresa Schopper (GRÜNE): Ich möchte von Ihnen gern noch einmal wissen - ich habe das bereits in meiner Haushaltsrede gefragt -, wie Sie zu dem Brief stehen, den Herr Hoppenhaller an die Hausärzte geschrieben hat, mit dem er sozusagen seinen Kollegen empfohlen hat, den Morbi-RSA möglichst oft zu kodieren. Damit wären wir Bayern - so habe ich gesagt - auf dem Papier mehr oder weniger ein Volk von Siechen. Wie stehen Sie dazu? Letztlich sind das die Gelder der Versicherten wie auch der Arbeitgeber. Werden Sie ihn das am Wochenende fragen und wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Zwischenbemerkungen habe ich nicht. Herr Minister Söder, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Thomas Goppel kann ich nur unterstützen.

Herr Kollege Wörner, Sie sind schon oft beschimpft worden, manchmal auch zu Recht.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Aber diesmal nicht!)

Ich fetze mich sonst gerne mit Ihnen, aber an dieser Stelle kann ich mir den Schuh nicht anziehen. Sagen wir einmal so. Entscheidend ist Folgendes. Wir bewegen uns bei der ganzen Frage der Gentechnik immer wieder - auch Sie mit Ihren vielen Anträgen - auf einem rechtlich ungesicherten Terrain. Sie schlagen immer wieder vor: weg damit, weg damit, egal was passiert. Es stimmt, dass der EU-Ministerrat beispielsweise die Länder, die sich für gentechnikanbaufrei erklärt haben, nicht kritisiert hat. Das Problem ist aber, dass die Rechtsmacht nicht beim jeweiligen Ministerrat liegt, sondern bei der Kommission. Deshalb brauchen wir eine saubere Rechtsstruktur. Wir brauchen bei dieser Frage endlich saubere rechtliche Verhältnisse. Dieses ständige Hin und Her ideologischer Anträge bringt nichts. Wir wollen eine saubere Lösung, die da heißt Gentechnik-Anbaufreiheit in Bayern. Dafür arbeiten wir.

Ich will hier jetzt nicht über Vaterschaften reden. Der Herr Ministerpräsident hat mir gerade zugeraunt, die Vaterschaft seiner Reformen sei die des Jahres 2003 gewesen. Das stimmt. Eine Vaterschaft des Jahres 2005 gibt es insofern nicht, als da im Wesentlichen von der Bundeskanzlerin und Ulla Schmidt verhandelt wurde. Deshalb wäre es etwas unglücklich hier von Vaterschaft zu reden.

Fakt ist auf jeden Fall, dass die Arzthonorargeschichte - um die geht es jetzt - vom zuständigen Ministerium und von den Bundesärzten konzipiert wurde.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie wurde von der Bundesregierung 2003 begonnen!)

- In der Tat, da sind wir einer Meinung. Ich habe mich sehr gewundert und sage das auch sehr offen. Wenn an einer bestimmten Stelle nach einigen Monaten im Bewertungsausschuss gesagt wird, wir hätten die Belegärzte in Bayern vergessen, dann heißt es: Upps! Wenn man sagt: Wir haben uns um ambulante Operieren nicht gekümmert, dann heißt es: Upps! Und wenn dann gesagt wird, man habe das eine oder andere grundlegend verkehrt gemacht, dann steht natürlich

klar fest, dass diese Honorarreform insgesamt stümperhaft gemacht und gescheitert ist und dass es eine Nachbesserung geben muss.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Schopper, das, was Sie kritisieren, ist schon rechtlich hinterfragt worden. Es ist rechtlich geprüft worden und es gab Diskussionen vor örtlichen Gerichten. Sie kennen die Entscheidungen. Es war eindeutig, dass es kein rechtswidriges Verhalten war. Wissen Sie, was mich an der Geschichte eigentlich geärgert hat - sorry, wenn ich das so sage -, ist, dass Sie quasi den Hausärzten insgesamt unlauteres Verhalten unterstellen. Das weisen wir zurück. Die bayerischen Hausärzte machen eine hervorragende Arbeit in der Fläche und wir bekennen uns dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Herr Fahn, wir haben ein klares Ziel. Das Ziel heißt, unter die sechs Tonnen zu kommen. Aber Sie wissen es doch auch: Wenn ein Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika 20 Tonnen pro Kopf hat, kommt man mit der Reduktion leichter nach oben; Sie wissen doch, wie das im Leben ist. Da wird die Luft im wahrsten Sinn des Wortes dünner und es ist schwieriger, Potenziale zu erwirtschaften.

Aber eines muss klar sein. Wenn wir auf unter sechs Tonnen kommen wollen - es ist dies ein ambitioniertes Projekt, und Deutschland ist noch weit entfernt von dieser Zielmarke -, dann müssen wir überlegen, wie es zu machen ist. Es gibt eine Fülle von Maßnahmen. Eines allerdings ist ganz klar. Diesen großen Schritt nach vorne werden wir nicht erreichen, wenn wir beispielsweise aus CO₂-freien Technologieträgern komplett aussteigen. Denn die 60 % des bayerischen Stroms zu ersetzen, die aus der Kernenergie erzeugt werden, ist derzeit nicht möglich. Darum werbe ich dafür und bleibe dabei: Zu den CO₂-freien Technologien gehört die Kernkraft und wir wollen aus den Gewinnen eine Ökovidende haben. Jetzt also, meine Damen und Herren, etwas trotzig beim Ausstieg zu bleiben, weil man einmal vor 20 Jahren einen Beschluss gefasst hat, auszusteigen, obwohl sich die Welt verändert hat, was man nicht zur Kenntnis nehmen will, ist nicht zeitgemäß. Die Welt hat sich verändert und jedenfalls vorübergehend gehört die Kernkraft zu dieser veränderten Welt dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schopper hat nach Abschluss der Rede von Minister Söder noch eine persönliche Erklärung angemeldet.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Anschließend treten wir in die namentliche Abstimmung ein. Bitte, Frau Kollegin Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich will mich kurz fassen. Ich möchte mich gegen die Behauptung des Herrn Ministers verwahren, ich hätte sozusagen überhaupt kein Vertrauen zu den Hausärzten. Ich sage Ihnen ganz deutlich, ich habe sehr wohl Vertrauen und weiß die Arbeit der Hausärzte vor Ort zu schätzen. Ich weiß, was die Hausärzte leisten und zu welchem Preis sie diese Leistungen vollbringen. Ich bin auch der Meinung, dass ihnen durchaus die Erlöse aus dem Hausärztervertrag zustehen. Dagegen will ich nichts sagen. Das vorangestellt. Ich verwehre mich allerdings dagegen, dass tatsächlich Anweisungen vom Chef der Hausärzte kommen, wie man zulasten der Versicherten Gelder aus dem Gesundheitsfonds verschiebt. Das möchte ich gerne sagen dürfen, ohne dass man mir unterstellt, ich pflegte eine Feindschaft zu den Hausärzten. Deswegen meine persönliche Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Jetzt liegen uns hier im Präsidium tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Es wurde, wie von Herrn Gantzer bereits verkündet, namentliche Abstimmung beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf Drucksachen 16/614 mit 16/619, 16/632 mit 16/635, 16/637 mit 16/640, 16/675 mit 16/677, 16/693 und 16/703 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/948 zugrunde.

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/948 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Namentliche Abstimmung ist beantragt. Grundlage ist der Einzelplan 12 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Sie kennen das Ritual: Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Wenn Sie mit der Stimmabgabe fertig sind, dürfen Sie in die Mittagspause gehen, die bis 13.30 Uhr dauert.

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung. Das Ergebnis wird

außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Namentliche Abstimmung von 12.51 bis 12.56 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen, und die Stimmen können ausgezählt werden. Die Sitzung wird für eine Mittagspause bis 13.30 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.56 bis 13.33 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Wir haben die Mittagspause schon um drei Minuten verlängert; wir machen weiter. - Ich komme noch einmal zurück zu Tagesordnungspunkt 21 und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 12 bekannt. Mit Ja haben 95 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 70, der Stimme enthalten hat sich niemand.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Eine Enthaltung. Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen - Drucksache 16/948 - weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/703 seine Erledigung gefunden hat. Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 22, 23 und 24 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/844 mit 16/847)

und

Haushaltsplan 2009/2010; Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/726 mit 16/734 und 16/843)

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/797 mit 16/814)

und

Änderungsanträge der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/828 mit 16/839)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/743)

und

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/818)

und

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/911)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart.

Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 27 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 22 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 21 Minuten und auf die FDP-Fraktion 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, die Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2009/2010 in namentlicher Form durchzuführen.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat das Wort Herr Kollege Winter. - Bitte schön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Wenn ich gewusst hätte, dass jetzt so schönes Wetter ist und dass Sie alle lieber draußen sitzen würden, hätte ich gar keine Rede vorbereiten müssen. Aber schade, wir haben die Wetterprognosen nicht in den Sitzungsplan eingetaktet.

(Ludwig Wörner (SPD): Ich habe gemeint, die CSU ist für das Wetter zuständig!)

- Kaum scheint die Sonne, wollen alle raus.

(Zuruf von Staatsminister Fahrenschoen)

- Danke, Herr Staatsminister, es ist wichtig, wenn man Unterstützung hat. So ist es, das schöne Wetter steht auch für unseren Haushalt. Wir haben gesagt, er ist ein Leuchtturmprojekt - und schon scheint die Sonne. Damit ist das, was der Kollege Wengert gestern vorgebracht hat, schon widerlegt.

Zunächst möchte ich an dieser Stelle aber aufrichtig für die Unterstützung Danke sagen. Meine Damen und Herren, wir haben in fünf Wochen in 13 Sitzungen beraten und beschlossen; wir haben 5.000 Seiten, 20 Nachschublisten und über 300 Änderungsanträge bearbeitet. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Es war wirklich beeindruckend, mit welcher hoher Präsenz die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen an den Beratungen des Haushaltsausschusses teilgenommen haben. Trotz unterschiedlicher Auffassung in der Sache sind wir sehr fair und tolerant miteinander umgegangen; bei den Beratungen hat ein gutes Klima geherrscht.

Ganz konkret möchte ich noch Ihnen, Frau Kollegin Rupp, neben den anderen Kolleginnen und Kollegen im

Haushaltsausschuss als meiner Stellvertreterin danken, natürlich auch den Damen und Herren Mitarbeitern im Landtagsamt. Da ist der Sitzungsdienst gefordert, aber auch ganz besonders das Ausschussbüro des Landtagsamts unter der Leitung von Frau Fecke und ihren Mitarbeiterinnen.

(Allgemeiner Beifall)

- Darüber freuen sich die Damen sicherlich.

Danken möchte ich auch Ihnen, Herr Finanzminister und Ihrem Haus, den Mitarbeitern und Mitstreitern, die alle viel zu tun hatten, sowie den Referenten in den anderen Häusern und Fraktionen, die ebenfalls stark gefordert waren.

(Allgemeiner Beifall)

Die Nachrichten, die uns dieser Tage erreichen, betreffen selbst Firmen wie Mercedes. Als kleiner Bub habe ich immer davon geträumt, dass mein Vater so ein Auto kauft. Damals war der 190er Diesel so beliebt, man musste ein Jahr darauf warten. Aber heute ist alles anders geworden. Die aktuellen Entwicklungen und Erfordernisse übertreffen in vieler Hinsicht unsere Vorstellungskraft. Im internationalen Zusammenhang reden wir nicht mehr von Millionenbeträgen, sondern von Milliarden, sowohl im Hinblick auf die Verluste auf den internationalen Finanzmärkten als auch im Hinblick auf die Größenordnung staatlicher Programme zur Stützung der Konjunktur. Die Auswirkungen der Rezession schlagen sich in einem Tempo und mit einer Wucht nieder, wie wir dies bisher noch nicht erlebt haben.

Die Bundesregierung musste Anfang des Jahres ihre Wirtschaftsprognose, in der sie von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 % ausgegangen war, auf ein Minus von 2,25 % korrigieren. Inzwischen wird sogar von 4 % Rückgang bei der Wirtschaftskraft ausgegangen. Im nächsten Jahr wird sich die Erholung der Wirtschaft wahrscheinlich nicht so schnell einstellen, wie sich das viele am Jahresanfang erhofft hatten.

Ich bezweifle, dass wir zur Bekämpfung dieser großen Konjunkturkrise und Wirtschaftsabschwächung die Erfahrungen aus den Zwanziger- und Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts heranziehen sollten. Bei dieser Rezession liegt die Schwierigkeit darin, dass die Welt inzwischen ein vernetztes Dorf geworden ist und sich damit diese Ausschläge potenzieren.

Unsere Wirtschaftswissenschaftler, die sonst so gerne Negativprognosen abgeben, sollten einmal darüber nachdenken und uns sagen, wie wir auf diese neue Entwicklung reagieren sollten. Sie sollten uns sagen, was wir von der Psychologie her tun sollten, um eine

Steigerung dieser Ausschläge zu vermeiden. Ich hätte den Wunsch, dass sich der ganze Brain-Trust über diese Frage Gedanken macht. Wir leben nicht in den Jahren 1920 oder 1930. Wir stehen vor einer Herausforderung anderer Art. Deshalb brauchen wir auch andere Instrumente. Dazu habe ich bisher von niemandem etwas gehört.

Die Rezession schlägt sich natürlich auch in den Arbeitsmarktzahlen nieder. Wir alle wissen: Wenn die Spirale einmal nach unten geht, wird es schwierig. Dann wird weniger gekauft und in der Folge sinkt auch die Nachfrage bei den anderen Unternehmen. Die Krise wird dann auch bei Branchen ankommen, die bislang nicht davon betroffen waren. Erfreulicherweise sind unsere Bürger optimistisch und beleben die Konjunktur. Sie lassen sich nicht schrecken.

Bereits bei der Debatte über den Etat des Wirtschaftsministers wurde die Frage aufgeworfen, was von unserer Marktwirtschaft bleiben wird und welche Ordnung in Zukunft gilt. Wir hielten im Jahre 1990 die Frage nach dem Wirtschaftssystem für geklärt. Diese Frage muss erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Was wird aus der Sozialen Marktwirtschaft? - Ist sie nach wie vor in der Lage, die Basis für Frieden, Wohlstand und Beschäftigung zu bieten? - Wie stellen wir uns eine nachhaltige Finanzpolitik vor? - Schaffen wir es wirklich, in Krisenzeiten mehr auszugeben, aber umgekehrt in Zeiten, wo es uns besser geht, weniger Schulden zu machen? - Zu dieser Frage gibt es den Vorschlag, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Das wäre ein positives und wichtiges Zeichen für Bayern, weil wir beim Zahlen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs in ganz besonderer Weise betroffen sind.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen müssen wir auch die Entwicklung in unserem Lande im Auge behalten. Wir müssen versuchen, auf der europäischen Ebene Fortschritte zu erreichen. Erfreulich ist, dass gerade gestern und heute bei der aktuellen Tagung der G 20 die Themen Stabilitätspakt, Finanzmarktverfassung sowie die Forderung der Bundesregierung, internationale Regeln zur Kontrolle der Finanzmärkte aufzustellen, auf der Tagesordnung waren. Ich denke, alle Länder haben den guten Willen, bei diesen Themen Verbesserungen zu erreichen und aus dieser Krise von den negativen Erfahrungen zu lernen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das Thema Landesbank und die entsprechenden Auswirkungen auf den Staatshaushalt nicht weglassen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Neuverschuldung zur Finanzierung der Kapitalerhöhung bei der Bayerischen Landesbank in der Schuldenlast des Freistaates Bayern ganz erheblich zu Buche schlägt. Dazu möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Erstens. Herr Ministerpräsident Seehofer hat in seiner ersten Regierungserklärung dazu umfassend Stellung genommen und zur Vergangenheit Klartext gesprochen.

Zweitens. Herr Kollege Erwin Huber hat gestern in seinem Beitrag zu diesem Thema ebenfalls klare Worte gefunden und nichts beschönigt.

Drittens. Wir begrüßen es, dass der Rechnungshof und die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit prüfen. Das liegt in unserem Interesse. Sie dürfen versichert sein, dass der neue Ministerpräsident, der neue Finanzminister, der neue Finanzstaatssekretär, unser neuer Partner in der Regierungskoalition und natürlich auch der neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses sowie die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss größtes Interesse an der Aufklärung haben. Wir müssen prüfen, was auf die Finanzkrise zurückzuführen ist und ob es andere Auffälligkeiten gegeben hat, für die die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssten. Daran haben wir das allergrößte Interesse.

Viertens. Mit dem Haushaltsplan zum Thema Landesbank soll Transparenz erreicht werden. Alle sollen mitverfolgen können, welche Belastungen über die Jahre hinweg entstehen. Im Jahre 2013 soll jeder auf Knopfdruck sehen können, was tatsächlich geschehen ist. Unser Anliegen ist die Offenheit.

Fünftens. Zur Kapitalaufnahme, also zur Risikoabschirmung durch den Freistaat Bayern, gab es keine wirtschaftlich vernünftige Alternative. Dieser Auffassung haben sich die Medien angeschlossen. Wenn jemand eine bessere Alternative einfällt, wäre ich dankbar, wenn er sie mir mitteilen würde.

Sechstens. Die Einrichtung der Landesbank-Kommission war eine notwendige und richtige Entscheidung. Sie kontrolliert und arbeitet aktiv an der Neuausrichtung der Bank und dem künftigen Geschäftsmodell mit.

Siebtens. Wir achten darauf, dass bei anderen staatlichen Unternehmungen keine unverantwortbaren Risiken eingegangen werden. Man könnte die Auffassung vertreten, dass beim Flughafen und bei der Messe nichts passieren könnte, weil dies solide Projekte seien. Ich gehe auch davon aus. Wir leben aber in einer paradoxen Zeit: Überall, wo Not herrscht, wird nach dem Staat gerufen. Wenn jedoch bei Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, Risiken oder Defizite auftreten, neigen wir schnell dazu zu sagen: Davon lassen wir die Finger. Wir müssen darauf achten, dass bei allen Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, die Geschäfte verantwortungsbewusst abgewickelt werden.

Achtens. Unter Berücksichtigung der Schulden zur Stabilisierung der BayernLB hat Bayern unter den westlichen Flächenländern immer noch die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, und zwar mit Abstand. Sie liegt in Bayern bei 2.600 Euro pro Kopf, in Baden-Württemberg als dem nächsten westlichen Bundesland bei 3.800 Euro. Wir wissen, dass die neuen Länder weniger Schulden haben. Wir konnten bereits seit 1946 Schulden aufnehmen, die neuen Länder erst seit 1990. Außerdem haben wir versucht, im Rahmen der deutschen Einheit die neuen Länder kräftig zu unterstützen. Wenn die Haushaltspläne so, wie sie aufgestellt sind, umgesetzt werden, wird Bayern am Jahresende insgesamt im deutschen Vergleich an der Spitze stehen.

Der Bund hat mit dem Rettungspaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes und den beiden Konjunkturpaketen bereits Handlungsfähigkeit bewiesen. Vor allem das zweite Konjunkturpaket setzt über Steuerentlastungen und Investitionen gezielte Impulse zur Stützung der Gesamtwirtschaft. Diese Impulse kommen schnell und direkt beim Bürger, bei den Steuerzahlern und insbesondere bei den Kommunen an.

Zum Doppelhaushalt 2010: Hier wurde der Wunsch geäußert, dass wir mutig und kraftvoll handeln sollten, um die Krise zu bewältigen. Hier sind alle Länder der Welt gefordert. Bayern will seinen Beitrag dazu leisten.

Erstens. Der Doppelhaushalt ist konjunkturgerecht, weil er zur Stabilisierung der Realwirtschaft zukunfts-trächtige Investitionen bietet, indem er den Ausbau der Infrastruktur anstößt, verstärkt und beschleunigt.

Zweitens. Wir setzen die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag um. Die Schwerpunkte lauten: Kinder, Schule und Hochschulen einerseits und Wirtschaft, ländlicher Raum und innere Sicherheit andererseits. Das sind die Vorgaben, die sich im Haushalt widerspiegeln.

Drittens. Wir bleiben bei einer soliden Finanzpolitik und sorgen dafür, dass wir mit Ausnahme der Sonderlasten wegen der BayernLB auch in den Jahren 2009 und 2010 ohne neue Schulden auskommen.

Auf der Grundlage dieser drei Leitlinien kann man den Doppelhaushalt mit Fug und Recht als Leuchtturm bezeichnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Belebung der Nachfrage ist wichtig. Dem wollen wir uns stellen.

Ich möchte noch auf zwei Dinge eingehen. Die Steigerungsrate liegt bei 4 %, unter Außerachtlassung der

BayernLB bei 6,8 %. Die Schwerpunkte habe ich genannt: auf die Zukunft ausgerichtete Ausgaben für die Bildung und Ausgaben zur Stützung der Konjunktur. Um das an wenigen Zahlen festzumachen, die man mit in die Osterwoche nehmen kann, gehe ich auf das Investitionspaket bzw. das Volumen ein. Man kann mehrere Rechnungen anstellen und kommt immer auf ein sehr gutes Ergebnis.

Wenn wir die letzten fünf Jahre betrachten und nachsehen, wie viel wir investiert haben, dann kommen wir auf 4,5 Milliarden Euro. Wir sind jetzt bei 5,6 Milliarden Euro, also gibt es 1,1 Milliarden Euro mehr. Auch wenn wir die Zahlen von 2007 zum Vergleich heranziehen, haben wir 1 Milliarde Euro mehr. Ob kurzfristige Betrachtung oder mittelfristige Betrachtung: Wir haben 1 Milliarde Euro mehr im Haushalt, eine gute halbe Milliarde Euro mehr als im letzten Jahr, aber das war bekanntlich ein Wahljahr und da tun wir immer mehr als sonst. Anders habe ich das nicht in Erinnerung. Es soll auch andere Landesregierungen geben, die das so handhaben.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Trotzdem übertreffen wir den Rekord - Frau Tolle, darum habe ich es gesagt. Trotz Wahljahr und entsprechenden Ausgaben liegen wir heuer um eine halbe Milliarde Euro über dem Rekord.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Ich komme zum Konjunkturpaket, das zunächst mit 50 Milliarden Euro veranschlagt ist. Wenn man da die Rechnung aufmacht, ist man überrascht, was wirklich übrig bleibt. Die SPD ist immer ganz stolz auf das Paket. Ich frage mich allerdings, warum die Kollegen von der SPD immer so stolz auf den Bund sind. Zunächst einmal: Der Bund sind wir alle. Regiert wird er von der Union und von der SPD, wir sind also auch dabei, und zwar mit einer Kanzlerin.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

- Frau Rupp, das ist ganz wichtig: die erste Bundeskanzlerin - eine Besonderheit.

Jetzt wird es spannend. Wie gesagt, zunächst sind es 50 Milliarden Euro. Bei den Steuern haben wir eine Menge bewegt. Das ist okay, das wird der Finanzminister noch darlegen. Da ist viel Positives erreicht worden. Jetzt kommen wir zu den 13 Milliarden Euro. Der Bund sagt, 3 Milliarden Euro investiere ich selbst, 10 Milliarden Euro werden an die Länder verteilt. Bayern erhält netto 1,4 Milliarden Euro. Den Betrag können wir stehen lassen.

Jetzt wird es noch interessanter. Von den 1,4 Milliarden Euro kommen heuer, in 2009, 483 Millionen Euro bei uns an. Den Kommunen geben wir 338 Millionen Euro. Das ist auch okay. Dann bleiben für den Staatshaushalt, also für unsere Ausgaben, noch 145 Millionen Euro übrig. Aber es geht weiter. Wir reichen an unsere Kommunen nicht nur das Geld des Bundes weiter, sondern legen heuer 121 Millionen Euro drauf. Zieht man jetzt von den 145 Millionen Euro, die uns im Staatshaushalt 2009 von Herrn Steinbrück - das kann man einfügen - gegeben werden, die 121 Millionen ab, dann bleiben ganze 24 Millionen Euro, die tatsächlich im Staatshaushalt für uns übrig bleiben.

(Christa Naaß (SPD): Heuer?)

- Heuer. Das können wir mal drei hochrechnen. Frau Naaß, das ist keine Frage.

Insgesamt haben wir aber hier ein Ergebnis, wie wir es von den Kommunen im April kennen: Große Summen erwecken immer große Erwartungen und viele interessieren sich dafür, aber am Ende wird es immer ein bisschen weniger.

Ich komme zu einer anderen Geschichte. Uns von der CSU - ich denke, uns allen, weil wir alle das Wohl unseres Landes im Auge haben - wäre wohl das Folgende am liebsten. Herr Finanzminister, es wäre eine tolle Sache, wenn Sie das durchsetzen könnten. Ob eine Chance besteht, weiß ich nicht. Es gibt wohl Urteile; das ist nicht so einfach. Sie haben schon die Verschuldungsregeln mit hereingenommen. Aber zum Träumen schön wäre es schon, wenn Folgendes passieren würde:

Wir zahlen beim Länderfinanzausgleich 2,9 Milliarden Euro. Über die Ausgleichsregelung der Umsatzsteuer kommen noch einmal 2 Milliarden Euro hinzu. Das macht zusammen knapp 5 Milliarden Euro. Jetzt wäre es eine schöne Sache, wenn man Folgendes tun könnte - größtes Empfängerland ist ohnehin Berlin -: Lieber Finanzminister, gib den bayerischen Anteil am Konjunkturpaket, die 438 Millionen Euro in 2009, gleich den Herren in Berlin und in Bremen, lasse uns den Länderfinanzausgleich und die Umsatzsteuerverrechnung, dann könnten wir die 4,9 Milliarden Euro zu unseren 5,6 Milliarden Euro dazunehmen, dann hätten wir eine Investitionsquote von 23 %, von der wir träumen. Mit 10,5 Milliarden Euro an Investitionen wären wir dort, wo die SPD immer hin will. Wir könnten mit voller Kraft noch mehr tun.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Beindruckende Rechnung!)

Ich bin froh, dass Kollege Wengert da ist; er hatte gestern große Zweifel an dem Leuchtturm. Deswegen

habe ich mir die Mühe gemacht, das Ganze noch einmal aufzuschreiben, damit man das in Kurzform aufnehmen kann. Herr Wengert, ich habe Ihnen gestern nicht einmal widersprochen. Es war eine leichte Herausforderung, als Sie gesagt haben, was wir alles nicht können. Ich habe mir gedacht, jetzt lassen wir die Augsburger Kommunalpolitik weg und bleiben beim Staatshaushalt, für den wir zuständig sind.

(Georg Schmid (CSU): Vernünftig!)

Ich komme zunächst zum Einsatz der Staatsregierung auf Bundesebene. Je mehr die Opposition den Ministerpräsidenten für seine vielfältigen Einsätze und Taktschläge, die in kurzen Intervallen kommen, kritisiert, umso mehr besteht die Chance, dass die Bürger die Dinge wahrnehmen. Erstens wird das immer in den Medien aufgegriffen. Zweitens sagt man beim dritten Mal, jetzt müssen wir doch einmal hinschauen, um was es da geht, wenn dauernd herumgestritten wird. Da sehe ich die Chance und habe die Hoffnung, dass etwas hängenbleibt neben dem, dass bei vielen tatsächlich etwas im Geldbeutel ankommt.

Ich nenne einige Stichpunkte:

Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibetrag zum 01.01.2009.

Erbschaftsteuer: Es besteht die Chance, dass das Familienheim bei den Angehörigen bleibt.

Unterstützung für den Mittelstand: Die Betriebe kommen nicht bei der Erbschaftsteuer unter die Räder.

Pendlerpauschale: Die Rückzahlung der Pauschale für 2007 wurde in Rekordzeit abgeschlossen. Man kann den Finanzämtern nur dafür danken, dass sie über eine Million Einkommensteuerfälle geprüft und insgesamt 290 Millionen Euro zurückgezahlt haben.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Großes Lob!)

Konjunkturpaket II: Entlastung bei der Einkommensteuer, Grundfreibetrag, Senkung des Eingangssteuersatzes, Abflachung des Tarifs, Kinderbonus.

Reduzierung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung ab 01.07.2009 auf 14,9 %. Abzugsfähigkeit von Krankenversicherungsbeiträgen ab dem Jahr 2010, ohne dass das Geld an anderer Stelle weggenommen wird. Das haben wir im Antrag deutlich gemacht.

Ich komme zur Landesebene. Es gibt ein bayerisches Beschleunigungsprogramm. Damit konnten die Haus-

haltsausgabereiste in Höhe von 350 Millionen Euro sofort eingesetzt werden.

Weiter die vorgezogene Freigabe beim FAG in der Größenordnung von gut 600 Millionen Euro.

Dann gab es den Bildungsgipfel der Kommunen im Interesse der Ganztagsschulangebote, die Finanzierung des Mittagessens für bedürftige Schulkinder und eine noch besser aufgestellte Jugendsozialarbeit an Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte noch eine ganze Seite, weil wirklich viel passiert ist.

Auch zu den Schwerpunkten des Doppelhaushalts 2009/2010 einige Stichpunkte:

Für die Schulen gibt es 2.738 zusätzliche Stellen. Ich kann mich in meiner achtzehnjährigen Zeit als Parlamentarier nicht daran erinnern, dass wir schon einmal mehr getan hätten. Dazu kommt, dass wir zusätzlich 100 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen und 200 Millionen Euro für die Ganztagskonzeption bereitstellen. Der Schulgeldersatz für die Privatschulen wird auf 75 Euro erhöht. Bis zum Ende der Legislaturperiode haben wir das Ziel, auf 100 Euro zu kommen.

Ich komme zu den Hochschulen. - Schulen und Hochschulen in dieser Kombination, das gab es noch nicht. Zunächst einmal erfolgt eine vorgezogene Freigabe des Einzelplans 15. Damit besteht die Chance, dass die Hochbaumittel mit jeweils mehr als 400 Millionen Euro - zusammen knapp 900 Millionen Euro - bis 2009 und 2010 schon beschlossen sind. Auf diese Weise kann jetzt schon ausgeschrieben werden. Das haben wir bereits Anfang März im Plenum beschlossen. Damit ist für diesen großen Schwerpunkt der Start schon freigegeben. Zu den 2.738 Lehrerstellen kommen noch einmal 3.000 neue Stellen im wissenschaftlichen Bereich. Dann kommen wir zu den Kindern. Für die Kinderbetreuung sind in diesem Jahr 676 Millionen und im nächsten Jahr 720 Millionen Euro ausgewiesen. Auch den Kinderschutz, der notwendig ist, wie wir wissen, werden wir verstärken und verbessern.

Zur inneren Sicherheit. 500 zusätzliche Stellen gibt es heuer und 500 zusätzliche Stellen im nächsten Jahr. 230 zusätzliche Stellen gibt es in der Justiz zusammen mit den Stellen für Richter und Staatsanwälte.

Bei den Finanzämtern gibt es 500 neue Stellen.

Der kommunale Finanzausgleich ist der höchste und beste, den wir je hatten. Das wurde gestern Abend auch vom Gemeindetagspräsidenten bestätigt. Insgesamt

sind es 6,35 Milliarden Euro. Die Steigerung beträgt 4 %. Der kommunale Anteil wird erhöht, und die Schlüsselzuweisungen erreichen eine Rekordsumme von 2,58 Milliarden Euro. Alles das kann sich sehen lassen. Wir verstärken die Investitionen in die Krankenhäuser und in den Hochbau. Damit investieren wir an der richtigen Stelle.

Im öffentlichen Dienst ist es wichtig, dass die Leute Geld haben und es ausgeben und etwas kaufen können. Deswegen ist es gut, dass 18.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Haushalt ausgewiesen sind. Das Tarifergebnis wird auch auf die Beamten ohne Abstriche übertragen. Die Altersteilzeit wird zu vertraglichen Bedingungen fortgeführt. Soweit zum Haushalt.

Jetzt noch ein paar allgemeine Anmerkungen. Wichtig sind auch die Eckdaten des Haushalts. Vorher hatte ich die Verschuldung erwähnt, jetzt möchte ich nur noch ganz kurz auf die Zinslastquote eingehen, die insbesondere im Zusammenhang mit den besonderen Belastungen immer wieder angesprochen wird. Trotz der besonderen Belastungen ist das Ergebnis beeindruckend. Die Zinslastquote beträgt in unserem Etat 3 %. Man kann sie noch nach Jahren aufschlüsseln. 2009 sind es 2,7 %, nächstes Jahr 3,1 %. Wie immer zählt nur der Vergleich, wenn man aussagekräftig sein möchte. In den anderen Ländern beträgt die Zinslastquote im Durchschnitt 8 %. Damit unterscheiden wir uns ganz deutlich von den anderen Ländern. Dadurch wird auch klar, dass der Freistaat Bayern wirklich vorgesorgt hat. Nur deshalb sind wir in der Lage, so auf die jetzige Situation zu reagieren.

Dafür möchte ich noch ein paar Beispiele nennen. In der Vergangenheit war es alles andere als einfach, auf viel Wünschenswertes zu verzichten. Nur so können wir die Haushaltssicherungsrücklage beanspruchen. Nur so können wir die Sonderprogramme finanzieren und das Geld aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" tatsächlich ausgeben. Als Stichwort nenne ich nur das Klimaprogramm mit einem Gesamtumfang von 1,7 Milliarden. Wichtig ist dabei aber auch, dass diese 1,7 Milliarden nicht aus Privatisierungserlösen stammen, sondern aufgrund einer sorgfältigen und weitsichtigen Politik und aufgrund von Einsparungen und Steuermehreinnahmen in unserem Haushalt aufgelaufen sind, sodass wir jetzt ohne neue Schulden arbeiten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Schluss sage ich ohne Ironie auch der SPD Danke dafür, dass sie ihre Positionen in der Pressekonferenz dargestellt hat. Sie hat eine andere Position als wir. Das ist in Ordnung, es soll auch Alternativen geben. Sie

haben es deutlich angesprochen. Ihre Alternative lautet, das Geld aus der Rücklage sofort auszugeben. Wir sehen dagegen die Gefahr und das Risiko, dass die Krise noch viel heftiger wird und dass wir erst am Anfang der Krise stehen. Deshalb müssen wir weiterhin in der Lage sein, kraftvoll zu reagieren. Deshalb haushalten wir. Für uns gilt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Darauf greifen wir zurück. Ich sage Ihnen zum Abschluss einen ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und bedanke mich noch einmal für das gute Miteinander.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): (von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Winter, ich möchte mich als stellvertretende Ausschussvorsitzende zunächst auch für das gute Miteinander im Haushaltsausschuss bedanken. In der Sache waren die Auseinandersetzungen sehr hart, persönlich aber immer sehr fair. Ganz persönlich möchte ich mich beim Landtagsamt und hier stellvertretend bei Frau Fecke bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Sie hat für die vielen neuen Mitglieder im Haushaltsausschuss sehr viel geleistet. Dadurch wurde es auch möglich, die Beratungen zügig zu führen. Genauso gilt mein Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und - das möchte ich hier ausdrücklich sagen, auch wenn es ein bisschen merkwürdig erscheint - unseren eigenen Haushaltsreferenten. Die eigenen Mitarbeiter der Fraktionen leisten auch immer sehr viel. Sie sollten an der Stelle auch erwähnt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Kollege Winter, Sie haben von einer Herausforderung neuer Art geredet. Das sehe ich genauso. Sie haben den Haushalt gleichzeitig als einen Leuchtturm dargestellt. Ich würde ihn eher etwa so beschreiben: Eine kleine Taschenlampe brennt. Das Bild würde wahrscheinlich besser zutreffen.

(Georg Schmid (CSU): Leuchtturm ist schon schöner!)

Bei den Beratungen am Dienstag - das betrifft den Ministerpräsidenten und Sie, Herr Schmid - dachte ich mir, ob bei Ihnen überhaupt angekommen ist, in welcher Situation sich die Menschen draußen befinden. Hier wird gebetsmühlenartig wiederholt, wir hätten eine ganz schwere Finanz- und Wirtschaftskrise. Tatsächlich

habe ich aber immer wieder den Eindruck, dass diese Krise für Sie nur virtuell besteht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich möchte hier einfach nur einmal die Zahlen nennen, die wir in Bayern haben. Wir haben 342.000 Arbeitslose und 395.000 Menschen, die Kurzarbeit leisten. Hier dürfen wir uns bei unserem Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz dafür bedanken, dass das Kurzarbeitergeld auf 24 Monate ausgedehnt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen in Unterfranken sind vielleicht schon der Vorbote für das, was auch in Oberbayern noch kommen kann. Im Arbeitsamtbezirk Schweinfurt haben wir derzeit über 12.000 Arbeitslose und 20.000 Arbeitnehmer, die Kurzarbeit leisten. Betroffen sind 282 Firmen. In Aschaffenburg haben wir über 9.000 Arbeitslose und 16.000 Menschen in Kurzarbeit. Über 330 Firmen sind dort betroffen. Die Menschen in Kurzarbeit sind in ihrer materiellen Existenz bedroht. Viele davon können tatsächlich arbeitslos werden. Davon sind dann wieder die Familien betroffen. Außerdem wissen wir auch, dass ältere Menschen und Frauen nachher nicht mehr ohne Weiteres Arbeit finden werden. Das ist ein Problem, das wir nicht aus dem Blick verlieren sollten. Deshalb kann überhaupt nicht nachvollzogen werden, warum die CSU und die FDP in Sachen Konjunkturpaket und konjunkturelle Impulse nicht tätig wurden. Die einzigen Impulse waren das Geld vom Bund, die guten Ideen der SPD und die schlechte Umsetzung der Programme durch die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schmid, Sie haben gestern gesagt - -

(Georg Schmid (CSU): Vorgestern!)

Entschuldigung. - Vorgestern haben Sie gesagt, dass die vielen Rücklagen, die wir haben, dem guten Wirtschaften zu verdanken seien. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass von diesen Rücklagen allein 1,9 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen des letzten Jahres stammen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch gut so! Es war klug, dass wir das Geld nicht ausgegeben haben!)

Das sind Steuereinnahmen aus dem letzten Jahr. Das war nicht gutes Wirtschaften über Jahre hinweg, sondern das waren unerwartete Steuereinnahmen im letzten Jahr.

(Georg Schmid (CSU): Das geht mal so, mal so!)

- Das geht nicht mal so oder mal so. Sie können die Ergebnisse in den Rücklagen nicht für sich reklamieren, weil die CSU die gesamtwirtschaftliche Lage genauso wenig bestimmt, wie sie die Seen und Berge in der Bundesrepublik schafft.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Sie hätten das Geld ausgegeben!)

Bei der Bewertung der Situation stellen wir immer wieder fest, dass Ihre Beiträge von Widersprüchlichkeiten geprägt sind. Zum einen fordern Sie eine antizyklische Finanzpolitik. Der Ministerpräsident räumt ein, dass dafür auch einmal mehr Geld in die Hand genommen werden muss, als der Staat tatsächlich zur Verfügung hat. Damit gibt er in seinen Ausführungen - wenn auch vorsichtig - zu, dass eine Verschuldung in einer solchen Situation durchaus denkbar ist. Sie, Herr Schmid, sagen dagegen, Sie wollen auf jeden Fall einen ausgeglichenen Haushalt, und etwas anderes dürfe es auch nicht geben.

(Georg Schmid (CSU): Das ist auch vernünftig so!)

- Melden Sie sich doch anschließend zu Wort und plappern Sie nicht dauernd dazwischen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Weil Sie etwas Falsches sagen! Sie reden einen Unsinn, den wir uns anhören müssen!)

- Wenn ich mich so aufführen würde wie Sie, wenn Sie Unsinn reden, müsste ich hier auf den Bänken tanzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Sie haben wohl die Weisheit mit dem Löffel gefressen!)

Und nun zur FDP, die das große Wort von der sozialen Marktwirtschaft ständig im Mund führt und dabei nie

(Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

- also, ich bitte Sie, jetzt für Ruhe hier zu sorgen, denn das ist echt unpassend, das ist wirklich unpassend - die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick hat und, wie ich glaube, im Kern auch nicht verstanden hat, was soziale Marktwirtschaft ist, sondern es einfach der Zeit geschuldet sieht, sich auch dieses Begriffes zu bedienen, um nicht ganz so neoliberal dazustehen.

(Beifall bei der SPD)

Weiter geht es mit der Frage der Investitionsquote. Auch da war es interessant, Zahlen zu hören, die schlicht nicht gestimmt haben. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt: Wir sorgen dafür, dass die Investitionsquote steigt. Das war Ihre Aussage, das war der

Tenor Ihrer Reden. Dazu muss man einfach die nüchternen Zahlen nennen. Im ersten Nachtragshaushalt 2008 betrug die Investitionsquote 13,4 %. Für 2009 waren 12,5 % und für 2010 12 % geplant. Also, jetzt denke ich doch, dass Ihre rechnerischen Kenntnisse so weit gehen, dass Sie wissen, dass 13,4 % im Jahr 2008 mehr sind als 12,5 % 2009 und 12 % 2010. So viel traue ich Ihnen durchaus noch zu. Das Endergebnis, das wir jetzt haben, ist allein aufgrund der Nachschubliste, also aufgrund des Konjunkturpakets, so, dass die Investitionsquote 2009 13,6 % und 2010 13,4 % beträgt.

Herr Finanzminister, Sie haben in Ihrer Eingangsrede zu den Beratungen des Haushalts gesagt, in schlechten Zeiten solle man deutlich investieren. Nun möchte ich aber wissen, wo in Ihrem Haushalt die Steigerung von 2008 auf 2009 und 2010 zu finden ist. Das ist nirgendwo der Fall. Im Gegenteil, Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, Sie haben einen Schönwetterhaushalt gemacht und sich darauf verlassen, dass der Bund tätig wird. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An ihren theoretischen Ausführungen - ich habe es wohl schon einmal gesagt - hätte Werner Schieder, der große Keynesianer in unserer Fraktion, seine Freude, aber in der Umsetzung nicht ein Schritt, nicht ein Stück. Das ist, denke ich, etwas, was so nicht gehen kann, weil es die Anliegen und Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern schlicht leugnet und sich ihrer nicht annimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CSU)

- Also, schrecklich die Jungs hier vorn! Ein bisschen ruhiger, ein bisschen ruhiger!

Nun zu den Haushaltsberatungen im Einzelnen. Ich möchte nicht auf die Einzelpläne eingehen. Das haben die Fachpolitiker getan, das muss ich nicht mehr tun. Aber ich möchte natürlich auf die Punkte des Konjunkturpakets eingehen.

Wir von der SPD haben im November klar erkannt, dass dieses Land Probleme bekommen wird und dass die Arbeitsplätze in Bayern in einer ganz schwierigen Situation stehen. Wir haben daher ein Konjunkturpaket mit ganz klaren Forderungen aufgelegt. Wenn wir uns die einzelnen Punkte der CSU anschauen, müssen wir sagen, dass es in Teilbereichen eine komplette Übereinstimmung gibt, dass es in Teilbereichen zumindest hinsichtlich anteiliger Summen Übereinstimmung gibt und dass es einige wenige Punkte gibt, die Sie nicht aufgegriffen haben.

Ich möchte das wiederholen: Das sind der Hochschulbau und die Hochschulsanierung, die energetische Gebäudesanierung, Bau und Sanierung von Schulen, das regionale Wirtschaftsförderprogramm, die Breitbandversorgung, die ÖPNV-Busförderung, Unterhaltung und Bau von Staatsstraßen, Wohnungsbau, Landesbehindertenplan, Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur, Krankenhausfinanzierung, Städtebauförderung. Das waren die Punkte, die wir mit unseren Anträgen bereits im November aufgegriffen haben.

Sie haben das dann auch getan. Dazu muss ich Ihnen aber Folgendes sagen: Ich glaube, in Zeiten der Krise ist es völlig unangemessen, Spielchen zu spielen. Sie spielen an diesem Punkt das Spielchen: Wir stellen den gleichen Antrag, aber beschließen nicht positiv über das, was die SPD beantragt hat. - Diese Anträge sind positiv erledigt, sie sind teilweise bis auf den Cent identisch. Die GRÜNEN haben zum Beispiel zur Breitbandversorgung genau den gleichen Antrag wie wir gestellt, und über das Finanzministerium wurde das auch so eingebracht.

Wie kleinmütig muss man sein, wie kleinmütig muss man sein, dass man diese Anträge nicht nehmen und sagen kann: Ihr habt recht, und jetzt lasst uns darüber gemeinsam abstimmen!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wie armselig ist es, wie engstirnig muss man sein, in einer Situation, in der wir wissen, dass Zehntausende, wenn nicht mehr als Hunderttausend von Arbeitslosigkeit bedroht sind, nicht sagen zu können: Okay, da war die SPD schneller, hat früher daran gedacht, hat auch an die richtigen Punkte gedacht, wir können auch noch den gleichen Antrag stellen, aber dann lasst uns das alles gemeinsam positiv verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Da muss ich Ihnen sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das deutet eindeutig darauf hin, dass Sie die Lage nicht erkannt haben,

(Beifall bei der SPD)

dass Ihnen nicht klar ist, dass diese Krise sehr tiefgreifend ist, dass diese Krise größte Probleme für die Wirtschaft in Bayern mit sich bringt und dass diese Krise eine Bedrohung für die Familien und die Menschen in Bayern ist. Das haben Sie offensichtlich nicht begriffen, wenn Sie an solchen Stellen nicht einmal in der Lage sind zu sagen: Lasst uns den Weg gemeinsam gehen; das sind richtige Ideen, das sind richtige Vorschläge; wir sehen das genauso.

Ich bitte Sie wirklich, über so ein Verhalten nachzudenken. Denken Sie darüber nach! Da draußen können Sie das eigentlich nicht rechtfertigen. Das ist der Situation und dem Ernst der Lage in gar keiner Weise angemessen. In gar keiner Weise!

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, was mich auch hier hoch frustriert: Richtige Gedanken, richtige Ideen, frühzeitiges Erkennen von Problemen werden ignoriert. Das Geschäftsmodell der Landesbank wurde von uns vor über einem Jahr thematisiert und von Ihnen mit Hohngelächter abgelehnt. Wir haben das richtig erkannt. Wir haben darauf gedrängt, dass man sich damit befasst, Kolleginnen und Kollegen. Sie haben das einfach beiseite geschoben.

Nehmen Sie wahr: Gute Politik macht man dann, wenn man vorausschauend und vorausschauend agiert und handelt und nicht nur Rituale abspult. Wenn Politik zu Ritualen verkommt, dann ist sie es wirklich nicht mehr wert. Wenn es um die Menschen draußen geht, um ihren Verdienst, ihr Einkommen und ihre Arbeitsplätze, dann sind Rituale gefälligst nachrangig. Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, ich erwarte von Ihnen, dass Sie diesen Stil ändern, dass Sie sachgerecht arbeiten und dass Sie positive Vorschläge aufnehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Zur Umsetzung des Konjunkturpakets möchte ich nicht mehr viel sagen. Ich möchte einen Punkt erwähnen. Es sind insgesamt 1,9 Milliarden Euro zu investieren. Der Anteil des Freistaates sollte wenigstens bei 25 % liegen. Was gemacht wurde, sind 100 Millionen Euro, die der Freistaat hineingibt. Das sind also nicht die zusätzlichen Impulse, die hätten gesetzt werden können. Das wird nicht getan, sondern es wird versucht, mit Haushaltstricksereien schließlich den eigenen Anteil sicherzustellen. Auch das ist der aktuellen Lage definitiv nicht angemessen

(Beifall bei der SPD)

Sie reden sehr viel von Steuersenkungen und Abgabensenkungen, damit der Konsum angekurbelt wird. Wir sind uns in einem Punkt einig: Es ist richtig, jetzt den Konsum anzukurbeln. Das ist eine völlig richtige Aussage. Die Binnennachfrage bei uns ist ein Riesensproblem. Im Maschinen- und Anlagenbau haben wir irrsinnige Umsatzrückgänge, weil diese Industrie so exportorientiert ist und eben im Moment nichts mehr exportiert werden kann.

Aber dann lassen Sie uns doch das tun, was wir hier schon zigmal erwähnt haben, nämlich hier in Bayern

Punkte ändern, damit die Menschen das Geld unmittelbar im Geldbeutel behalten. Ich nenne nur zwei Dinge: kostenfreies Kindergartenjahr und Streichung der Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie wollen, dass die Menschen mehr Geld im Geldbeutel haben, dann tun Sie doch etwas und versuchen Sie nicht, auf Berlin zu warten. Im Übrigen - auch das muss ich klarstellen - kann man mit uns jederzeit über Steuersenkungen reden, wenn es darum geht, die Ungerechtigkeit der Progression zu beenden, denn das betrifft die niedrigen Einkommensgruppen und das ist ungerecht. Darüber kann man mit uns reden. Aber nicht über Steuersenkungen für die wirklich Vermögenden in diesem Land, weil die genau in dieser Situation eine Aufgabe und eine Verpflichtung haben!

(Beifall bei der SPD)

Da würde ich mit Ihnen lieber über die Vermögensteuer reden.

Ein letzter Punkt - dann sind nachher meine Kollegen zum Haushaltsgesetz und zum FAG dran - betrifft Risiken, die auf uns zukommen. Selbst mit den Anträgen der SPD wäre dieser Haushalt ausgeglichen. Wir sind nicht so vermessen, das für 2010 zu behaupten. Wir alle wissen nicht, was 2010 auf uns zukommt. Wir wissen nicht, wie stark die Steuereinnahmen sinken werden. Die Steuereinnahmen werden sinken, soviel ist klar. Wir wissen nicht, welche weiteren Risiken die BayernLB in sich birgt. Auch das ist nicht bekannt. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir sehr schnell einen Nachtragshaushalt brauchen werden. Ich bitte Sie alle, wenn es dann wieder um Maßnahmen geht, um die Arbeitsplätze in Bayern zu schützen: Bitte seien Sie so vernünftig, arbeiten Sie mit uns zusammen, nehmen Sie unsere Ideen positiv auf. Lassen Sie Ihren Kleinmut beiseite.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der Freien Wähler spricht nun Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Zunächst möchte ich mich dem Dank des Herrn Kollegen Winter an alle, die an den Haushaltsberatungen beteiligt waren und mitgeholfen haben, anschließen: an das Landtagsamt und an das Ministerium. Es war eine angenehme und faire Arbeit, auch wenn, wie heute schon gesagt, unsere Anträge fast alle abgelehnt wurden. Darauf komme ich aber später noch.

Herr Staatsminister, Sie haben schon mehrmals stolz verkündet, dass der Doppelhaushalt 2009/2010 ausgeglichen und ohne Neuverschuldung ist. Das ist richtig, wenn man diesen Doppelhaushalt formal betrachtet. Es wurde zwar schon mehrfach gesagt, ich muss aber trotzdem wiederholen, dass die 10 Milliarden Euro für die Landesbank eine Belastung darstellen, die weiter wirkt.

(Josef Miller (CSU): Andere wären froh, wenn Sie diesen Haushalt hätten!)

Wenn sie 10 Milliarden zahlen dürften?

(Josef Miller (CSU): Nein, im Hinblick auf die Gesamtsumme!)

Dann war das wohl ein Missverständnis. - Fakt ist aber nun einmal, dass die 10 Milliarden bezahlt werden müssen, und ob wir dieses Geld je wieder zurückbekommen, ist fraglich. Auch Sie selbst, Herr Finanzminister, haben gesagt, dass wir vielleicht nur einen Teil zurückbekommen. Das mag nun aber einmal dahingestellt sein. Warten wir ab, was in den nächsten Jahren kommt. Tatsache ist aber, dass heuer für diesen Kredit 200 Millionen Euro an Zinsen aufgewendet werden müssen und im Jahr 2010 400 Millionen Euro. Wir können nur hoffen, dass es in den nächsten Jahren bei den 400 Millionen Euro bleibt. Dieses Geld fehlt uns aber hinten und vorne, vor allem für die Finanzierung der Maßnahmen, die wir gewünscht, die wir beantragt haben.

Dieser Doppelhaushalt 2009/2010 konnte nur deshalb ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden, weil aufgrund der Steuermehreinnahmen der letzten Jahre - das hat Frau Rupp schon angesprochen -, Rücklagen gebildet werden konnten. Von diesen 3,8 Milliarden Euro Rücklagen - so ist mir vom Finanzministerium mitgeteilt worden, Herr Huber hat gestern von 5 Milliarden Euro gesprochen, vielleicht liegen noch irgendwo 1,2 Milliarden Euro herum, die wir noch nicht kennen -, die am Beginn dieses Jahres vorhanden waren, werden laut Haushaltsplan 3,7 Milliarden Euro entnommen. Am Ende dieses Doppelhaushaltsjahres sind dann noch ganze 100 Millionen Euro übrig, jedenfalls nach der jetzigen Rechnung. Wir alle erwarten mit Sorge das Ergebnis der nächsten Steuerschätzung. Dann könnten diese Zahlen schnell zur Makulatur werden und ein Nachtragshaushalt unausweichlich sein.

Alein die schon beschlossenen Steuerentlastungen, sie stehen im Haushalt, führen zu Mindereinnahmen von 3,5 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt. Die Mindereinnahmen konnten zwar durch die Rücklagen ausgeglichen werden, ich frage mich aber, wie Sie den Haushalt ausgleichen wollen, wie Sie die nächsten

Haushalte ausgleichen wollen, wenn die Rücklagen einmal weg sind.

Steuererhöhungen sind nicht ersichtlich, im Gegenteil. Die Wirtschaftskrise, auch das wurde schon angesprochen, wird massiv auf die Steuern durchschlagen. Sie haben zwar 1,4 Milliarden Euro - jedes Jahr 700 Millionen Euro - Mindereinnahmen eingeplant. Wir alle haben die Hoffnung, denn wir sitzen alle in einem Boot, dass das reicht.

Es ist auch nicht zu erwarten, dass der Bund ein weiteres Konjunkturprogramm auflegt, das den Ländern ermöglicht, überfällige Investitionen durchzuführen, ohne dass dafür zusätzlich eigenes Geld in die Hand genommen werden müsste, wie das hier in Bayern geschehen ist, mit Ausnahme des Kofinanzierungsanteils in Höhe von 100 Millionen Euro für die Gemeinden. Es ist auch nicht zu rechtfertigen, dass der Bund sich weiter verschuldet, denn das Konjunkturpaket des Bundes war auf Schulden aufgebaut. Es nützt auch nichts, wenn wir hier in Bayern immer auf unsere vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Verschuldung verweisen, denn wir sind mitverantwortlich für die horrenden Schulden des Bundes. Die Schulden des Bundes sind auch unsere Schulden. Wir müssen sie mittragen, und zwar überproportional.

Herr Staatsminister, vor einigen Tagen haben Sie im Rundfunk gesagt - das habe ich zufällig gehört -, dass Ihnen für die zukünftigen Haushalte nur Ihr Optimismus hilft. Ich bin grundsätzlich auch ein Optimist, und wenn ich auf die letzten Jahrzehnte zurückblicke, in denen ich mit Haushalten zu tun gehabt habe, dann sind den schlechten Jahren auch immer wieder gute gefolgt. Andererseits darf man vor lauter Optimismus die Realität nicht aus dem Auge verlieren. Die Realität spricht leider eine andere Sprache. Herr Hacker ist im Moment leider nicht da. Er hat uns gestern vorgehalten, dass unsere Anträge Mehrausgaben in Höhe von 1,7 Milliarden Euro verursacht hätten, ohne dass wir eine Gegenfinanzierung angeboten hätten. Gleichzeitig fordern Sie von der FDP aber weiterhin massive Steuererleichterungen, ohne eine Gegenfinanzierung anzubieten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Eine Gegenfinanzierung der schon vorgenommenen Steuererleichterung ist weiterhin nicht in Sicht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Gegenfinanzierung erfolgt über den Konsum!)

- Dazu komme ich schon noch. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass wir grundsätzlich gesehen nicht gegen eine gerechte und notwendige Steuerreform sind, die auch mit Erleichterungen verbunden sein soll. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, darauf hinzuweisen,

dass bestimmte Maßnahmen, die gefordert werden, die notwendig und wünschenswert sind, nicht durchgeführt werden können, und dass wir uns auf erhebliche Sparmaßnahmen einstellen müssen, wenn Kredite nicht aufgenommen werden sollen, weil der ausgeglichene Haushalt Vorrang hat. Natürlich verstehen Sie und auch wir - und hier komme ich nun zu Ihnen, Herr Thalhammer - Steuererleichterungen als Möglichkeit zur Konjunkturbelebung. Aber auch unsere Anträge waren darauf ausgerichtet, nachhaltig die Konjunktur zu beleben und die Wirtschaftskraft zu stärken. Mehr Geld für die Bildung beispielsweise sind Investitionen in die Zukunft. Alle Wirtschaftsverbände sehen eine gute Bildung als einen herausragenden Standortvorteil. Mehr brauche ich zu diesem Thema gar nicht zu sagen, das wissen wir alle.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Als ehemaliger Kommunalpolitiker möchte ich an dieser Stelle auch sagen, dass sich die öffentliche Hand immense Folgekosten im sozialen Bereich spart, wenn wir den Kindern eine vernünftige Bildung anbieten.

Mehr Geld für die Straßen, für DSL und die Wirtschaftsförderung, das sind die klassischen Felder eines Konjunkturprogramms. Wir brauchen nur auf das Konjunkturpaket II des Bundes sehen, das genau für diese Maßnahmen Mittel bereitgestellt hat. Unseren Anträgen wurde auch nachgekommen, weil Gelder für den Straßenbau und für DSL aus dem Konjunkturpaket zusätzlich dazugekommen sind.

Das gilt auch für unsere Anträge, die mehr Geld für die Kommunen gefordert haben. Gerade finanzschwache Kommunen, die wir stärken wollen, haben einen enormen Investitionsbedarf.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir sehen das beim aktuellen zweiten Konjunkturpaket, bei den Maßnahmen, die für die Gemeinden bereitgestellt werden. Bei meinen Gesprächen mit den Gemeinden und den Landkreisen zeigt sich schon jetzt, dass diese Maßnahmen mehrfach überzeichnet sein werden. Die Anträge gehen weit über die vorhandenen Mittel hinaus. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Kommunen weitaus mehr investieren könnten, wenn sie die entsprechenden Mittel hätten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Damit bin ich bereits beim kommunalen Finanzausgleich. Ich muss zunächst anerkennen, dass der Anteil der Kommunen im allgemeinen Steuerverbund von 11,7 auf 11,94 % erhöht wurde,

(Georg Schmid (CSU): Sehr positiv!)

dass der Anteil am Kfz-Steuerverbund von 50 auf 51 % erhöht wurde

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

und dass auch der Zuschuss zur Schülerbeförderung - zum anderen komme ich noch, Herr Schmid - jetzt wieder bei 60 % ist. Auch das Gesamtvolumen des Finanzausgleichs wurde erhöht um 4 % oder 0,8, je nachdem, wie man es rechnet, für 2009 und 2010.

Ich muss auch anerkennen, dass die 100 Millionen Euro als Hälfte der Kofinanzierung beim Konjunkturpaket für die Gemeinden bereitgestellt wurden.

Aber wenn der Herr Innenminister gestern sagte, dies sei der kommunalfreundlichste Haushalt,

(Georg Schmid (CSU): Ja, ist er!)

dann muss dem schon widersprochen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Mag sein, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bei den FAG-Verhandlungen Ende letzten Jahres zufrieden waren.

(Georg Schmid (CSU): Ja, sogar sehr!)

Sie mussten auch zufrieden sein, weil sie nicht mehr erreichen konnten. Sie alle wissen aber, dass die Forderungen der Kommunalvertreter weitaus höher liegen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist aber schon seit 50 Jahren so!)

Ich möchte, wenn ich darf, Herr Präsident, aus einem Papier zitieren. Das stammt nicht von uns, nicht von den Freien Wählern, sondern vom Präsidenten des Landkreistages, überschrieben mit "Forderungen des Bayerischen Landkreistags für die 16. Legislaturperiode", unterschrieben vom Präsidenten Theo Zellner. Sie wissen, welcher Partei er angehört, wobei bei den Landräten die Partei überhaupt keine Rolle spielt.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

- In diesen Dingen habe ich längere Erfahrung als Sie, auch als Sie, Herr Fahrenschon, ich war lange genug dabei, und das Verhältnis untereinander war sehr gut, ganz gleich, welcher Partei einer angehörte. Die FDP ist da außen vor, weil sie keinen Landrat stellt. Die CSU hat natürlich noch 50 Landräte, aber das kann sich auch einmal ändern.

(Tobias Thalhammer (FDP): Man braucht auch Bundestags- und Europaabgeordnete!)

Meine Damen und Herren, was hat der Landkreistag gefordert? Eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 11,7 % schrittweise auf 15 %, verbunden mit einer kräftigen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen der Landkreise. Sie haben sich dabei auf Staatsminister Huber bezogen, der bei den Finanzausgleichsverhandlungen 2008 seine Bereitschaft erklärt hatte, zum Doppelhaushalt 2009/2010 neu zu verhandeln. Das hat dann der Nachfolger gemacht. Aber die Erhöhung von 11,7 auf 11,94 %, ist natürlich recht wenig, wenn der Wunsch 15 % ist. Wenn man wirklich auf 15 % kommen will und diese Maßstäbe dabei anlegt, dann dauert es bis zu 15 Jahre, bis man soweit ist.

Die nächste Forderung des Landkreistages war eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Kfz-Steuer von 55 auf 65 %. Ich möchte die Begründungen nicht alle vorlesen.

Der dritte Punkt: Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung auf 80 %.

Das waren die wesentlichen Dinge. Es gibt noch einige andere mehr, die ich jetzt nicht ausdrücklich nennen will.

Wir haben bei unseren Anträgen diese Maximalforderungen nicht übernommen, weil wir wussten, dass das in diesem Haushalt im ersten Schritt nicht geht. Wir haben beim Kommunalanteil am Steuerverbund eine Erhöhung auf 12,5 % beantragt. Das sind pro Jahr ungefähr 140 Millionen Euro, wobei wir die eine Hälfte davon zusätzlich zur Stärkung der Schlüsselzuweisungen verwenden wollten und die andere Hälfte zur Stärkung der Investitionspauschale. Damit würden ganz besonders finanzschwache Kommunen und der ländliche Raum gestärkt. Wir haben diesen Antrag auch mit Blick auf die Wirtschaftskrise und die wegbrechenden Steuereinnahmen gestellt. Die Gemeinden sind die ersten, die dies zu spüren bekommen. Täglich ist zu lesen, und ich höre es auch von den Bürgermeistern, dass Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer eingestellt werden, ja sogar - da gibt es schon Gemeinden -, dass die Rückzahlungsverpflichtungen höher sind als die verbleibenden Einnahmen.

Dazu kommt, dass die vorhin von mir genannten Steuerminderungen durch die Steuerreformen auch auf die Gemeinden durchschlagen. Wenn es beim Freistaat ca. 3,5 Milliarden Euro sind, dann trifft es die Kommunen, die an der Einkommensteuer beteiligt sind, mit annähernd 1 Milliarde Euro - in den 3,5 sind ja auch noch andere Erleichterungen enthalten.

Zur Belebung der Konjunktur - Sie haben es vorhin erwähnt - haben die Gemeinden aus dem Konjunkturprogramm netto ca. 1,3 Milliarden Euro erhalten, verteilt

auf drei Jahre. Dieses Konjunkturpaket, meine Damen und Herren, geht ins Leere, verpufft, wenn die Gemeinden wegen der Mindereinnahmen ihre sonst anstehenden Investitionen zurückfahren müssen. Die vom Bund geforderte Zusätzlichkeit wird dann wohl nicht erreichbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Das wird in der Verwaltungsvereinbarung zwar nicht mehr so streng gesehen, aber der Sinn des Pakets war ja, dass die Gemeinden zusätzlich zu dem, was sie sonst tun, investieren. Aber wenn sie kein Geld mehr haben, können sie das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Tanja Schweiger (FW): Genau!)

Oder die Kommunen wählen den Weg in die weitere Verschuldung, was sich aber die finanzschwachen Kommunen nicht leisten können, weil dann zu Recht die Aufsichtsbehörde eingreifen würde.

Wir haben des Weiteren beantragt, den Anteil am Kfz-Steuerverbund von 51 % nicht auf 65, wie die Landkreise es wollen, sondern auf 55 % zu erhöhen. Diese zusätzlichen Mittel sollen zur Hälfte, also mit 30 Millionen Euro, dem allgemeinen Straßen- und Wegebau zugute kommen. Gerade im ländlichen Raum gibt es kleinere Gemeinden mit einem weitverzweigten Straßen- und Wegenetz, für dessen Ausbau und vor allem Unterhalt die Mittel bei Weitem nicht ausreichen.

Sehr wichtig ist es uns, eine Stärkung des ÖPNV dadurch zu erreichen, dass die andere Hälfte der zusätzlichen Mittel dorthin fließt. Der ÖPNV verursacht bei den Landkreisen und Städten erhebliche Defizite. Diese Defizite stehen einem weiteren Ausbau entgegen, zumal die Förderungen - Sie wissen es - in den letzten Jahren zurückgefahren wurden.

Als Drittes haben wir eine Erhöhung der Mittel für die Schülerbeförderung gefordert. Da gibt es etwas, was mich schon lange ärgert, weil ich eben schon so lange dabei bin. Ursprünglich war den Kommunen zugesagt worden, dass sie 80 % erhalten, und diese 80 % der Kosten sind anfangs auch bezahlt worden. Nach und nach wurde dieser Anteil aber auf unter 60 % zurückgefahren, obwohl die Kosten ständig stiegen: Immer mehr Schüler besuchen weiterführende Schulen, was natürlich zu längeren Wegen führt. Die Schulreform in den Bereichen Realschule und Gymnasium führte zu einem weiteren Anstieg der Schüler an weiterführenden Schulen wie natürlich auch zur Schließung der Hauptschulen. Dazu kommen noch die erhöhten Beförderungskosten für Treibstoff und Personal.

Mit unserem Antrag wollten wir die Quote auf ca. 67 % erhöhen, was noch weit unter den Wünschen der Kommunen liegt, die ja 80 % wollen. Meine Damen und Herren, der Wunschzettel der Kommunen ist natürlich noch viel länger. Wir wollten aber moderat an die Dinge herangehen, zum Beispiel beim Ausgleich nach § 15 FAG für die Bezirke. Die Bezirke haben steigende Fallzahlen und höhere Kosten, verursacht natürlich auch durch den TVöD, durch die neuen Tarifverträge. Die Bezirke rechnen 2009 mit 110 Millionen Euro Mehrkosten. Es ist schon bezeichnend und müsste zu denken geben, wenn der Bezirk Oberbayern trotz einer erheblichen Steigerung der Umlagekraft seine Bezirksumlage nicht senken kann, sondern anheben muss.

Da die kommunale Familie aber über das Umlagesystem miteinander verbunden ist, kann grundsätzlich dahinstehen, wer mehr Geld bekommt. Natürlich gibt es immer Streit zwischen den Bürgermeistern, den Landräten und den Bezirkstagen. Ich habe das alles miterlebt. Aber letztlich ist es eine Familie und ein großer Topf, aus dem sich alle bedienen müssen.

Ein letztes Anliegen der Kommunen möchte ich vortragen, das keine zusätzlichen Kosten verursacht, und zwar die rechtzeitige Auszahlung von Zuschüssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Die Wartezeiten, das muss ich zugeben, sind zwar beim Straßenbau, bei den Schulen und Kindergärten noch sehr passabel - es geht vor allem beim Straßenbau sehr schnell, manchmal ist das Geld früher da, als der Bau fertig ist -, nicht aber bei der Abwasserbeseitigung, bei der Wasserversorgung und vor allem nicht bei der Krankenhausfinanzierung.

(Tanja Schweiger (FW): 15 Monate!)

Es kann nicht sein, wie es bei uns geschehen ist, dass man über sechs Jahre nach Bauende auf die Zuschüsse warten muss, und bis der letzte Zuschuss kommt, dauert es noch länger. Das hat nichts mit der Restzahlung nach Verwendungsnachweis zu tun, sondern das Geld wird zögerlich ausbezahlt. Die Folgen sind, dass die Zinsen den Großteil dieser Zuschüsse wegfressen.

Als Letztes möchte ich noch anmerken - ich habe es schon in meiner Eingangsrede kritisiert -, dass sich im Einzelplan 13 verschiedene Unterkapitel tummeln, die eigentlich in die Fachhaushalte gehören. Das gilt insbesondere für die in Kapitel 13 30 und 13 31 enthaltenen Fonds. Die Wahrheit und Klarheit des Haushalts würde es gebieten, dass diese Kapitel, soweit sie Maßnahmen enthalten, die in die Fachhaushalte, zum Beispiel in den Einzelplan 05, 08 oder 12, gehören, dort enthalten sind, wohin sie gehören.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Präsident, ich habe jetzt noch zwei Minuten gut. Aber ich habe das letzte Mal zu lange geredet. Ich gebe Ihnen dann diese Zeit wieder zurück.

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass wir den Änderungen im FAG und dem Haushaltsgesetz nicht zustimmen werden, auch wenn wir durchaus anerkennen, dass da und dort gute Ansätze erkennbar sind.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es folgt nun für die Fraktion der GRÜNEN der Herr Kollege Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir - ich denke, ich rede auch im Namen meines Kollegen Halitzky - wollen uns natürlich zuerst bei denen bedanken, die in den letzten Wochen besonders viel mit dem Haushalt zu tun gehabt haben. Ich nenne das Ausschussbüro um Frau Fecke, das wirklich - man kann schon sagen - Tag und Nacht gearbeitet hat, damit dieser Haushalt und diese Haushaltsberatungen insofern ein Erfolg geworden sind, als wir sie abgeschlossen haben. Vielen Dank dafür. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss, besonders natürlich an die beiden Vorsitzenden Georg Winter und Adelheid Rupp. Frau Rupp will ich aber nicht so sehr loben wie der Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, sonst bekommt sie dieses viele Lob in der eigenen Fraktion langsam angekreidet.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Man soll ja immer überprüfen, was bei der Einbringung des Haushaltes gesprochen wurde, was dann während der Haushaltsberatungen dazu gesagt wird und wie mit den Anträgen umgegangen wird, denn wir hatten diesmal die Hoffnung, dass wir unsere Anträge nicht ganz umsonst gestellt haben. Wir hofften, dass unsere Anträge zumindest bedacht und unsere Vorschläge zumindest zum Teil umgesetzt würden. Diese Hoffnung konnte man auch haben. Eine - in Anführungszeichen - "neue Staatsregierung", eine Koalition - seit Jahrzehnten etwas ganz Neues -, ließ diese Hoffnung zu. Ich mache es kurz: Die Hoffnung hat getrogen. Die häufigste Aussage im Haushaltsausschuss war die, die wir schon kannten. Da ist mir jetzt Kollege Barfuß in Erinnerung, der immer gesagt hat: "Leider müssen wir Ihren Antrag aus finanziellen Gründen ablehnen." Das konnten wir schon aus der letzten Haushaltsberatung von der CSU. Geändert hat sich nur, dass Kollege Barfuß

"leider" dazugesagt hat. Der Ton ist also netter geworden, aber ansonsten hat sich nichts geändert.

Herr Kollege Hacker, Sie haben gestern Ihre Kollegen in Berlin so gelobt, die zum Bundeshaushalt 400 Änderungsanträge eingebracht hätten.

(Zuruf von der CSU: 400 Einsparvorschläge!)

- Ja, von mir aus auch 400 Einsparvorschläge. Das wären aber auch 400 Anträge gewesen. Ich hätte gerne das Landtagsbüro gesehen, wenn wir mit 400 Anträgen gekommen wären. Die Gesichter möchte ich mir nicht vorstellen. Wir haben etwas mehr als 100 Anträge gestellt und sind mit dieser Anzahl recht zufrieden. Ich glaube auch nicht, dass die Zahl mit Qualität zu tun. Jedenfalls bei unseren Anträgen bin ich mir da sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Genau! - Tobias Thalhammer (FDP): Unsere Anträge wollen Geld einsparen, Sie wollen Geld ausgeben. Das ist der Unterschied!)

Was mir gestern nicht gefallen hat, war das Wort "Destruktion". Dazu, uns Destruktion vorzuwerfen und zu sagen, wir - also die Opposition - hätten in diesen Haushaltsberatungen keine Vorschläge gemacht, muss ich sagen: Da muss jemand zwei Monate auf einem anderen Planeten verbracht haben. Denn wir haben konkrete und umsetzbare, zum Teil sogar gegenfinanzierte Vorschläge gemacht, Herr Finanzminister. Daher lassen wir uns Destruktion ganz sicher nicht vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine erste Feststellung zu diesem Haushalt: Herr Minister, das Konjunkturpaket II kam für Sie wie gerufen. Das Konjunkturpaket hat Sie gerettet. Es ist eindeutig: Alles das, was Sie ursprünglich - von uns anfangs bei der Einbringung kritisiert - im Haushalt nicht stemmen wollten oder nicht stemmen konnten, haben Sie nachträglich damit finanzieren können. Einige Maßnahmen - ich nenne zum Beispiel den ungenügenden Klimaschutz oder die fehlenden Mittel im Bestandserhalt von Staatsstraßen - lassen Sie sich jetzt durch das Konjunkturpaket II finanzieren. Zudem tricksen Sie bei der Gegenfinanzierung; denn Sie finanzieren diese Maßnahmen zum Teil aus den Mitteln des Konjunkturpakets II gegen. Ich muss aber dazu sagen, ich bin froh, dass Sie damit keine Maschinenpistolen finanziert haben, wie es beim Bund geschehen ist. Darüber sind wir froh.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Schuldenfinanziert ist das Konjunkturpaket II wohl. Aber das macht Ihnen in dem Fall nichts aus. Das Geld nehmen Sie gerne, denn es sind Bundesschulden, und

mit Bundesschulden haben Sie nichts zu tun. Auf Bundesschulden kann man später mit dem Finger zeigen und sagen, die können es ja nicht, auch wenn Sie selber mit im Boot sitzen und in Bayern scheinbar - scheinbar! - von einer Neuverschuldung noch frei bleiben.

Vorgestern hat sich der Ministerpräsident gefeiert und gemeint, die Regierung und dieser Haushalt stünden für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zum Nutzen der Umwelt. Dann frage ich Sie, Herr Finanzminister, wie viel stand denn zum Beispiel für den Klimaschutz in diesem Haushaltsentwurf vor dem Konjunkturpaket II? Ich sage es Ihnen: Für die Verminderung von Treibhausgasen und Anpassungen an den Klimawandel waren 180 Millionen Euro vorgesehen. 180 Millionen Euro in zwei Jahren, das klingt nicht schlecht. Aber das ist natürlich eindeutig zu wenig. Von einer Effizienzoffensive und der Vorbereitung einer dezentralen klimafreundlichen Energieversorgung in Bayern ist keine Rede; davon ist nichts zu hören. Nun, mit dem Konjunkturpaket II kommen 900 Millionen Euro dazu, vor allem für die energetische Gebäudesanierung in den Kommunen, und zwar zum Großteil, und bei den staatlichen Gebäuden. Sie lassen sich also den Klimaschutz vom Bund finanzieren und dafür auch noch feiern. Das finde ich klasse. Das finde ich wirklich mutig.

Nächstes Beispiel: Wie viel war für den reinen Bestandserhalt der Staatsstraßen vorgesehen? Im Haushaltsentwurf standen dafür 120 Millionen Euro für zwei Jahre. Der Bayerische Oberste Rechnungshof fordert seit Jahren 100 Millionen Euro pro Jahr, weil er sagt, da sei ein Investitionsstau. Man lässt hier staatliche Liegenschaften verlottern; "verlottern" sage ich, das sagt der Rechnungshof nicht so despektierlich. Nun stehen plötzlich mit dem Konjunkturpaket II 185 Millionen Euro zur Verfügung. Auf einmal schaffen Sie es, zumindest in diesem Jahr die geforderten 100 Millionen Euro aufzubringen. Es wären noch weitere Beispiele zu nennen, seien es die Hochschulbauten, in die Sie mit dem Konjunkturpaket II insgesamt 1 Milliarde Euro investieren können, oder die Breitbandförderung.

Sie nutzen dieses Konjunkturpaket II, um sich Dinge, die Sie sich eigentlich leisten müssten, finanzieren zu lassen. Denn Schulden wollen Sie nicht machen - noch nicht, weil der Herr Ministerpräsident vorgestern auch gesagt hat, das Prinzip des ausgeglichenen Haushaltes gelte weiter.

Herr Ministerpräsident, das hört sich gut an. Schön, Sie hier sehen zu dürfen. Sie meinten, der ausgeglichene Haushalt sei und bleibe richtig. Dem stimme ich zu. Komisch ist nur, dass sich Ihr Finanzminister schon in den Beratungen von diesen Aussagen verabschiedet hat. Ich zitiere den Finanzminister: "Der Bayerischen Staatsregierung und den Sie tragenden Fraktionen sei

es nicht leicht gefallen, von der Grundlinie eines ausgeglichenen Haushalts abzuweichen." Was stimmt denn nun? Sie sollten sich in Ihrer Ministerrunde vielleicht einmal abstimmen. Aber ich sage Ihnen, der Finanzminister hat recht, weil er eine Ahnung von Finanzpolitik hat.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wo ist das Zitat her?)

- Das ist der Debatte zu Einzelplan 13 entnommen.

Woran wird deutlich, dass der Herr Minister Fahrenschon recht hat? Das wird daran deutlich:

Erstens. Der Minister weiß, dass mit diesem Doppelhaushalt die Rücklagen aufgebraucht sind. Der Herr Kollege Pointner hat es Ihnen vorgerechnet. Zweitens. Der Minister weiß, dass die Steuereinnahmen in den nächsten beiden Jahren um über zwei Milliarden zurückgehen werden. Der Minister weiß zudem - das weiß der Ministerpräsident vielleicht noch nicht -, dass das Tafelsilber, das der Freistaat in den letzten Jahren unter Ministerpräsident Dr. Stoiber großzügig über das Land gebracht hat, weg ist. Ich erinnere Sie an eine Schlagzeile im "Donaukurier" vom Juli 2008. Darin stand: "Bayerns Tafelsilber ist fast weg". Im Text wird ausgesagt, Privatisierungsmilliarden schlummern nur noch bei der Landesbank und Eon. Das klingt wie die gute alte Zeit.

Der Finanzminister weiß inzwischen auch, was ihm seine Vorgänger mit der Krise bei der Landesbank eingebrockt haben. Die BayernLB ist kein Tafelsilber mehr. Sie ist eher Blei in seinem Haushalt und nimmt seinem Haushalt die Rücklagen, die er für die kommenden Jahre bräuchte.

Schauen wir uns die Rücklagen an. 3,3 Milliarden Euro haben Sie in den letzten Jahren - vor allem wegen des guten Jahres 2008 - zusätzlich aufhäufen können. Schon bei der Einbringung des Haushalts war Ihnen aber klar, dass Sie ein Drittel dafür für den Ausgleich des Haushalts des Jahres 2010 brauchen werden. Die Steuerentlastungen des Konjunkturpaketes II - von Ihnen mitgetragen - und zusätzlich wegen des Konjunkturreinbruchs wegbrechende Steuermittel fressen den letzten Teil der Rücklagen auf. Ich schätze mal - wir wissen es nicht genau - es sind 200 Millionen Euro. Für die fehlenden Steuermittel sind Sie zuständig. Unterstützt von Ihrer Koalitionsfraktion FDP reiten Sie einen Steuersenkungskurs. Sie fahren einen Kurs, der uns weiter in den unterfinanzierten Haushalt treiben wird. Das ist Ihnen anscheinend in Wahlkampfzeiten egal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie beklagen sich hier, dass Mittel wegfallen, fordern aber in Berlin weitere Steuersenkungen; ob das die Mehrwertsteuersenkung ist, die jährlich 100 Millionen Euro Mindereinnahmen bringen würde, oder die Erbschaftsteuer, über die wir uns schon öfter unterhalten haben, welche mindestens 900 Millionen Euro weniger bringen würde - und das jedes Jahr. Eine Milliarde Euro Mindereinnahmen jedes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, für den bayerischen Staatshaushalt! Da sind die neuen Schulden nicht mehr sehr weit. Davon reden Sie nicht.

Genauso wenig reden Sie über die Gegenfinanzierung. Wo sind denn Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge? Auch darauf hat Herr Kollege Pointner schon hingewiesen. Von uns werden die Vorschläge gefordert. Wir regieren gar nicht. Wir sollen aber sagen, wo das Geld herkommen soll. Sie regieren, sagen uns aber nicht, wo das Geld herkommen soll. Das finde ich paradox, lieber Herr Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW))

Die Erlöse aus den Eon-Aktien machen nur einen kleinen Teil aus. Aber ich schätze, der Wert der restlichen Aktien dürfte unter einer Milliarde Euro liegen. Damit konnten Sie in den letzten Jahren die Investitionsquote wunderbar hochtreiben. Diese Erlöse sind aber nicht mehr da, Herr Finanzminister. Ministerpräsident Seehofer wäre gerne in der Position des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, der in den guten Jahren 2000 bis 2004 mit dem Geld über das Land gezogen ist, 7,2 Milliarden Euro im Land vergraben hat, verplumpert hat - so kann man sagen -, die uns jetzt fehlen. Damit können Sie die größeren Anforderungen, die vor uns stehen, nicht finanzieren, Herr Ministerpräsident. Der Haushaltsausschussvorsitzende Georg Winter hat vorhin gesagt: "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not." Ministerpräsident Dr. Stoiber hat schon in der Zeit das Geld verplumpert, deshalb haben wir es in der Not nicht mehr. Das ist leider so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen eingestehen, dass die Jahre des Herrn Stoiber vielleicht doch nicht so glorios waren, wie sie dargestellt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Ich komme zur BayernLB. Tun Sie doch nicht so, als wäre dieser Haushalt völlig unbeeinflusst von der BayernLB. Kollege Georg Winter hat vorhin darauf hingewiesen: Gut, wunderbar, die BayernLB hat einen eigenen Haushaltstitel, und es habe keine Alternative gegeben.

(Georg Winter (CSU): Wunderbar habe ich nicht gesagt!)

Das will ich nicht bestreiten, lieber Kollege Winter. Es gab auch keine Alternative zu den 10 Milliarden Euro. Wer aber ist für die Schulden zuständig, die wir machen mussten? - Der Ministerpräsident hat gesagt, Kurt Faltlhauser habe klare und respektable Worte der Selbstkritik gefunden. Das finde ich schön. Was haben wir davon? - Wir haben auf einen Schlag 10 Milliarden Euro Neuverschuldung im letzten Jahr. Wir haben auf einen Schlag 800 Euro Schulden für jede Bürgerin und jeden Bürger in Bayern im letzten Jahr gemacht. Danke, Herr Finanzminister Faltlhauser, danke, Herr Finanzminister Huber. Beide waren auch dafür zuständig, dass die Entscheidungen der BayernLB in der Weise getroffen wurden, wie sie getroffen wurden. Beide haben sich nicht - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt nicht!)

- Das ist sehr wohl wahr.

Beide haben sich nicht dagegen gewehrt. 350 Millionen Euro kosten uns jedes Jahr die Zinsen für diese Schulden. Was die BayernLB zurückzahlen muss, gleicht das nicht aus. Von einer Dividende gar nicht zu reden, darauf können wir lange warten. Von einem Verkauf der Bank, um damit die 10 Milliarden Euro wieder hereinzubekommen, zu reden, nenne ich eine Hoffnung auf etwas, was nie eintreten wird, auch wenn es nach einer Gesundenschumpfung der Bank zum Verkauf kommen würde. Zumindest haben wir jetzt verstanden, warum 2006 die Nettoneuverschuldung beendet wurde: Man musste sparen, um die BayernLB finanzieren zu können. Es hat sich gezeigt, dass es nötig war, dafür die Mittel anzulegen.

Nicht zuletzt ist unklar, wie sich die neuen Regeln für die Eigenkapitalbewertung bei den Landesbanken, die am 22.04.2009 im Europäischen Parlament beschlossen werden, auf die BayernLB auswirken werden. Auch dazu müssen wir auf Antworten des Finanzministers warten.

Bayern hat sich stets als Exportweltmeister gefeiert und leidet momentan stark unter dem einbrechenden Export. Was die Landesbank angeht, ist Bayern nun zum Importweltmeister geworden. Die ehemaligen Verwaltungsräte Huber und Dr. Faltlhauser haben nämlich mit den von ihnen abgeseigneten Käufen von US-amerikanischen Wertpapieren die Finanzmarktkrise nach Bayern importiert. Innerhalb Europas ist Deutschland mit Großbritannien einer der besonders betroffenen Staaten; innerhalb Deutschlands sind es besonders die Landesbanken,

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt doch nicht!)

und bei den Landesbanken ragt die BayernLB hervor. Lieber Kollege, da ist die BayernLB, da ist die West LB.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Was ist mit der Deutschen Bank? - Was ist mit der Commerzbank? - Warum ist die Allianz in Schwierigkeiten?)

- Die Deutsche Bank hat sich frühzeitig von ihren Papieren getrennt und hat sie an wen verkauft, lieber Kollege? - An die BayernLB.

(Ernst Weidenbusch (CSU): In welchem Umfang denn? Das ist doch lächerlich!)

- Das kann ja sein.

Wir befinden uns also in einer extrem schizophrenen Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben auf der einen Seite einen Haushalt, der mit Hilfe des Bundes sehr gut finanziert ist. Auf der anderen Seite wissen wir aber gleichzeitig, dass uns wahrscheinlich noch in diesem Jahr der Schlag, also die Finanz- und Wirtschaftskrise treffen wird und wir starke Steuermindereinnahmen haben werden. Die Steuerschätzung im Mai 2009 wird die aktuelle Wahrheit an den Tag bringen. Diese Wahrheit muss nach Meinung der GRÜNEN vor der Bundestagswahl auf den Tisch des Hauses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen den Kassensturz, bevor Sie mit Steuer-senkungspolitik in die Bundestagswahl ziehen und mit unklaren Zahlen argumentieren wollen. Das kann bedeuten, dass wir schon in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt beraten müssen, um zu sehen, wie wir den Haushalt für das nächste Jahr finanzieren können.

Ich komme zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz. Kollege Pointner hat sich über das Förderwesen im Einzelplan 13 geäußert. Der Förderdschungel, der sich inzwischen ausgebreitet hat - Förderprogramme "Bayern 2020", die Offensiven "Bayern FIT", "Nordostbayern-Programm" und wie sie alle heißen - gehören in die Haushalte, wo man das sauber darstellen kann. Das Sammelsurium dient nicht der Klarheit und Wahrheit. Das wurde schon gesagt.

Klarheit und Wahrheit bedeutet auch die Reduzierung der Haushaltssperre. Wir begrüßen die Reduzierung auf 10 %, befürchten aber, dass dem Minister unter dem Eindruck der Finanzkrise nichts anderes übrig bleiben wird, als die Haushaltssperre wieder auf die 20 % zu bringen; denn das bringt ihm schnell mehr Geld und mehr Einnahmen im Haushalt. Ich bin davon überzeugt, dass es nach der Bundestagswahl zu dieser Regelung

kommen wird. Ich würde Sie auffordern, das nicht zu tun. Ich kann es Ihnen aber nicht verbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen empfehlen, das Haushaltsgesetz zu lesen. Ich meine, das ist das interessanteste Buch der 16 Bücher. Es gibt viel Positives zu vermerken - auch für einen Oppositionspolitiker -, manches Skurrile, aber auch entscheidende Dinge, die dazu beitragen, dass wir den Haushalt ablehnen müssen.

So wird endlich das funktionslose Aufstiegsamt im Lehrerbereich geschaffen. Das ist eine Forderung, die wir seit Langem stellen, und die jetzt endlich umgesetzt wird. - Ja, da kann man durchaus einmal applaudieren. Das finde ich auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Privatschulen erhalten eine höhere Förderung, die natürlich noch lange nicht die 100 Euro erreicht, die im Grunde von den Privatschulen gefordert werden. Da finde ich das Verhalten von Minister Spaenle schon sehr interessant. Er hat im Haushaltsausschuss gesagt, noch in dieser Legislaturperiode würden die 100 Euro erreicht. Und vorgestern musste ich dann lesen, dass das möglicherweise erst im Jahre 2014 der Fall sein wird. Ich meine, das ist das erste gebrochene Versprechen, bevor es bei ihm überhaupt richtig losgeht.

Skurril finde ich die Strafe für Kurtaxepreller. Ab jetzt sind 50 Euro zu zahlen, wenn man die Kurtaxe nicht bezahlt.

Für positiv halte ich die Entscheidung der Staatsregierung, die Kinderkrippen besonders dann zu unterstützen, wenn sie sich in staatlichen Liegenschaften wie beispielsweise in Hochschulen niederlassen wollen. Das halte ich für sehr gut. Gut ist auch, dass man ermöglicht, 180 neue Wohnungen für Staatsbedienstete zu bauen. Das wird all die Krankenschwestern, Polizisten, Justizvollzugsbeamten und andere freuen, die sich die hohen Mieten in München nicht leisten können.

Das alles ist sehr schön, aber leider findet man in diesem Gesetz auch den Artikel 6, der sich mit den Personalausgaben und den Stellenbesetzungen oder besser "Stellennichtbesetzungen" beschäftigt. Das geht schon damit los, dass die Einstellungstermine auf Oktober verschoben werden, um Geld zu sparen. Das gilt übrigens auch für die Stellenhebungen. Es geht damit weiter, dass Sie frei werdende Arbeitnehmerstellen grundsätzlich eine Entgeltgruppe niedriger neu besetzen. Das nenne ich Motivation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist demotivierend zu wissen, dass ich dann, wenn ich auf eine neue Stelle komme, weniger bekomme als mein Vorgänger. Weiterhin ist die Sperre

von 9.000 Stellen bis zum Jahre 2019 enthalten. Unbeachtet bleiben dürfen auch nicht die 4.640 Stellen für Beamte plus die 500 Arbeitnehmerstellen, die Sie über die Arbeitszeiterhöhung einkassieren wollen. Das bedeutet, alle Stellen, die wir jetzt schaffen, sind nur Brutostellen. Was netto dabei herauskommt, sieht man erst, wenn man alles gegeneinander aufrechnet. Das ist nicht ganz einfach, aber wir haben es getan. Ich habe es Ihnen schon an einem Beispiel gesagt. 1.000 Polizistenstellen brutto bedeuten 446 neue Stellen netto.

Der Punkt ist folgender: Haben wir nun staatliche Aufgaben zu erfüllen oder nicht? Ich finde es nicht gut, wenn Kollege Lerchenfeld bedauert, so viele Leute einstellen zu müssen. Haben wir nun staatliche Aufgaben zu erfüllen oder nicht? Wenn wir diese Aufgaben nicht zu erfüllen haben, wenn es eine Aufgabenkritik geben sollte, in die Richtung, das brauchen wir beim Staat nicht mehr, das wird ausgelagert, dann brauchen wir auch keine Leute mehr einzustellen. Solange aber immer mehr Arbeit auf die Leute zukommt wie beispielsweise bei den Finanzämtern, ohne dass mehr Personal eingestellt wird, ist das nicht richtig. Dann gilt es, über diesen Artikel 6 nachzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, schauen Sie bitte einmal auf die Uhr!

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich mache es kurz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Tage Haushaltsberatungen liegen hinter uns.

(Thomas Kreuzer (CSU): Kurz machen!)

- Ja, mache ich auch. Wir sind der Meinung, Sie haben mit diesem Haushalt Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie haben mit Hilfe des Konjunkturpaketes II das finanziert, was von Ihnen selbst gefordert gewesen wäre. Das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik für Bayern. Und Sie sind auch nicht ehrlich gegenüber den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern; denn Sie sagen ihnen nicht, dass Sie ab September 2009 Schulden machen müssen und sich eingestehen müssen, dass dieser Haushalt anders nicht zu finanzieren ist.

Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf daher ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und

Kollegen! Lassen Sie mich eingangs - damit das später nicht untergeht - all denjenigen danken - vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros -, die in sehr harter Arbeit unsere Ausschussberatungen vorbereitet haben. Ich bedanke mich selbstverständlich auch beim Ausschussvorsitzenden und bei der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden sowie allen Ausschusskolleginnen und -kollegen. Wir haben diesen Doppelhaushalt gemeinsam - so habe ich es vernommen; ich bin ja auch zum ersten Mal dabei - sehr schnell beraten und diese Beratung zum Teil unter großem Zeitdruck abgehalten. Das sollte an dieser Stelle auch einmal erwähnt werden.

Mit 6,8 Milliarden Euro ist der kommunale Finanzausgleich eine der wichtigsten Positionen im Einzelplan 13. Die Zahlen, die hier zu finden sind, machen deutlich, wie wichtig uns die Kommunen sind. Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund steigt von 11,7 % auf 11,94 %. Der Anteil an der Kfz-Steuer steigt von 50 auf 51 %. Wir stocken die Mittel für die kommunalen Investitionen um rund 118 Millionen Euro auf und auch im Bereich der Schlüsselzuweisungen gibt es eine Erhöhung um 142,6 Millionen Euro.

Wir stehen weiterhin zur Finanzierung der Bezirke und auch die Zuweisungen für die Schülerbeförderung werden um 8 Millionen Euro erhöht. Auch wenn Ihnen, Kollege Pointner, das alles nicht ausreicht, wie Sie bereits im Ausschuss dargetan haben, muss doch festgehalten werden, dass der kommunale Finanzausgleich insgesamt um 225,9 Millionen Euro gestiegen ist. Auch das ist eine Sache, die wir uns durchaus ans Revers heften können. Dies alles zeigt, dass die Fülle der Aufgaben der Kommunen von uns gesehen wird und wir diese Aufgaben ernst nehmen. Die Kommunen haben in der Regierung aus CSU und FDP einen starken Partner.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP)
- Dr. Thomas Beyer (SPD): Entweder gar nicht oder alle! - Christa Naaß (SPD): Der glaubt das Ganze wohl selber nicht!)

Lassen Sie mich kurz noch auf ein paar Haushaltsdaten eingehen. Der Kollege Winter hat das bereits ausführlich getan. Liebe Kollegin Rupp, es ist nicht zu leugnen - wir hatten das schon an einer anderen Stelle -, dass die Investitionsquote von 13,4 % auf 12,5 % bzw. 12 % sinkt. Wir müssen uns aber gleichzeitig im Klaren sein, dass wir sehr viel in die Personalbereiche der Einzelpläne zur Bildung und zur Hochschule investieren. Das ist zwar nach der eigentlichen Definition keine Investition, aber wir sind uns sicherlich darin einig, dass es sich dabei um eine Investition in die Zukunft handelt. Man sollte da nicht nur ganz scharf auf die eigentliche Investitionsquote schauen. Allerdings möchte ich gleich

hinzufügen, dass da auch bei uns die Alarmglocken läuten.

Eine weitere Schwerpunktzahl ist die Zinsquote. Sie ist und bleibt im Vergleich zu anderen Bundesländern erfreulich niedrig. Auch wenn sie zunächst bei 2,8 % liegt und dann auf 3,2 % steigt, liegen wir im Ländervergleich, der sich in den anderen Westländern um 8,1 % bewegt, durchaus vorn.

Der Gesamthaushalt mit all seinen Zahlen untermauert, dass wir hier im Hohen Hause über einen guten Haushalt diskutieren, den wir auch beschließen können.

Bei meinen Ausführungen zur Investitionsquote bin ich eben auch schon auf die Lehrerplanstellen eingegangen. Ich möchte sie aber noch einmal kurz erwähnen, weil uns diese Investition in die Bildung sehr wichtig ist. Wir investieren mehr in die Lehrerplanstellen, um die Klassenhöchstzahlen zu reduzieren. Daneben tun wir etwas für die Finanzierung der Privatschulen und bleiben bei den 100 Euro, wie wir das zugesagt haben.

Wir tun was für die innere Sicherheit mit 500 Stellen für die Polizei, und wir tun etwas für die Justiz. Wir haben einen erhöhten Ansatz beim Mittelstandskreditprogramm und werden 38.000 neue Studienplätze unter anderem für den doppelten Abiturjahrgang schaffen. All dies hört sich nicht nur gut an, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern es ist auch eine Erfolgsstory der neuen Regierungskoalition aus CSU und FDP.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Thomas Kreuzer (CSU) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Noch etwas zum Konjunkturpaket II. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist ein Bundesgesetz. Es nimmt uns zwar alle in die Verantwortung, etwas zu tun, aber die Hauptverantwortung ist und bleibt auf der Bundesebene.

Ich dachte, wir hätten das jetzt alles schon einmal diskutiert, können es aber noch einmal tun. Liebe Frau Kollegin Rupp, ich glaube, es gibt nur wenige Parteien, die dem Großkapital und den Großkonzernen so nahe stehen wie Ihre Partei.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich möchte an dieser Stelle schon darauf hinweisen dürfen, dass nicht es wir waren, dass nicht das Bundeskartellamt und auch nicht die Monopolkommission es waren, die Ihren damaligen Bundeswirtschaftsminister Müller empfohlen haben, einer Großfusion oder Übernahme von Ruhrgas und Eon zuzustimmen. Über

seinen weiteren beruflichen Werdegang möchte ich gar nichts sagen. Das war nicht die FDP.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Wir stehen zu einer sozialen Marktwirtschaft mit einer mittelständischen Struktur. Der Genosse der Bosse heißt Gerhard Schröder, nicht Martin Zeil und nicht Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns trotzdem mutig gegen die Rezession stellen. Das tun wir, indem wir Investitionen vorziehen, indem wir in unserem Haushalt mutig und mit Augenmerk vorangehen; denn es lauern die Gefahren von Inflation und hohen Belastungen für die nächsten Generationen durch Zinsen und Schulden. Ich darf auch darauf hinweisen, dass Bayern über die Wirkung von Steuersenkungen einen Beitrag zum Konjunkturpaket in Höhe von 1,7 Milliarden Euro leistet. Man sollte nicht immer so tun, als wären das reine Bundesmittel, sondern wir alle leisten unseren Beitrag zu diesem ganzen Paket.

Wir müssen auch erwähnen, wie wir mit dem Konjunkturpaket in Bayern umgehen. Sie wissen, dass wir die Vorgabe der Verteilung der Mittel im Verhältnis von 70:30 an Kommunen und Staat haben. Ich finde es seltsam, wenn immer so getan wird, als würde sich der Freistaat Bayern dabei irgendwie Gelder in die Tasche stecken. Wir ermöglichen damit wichtige Investitionen, zum Beispiel bei den Hochschulen. Kollege Heubisch kann diese Mittel für den weiteren Ausbau der Hochschulen in ganz Bayern sehr gut gebrauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Diese Mittel sind in Investitionen sehr gut angelegt. Das Konjunkturpaket wird in Bayern wirklich hervorragend organisiert und angenommen. Auch hier richte ich einen Dank an alle Beteiligten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Rupp, Sie behaupten, auch bei Zustimmung zu Ihren Anträgen, die für das Jahr 2009 1,4 Milliarden Euro ausmachen würden - 2010 inklusive wären wir bei 3 Milliarden -, hätten wir noch einen ausgeglichenen Haushalt. Vielleicht habe ich Sie vorhin falsch verstanden, oder Sie haben noch eine Gegenrechnung, die bislang noch nicht präsentiert wurde.

(Adelheid Rupp (SPD): Nein, das stimmt!)

Das wäre noch eine interessante Botschaft. Wir dürfen bei den ganzen Diskussionen über solche Forderungen und zusätzliche Konjunkturpakete den Schuldenstand

nicht außer Acht lassen. Damit meine ich in erster Linie gar nicht den bayerischen Schuldenstand, sondern die Gesamtschulden des Bunds, die jetzt schon 62,5 % des BIP - des Bruttoinlandprodukts - betragen. Das sind nur die sichtbaren Schulden. Der Stand der unsichtbaren Schulden, die wir über die Sozialversicherungssysteme der nächsten Generation aufladen, beträgt 252,6 % des BIP. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, in welche Lage alle politischen Parteien diesen Staat geführt haben, nämlich in eine dramatisch hohe Staatsverschuldung. Deshalb ist besondere Vorsicht geboten, wenn wir über eine weitere Staatsverschuldung sprechen; denn auf Rekordsteuereinnahmen - 2008 561 Milliarden Steuereinnahmen - folgen stets Rekordstaatsausgaben. 2008 waren das 283 Milliarden auf Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht eines deutlich: Höhere Steuern bedeuten immer mehr Staat. Wir gehören als FDP eben nicht zu den Staatsgläubigen und sind der Meinung: Steuern runter, weniger Staat.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Weniger Steuern, weniger Staatseinnahmen, weniger Schulen, weniger Kindergärten!)

Das gilt auch in wirtschaftlich schweren Zeiten. Handeln ist zwar geboten, aber das darf nicht ausufern. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, was in Diskussionen immer wieder getan wird - das muss man hier erwähnen, weil einige versucht haben, das dem Wirtschaftsminister vorzuwerfen -, als könnte der Staat die Krise managen oder beenden. Wir können nur gemeinsam Impulse geben; wir können wieder für Vertrauen sorgen, auch auf dem internationalen Finanzmarkt. Aber wir als Politiker, als Staat können die Krise nicht bewältigen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da klatscht nicht einmal die FDP!)

- Sie könnten doch klatschen, das wäre mal ein schönes Zeichen.

(Beifall bei der FDP)

Der Schuldendienst beträgt übrigens auf Bundesebene 2009 261 Milliarden Euro. Daran kann man ersehen, welche schönen Konjunkturprogramme die SPD durchführen könnte, wenn wir keinen solchen Schuldendienst hätten. Lieber Herr Kollege Beyer, das zeigt sehr deutlich, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, diesen Schuldenberg abzubauen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat für Steuersenkungen ein durchgerechnetes Konzept, auch wenn manche Beiträge in den Me-

dien daran Zweifel äußern. Im Gegensatz zu den GRÜNEN - darin unterscheiden wir uns von der Opposition - haben wir Anträge im Deutschen Bundestag eingebracht, die Einsparungen im Umfang von 1,8 Milliarden Euro zur Folge hätten. Wir hatten also nicht mehr Wünsche, sondern wollen Einsparungen. Daran sieht man, dass auf Bundesebene sehr wohl Möglichkeiten bestehen, die Verschuldung zurückzuführen. Frau Kollegin Rupp, die Schuldendiskussion kann man nicht isoliert in Bayern führen. Der bayerische Haushalt steht verhältnismäßig gut da, aber der Bundeshaushalt ist das Hauptproblem in Deutschland.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die FDP ist im Übrigen nicht gegen Besteuerung, damit das nicht falsch verstanden wird. Wir sind durchaus der Meinung, dass jeder, der Leistung bringt, auch einen Beitrag zur Gemeinwirtschaft leisten soll. Wir bezweifeln auch nicht, dass es Probleme bei der Besteuerung von internationalen Finanzströmen gibt und dass es diese zu beheben gilt.

Abschließend möchte ich feststellen: Steuern gehören weder dem Bund noch Bayern noch den Kommunen. Wir alle sind nur Treuhänder der Steuern. Das sollten wir uns immer vor Augen halten. Wir werden weiterhin - in diesem Jahr, im nächsten Jahr und auch beim nächsten Doppelhaushalt - an einer soliden Haushaltspolitik festhalten. Da hier kein alternatives Konzept vorliegt, werden wir dem Einzelplan 13 und dem Haushalt selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Nun erteile ich der Kollegin Erika Görlitz das Wort für die CSU.

Erika Görlitz (CSU): (von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Finanzausgleichsgesetz ist unsere Leistung für unsere Kommunen. Ich bin froh, dass dieser Brauch beibehalten wurde, und möchte dem Finanzminister ganz herzlich dafür danken, dass mit den kommunalen Spitzenverbänden ein besonders gutes Ergebnis ausgehandelt wurde. Bayern ist das einzige Land, das so etwas macht. Das stärkt uns auch in der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Zur Aussage des Kollegen Pointner, die Kommunen hätten mehr gefordert, kann ich nur feststellen: Sie wären schlechte Verhandlungspartner, wenn sie nicht mit höheren Forderungen in solche Verhandlungen hineingehen würden.

(Beifall bei der CSU)

Man darf nicht vergessen, dass wir für die Kommunen sehr viel erreicht haben; das wird an den Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände deutlich. Sie haben erkannt, dass wir bis an die Grenzen gegangen sind und damit auch den Kommunen gedient ist. Man muss auch wissen, dass die Kommunen von den finanzstarken letzten Jahren sehr viel mehr profitiert haben als der Freistaat Bayern insgesamt. Ich kann verstehen, dass der Kollege Pointner auf diesen Zug aufspringt und Anträge für die Freien Wähler stellt. Ich habe genau hingehört, habe aber trotzdem nicht verstanden, ob er zu der Frage etwas gesagt hat, wie er seine Vorschläge finanzieren will. Das ist entweder untergegangen oder er hat es vielleicht tatsächlich auch nicht gesagt. Wenn wir damit in eine Verschuldung gehen wollten, wäre das wirklich schade. Ich denke, dass wir so den besseren Weg gewählt haben.

Das hohe Niveau im kommunalen Finanzausgleich, das wir in den letzten Jahren erreicht hatten, konnten wir weiter steigern. 253,2 Millionen sind noch einmal dazugekommen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das hat aber mit der guten Steuerschätzung zu tun!)

Wenn man die Haushaltssperre abrechnet, kann man immerhin noch 251 Millionen und eine Steigerung von 4,1 % feststellen. Das ist ein toller Erfolg für unsere Kommunen und das sollte man auch wirklich anerkennen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einige wichtige Punkte herausgreifen, die gerade uns ein besonderes Anliegen sind. Der Kommunalanteil am Steuerverbund wurde um 0,24 Punkte erhöht. Das hört sich zwar nicht so an, als sei es besonders viel, aber man muss wissen, dass diese Erhöhung 2009 61 Millionen ausmacht. Das ist doch wirklich sehr beachtlich. Auch der Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen - das ist genau das Ziel, das wir verfolgen - zeigt, dass wir gerade die finanzschwachen Kommunen stärken. Dieser Zuwachs ist ein ganz großer Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes.

Auch im Kraftfahrzeugsteuerverbund hat es eine Anhebung gegeben. Der Anteilsatz der Kommunen wurde um einen Prozentpunkt erhöht. Das hört sich auch nicht an, als sei es großartig, aber es macht natürlich sehr viel aus. Wir konnten zusammen mit der normalen Erhöhung eine Steigerung von 4,9 % auf 798,1 Millionen erzielen. Damit können wir vor allem für den Straßenbau viel leisten. Allein 30 Millionen Euro, das ist der Löwenanteil der Steigerung, gehen in den Straßenbau nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Zu-

sammen mit den Mitteln aus dem Bund stehen hier 160 Millionen Euro für den Straßenbau zur Verfügung.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Erika Görlitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sie haben ja später noch einmal die Möglichkeit zu sprechen, Frau Kollegin. Ich würde sagen, dass Sie das dann mit einbringen.

Für den Straßenunterhalt gibt es ebenfalls 4,1 Millionen mehr. Damit steigt das hier zur Verfügung stehende Volumen auf 250,2 Millionen. Man muss wissen, dass die Straßen länger geworden sind, auch das örtliche Verkehrsaufkommen ist mehr geworden. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir aus dem Härtefonds nach Artikel 13 c des Finanzausgleichsgesetzes unverändert hohe Mittel zur Verfügung stellen können. Auch in anderen Bereichen wurden die Mittel unverändert fortgeführt, das gilt für Abwasser und Wasserversorgung, für kommunale Umgehungsstraßen und für den ÖPNV. Allein hier sind 282,95 Millionen eingestellt. Weitere projektgebundene Investitionsförderungen haben wir im kommunalen Hochbau. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau wurde um 35,6 Millionen erhöht. Wir sind damit bei einer Summe von 250,6 Millionen. Für uns ist dabei ganz besonders wichtig, dass wir damit alle Wünsche und alle Maßnahmen für den Ausbau der Ganztagschule befriedigen können. Das kommt unseren Kommunen, aber auch unseren Kindern zugute.

(Beifall bei der CSU)

Wir können auch davon ausgehen, dass wir den Bedarf, der jetzt in der Krankenhausfinanzierung angemeldet wird, befriedigen können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie meinen den Bedarf derjenigen, die einen Antrag stellen dürfen, Frau Görlitz!)

Wir wissen, dass die Initiative immer von den Kommunen ausgehen muss. Kommunen, die das wollen und können, müssen natürlich einen Antrag stellen. Dann kommt es zur entsprechenden Finanzierung. Meine Damen und Herren, die Krankenhausfinanzierung ist ein wichtiger Punkt. Auch hier haben wir um 22,4 Millionen auf 500 Millionen erhöht. Daneben werden die Krankenhausfördermittel mit insgesamt 30 Millionen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes zusätzlich gestärkt.

Damit leisten wir einen ganz wichtigen Beitrag, um die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Wir leisten auch einen Beitrag für die Betriebe, die Arbeitsplätze, aber auch für die Menschen in unserer Heimat.

Die Investitionspauschale wird um 18,3 Millionen erhöht. Wichtig ist für uns, dass der Basisbeitrag von bisher 20.000 auf 26.000 Euro erhöht wird. Wenn eine Kommune nicht so leistungsstark ist, kann das bis zu 37.700 Euro ausmachen. Das ist die Investitionspauschale, die man verwenden kann, ohne große Nachteile zu führen. Diese Forderung haben wir schon lange erhoben, auch die kommunalen Spitzenverbände haben gefordert, dass in diesem Bereich mehr Flexibilität und mehr Eigenverantwortlichkeit für die Kommunen geschaffen werden. Mit der Anhebung der Investitionspauschale ist das auch gelungen. Die strukturelle Änderung bedeutet gerade für finanzschwache, kleine Gemeinden einen besonderen Vorteil.

Nun zur Schülerbeförderung. Auch hier können wir die 60 % halten. Darauf sind wir stolz, weil es doch ein sehr wichtiger Beitrag ist. Vor allem ist uns das deswegen ein wichtiges Anliegen, weil die Bemühungen der Kommunen, für einen sicheren Schulbusverkehr zu sorgen, damit gut unterstützt werden können. Die Sicherheit unserer Kinder liegt uns sehr am Herzen. Mit den Schulbussen können wir die Kinder sicher zu den Schulen und wieder nach Hause bringen. Wir lassen uns das immerhin 271 Millionen im Jahr kosten.

Auch der Ausgleich für die Bezirke ist nach wie vor hoch, obwohl die Unterhaltskosten für die Gewässer und ihren Ausbau auf den Freistaat Bayern übergegangen ist. Wir haben das Niveau von 580 Millionen auch dort gehalten.

Die Zuweisungen für die Veterinärämter sind jetzt vielleicht nicht so entscheidend, aber bei den übertragenen Aufgaben ist es für die Landkreise wichtig, dass sie einen entsprechenden Ausgleich bekommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Veterinärämter entsprechend ausgestattet werden. Hierbei geht es um das Futtermittelrecht. Hier sind wir unserer Aufgabe nachgekommen, die Landratsämter auch für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ordentlich mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

Meine Damen und Herren, trotz schwieriger Rahmenbedingungen liegt uns erneut ein ausgewogener und gut ausgestatteter kommunaler Finanzausgleich vor. Einerseits werden die Verwaltungshaushalte der Kommunen gestärkt, andererseits wird die kommunale Investitionskraft gefördert. Dadurch setzt der kommunale Finanzausgleich auch in Zeiten der Finanzkrise wichtige Impulse für das Wachstum, für die Beschäftigung im kommunalen Raum und unterstützt die Kommunen anforderungsgerecht. Somit ist der Freistaat Bayern wieder ein verlässlicher Partner unserer Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch einen Moment. - Frau Kollegin Kamm möchte eine Zwischenbemerkung machen, zu der ich ihr jetzt das Wort erteile.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin, Sie haben die einzelnen Töpfe des kommunalen Finanzausgleichs gewürdigt, aus denen die Kommunen etwas mehr Geld bekommen haben. Sie haben aber vergessen zu erwähnen, dass den Kommunen heuer durch die Einkommensteuerreform, die auch mit den Stimmen der CSU auf Bundesebene beschlossen worden ist, 120 Millionen Euro fehlen werden. In den kommenden Jahren werden von den Kommunen noch größere Beträge zu verkraften sein. Das hätte eigentlich zur Gesamtbilanz dazugehört.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das ist natürlich richtig. Wir haben das auch beim Gesamthaushalt gesehen, dass diese Gesetzesänderungen durchschlagen. Es ist klar, dass die Kommunen davon betroffen sind. Das will ich gar nicht verheimlichen; das ist richtig dargestellt. Da können wir aber über den Finanzausgleich jetzt auch wenig ausgleichen. Wir werden in den nächsten Jahren schauen müssen, wie wir zurechtkommen. Es wird mit Sicherheit nicht einfacher werden. Ich denke aber, dass gerade unsere bayerischen Kommunen gut ausgestattet sind, gute Voraussetzungen haben, und für die Herausforderungen der nächsten Jahre entsprechend gerüstet sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Gut!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der kommunale Finanzausgleich 2009 ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein Finanzausgleich, der weder einen scharfen Protest hervorrufen kann, noch große Zufriedenheit, insbesondere auch keine Selbstzufriedenheit. Der kommunale Finanzausgleich lässt sich sehr nüchtern beschreiben als ein Weg hin zu einer von uns auch begrüßten - das möchte ich deutlich machen - weiteren Normalisierung nach den drastischen Einschränkungen des Finanzausgleichs und der Kommunalfinanzierung nach der letzten Landtagswahl 2003. Beim kommunalen Finanzausgleich wird jetzt versucht, das auszubügeln, was Sie selbst mit den Kürzungen vor einigen Jahren bei den Kommunen angeordnet haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Einige Kollegen, zum Beispiel Frau Kollegin Görlitz und der Herr Ministerpräsident, haben erklärt, die Finanzausstattung der Kommunen sei noch einmal verbessert worden. Der Ministerpräsident hat dies in seiner Erklärung am Dienstag gesagt. Herr Kollege Klein hat sogar behauptet, die FDP könnte sich dies ans Revers heften. Ich möchte dazu feststellen: Die Steigerungen im kommunalen Finanzausgleich sind einzig und allein darauf zurückzuführen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern ihren Beitrag geleistet haben. Das waren weder die Staatsregierung noch die CSU- oder die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Kollege, das gilt für alle Steuern!)

Die Steigerungen sind nicht auf finanzielle Zugeständnisse der Staatsregierung oder der Regierungsfractionen zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass wir eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen im Verbundzeitraum hatten. Eigentlich ist es eine finanzpolitische Selbstverständlichkeit, dass von dieser Steuerentwicklung auch die Kommunen entsprechend profitieren. Das ist kein Geschenk der Staatsregierung, des Finanzministers oder der Regierungskoalition, das mit Beifall versehen werden müsste. Im Übrigen zahlen auch die Kommunen selbst über die Gewerbesteuerumlage in diesen Topf ein.

Sehen wir uns einmal die Details an: Die Erhöhung des Anteils aus dem allgemeinen Steuerverbund von 11,70 % auf 11,94 %, also um ganze 2,4 %, ist leider nur symbolisch und ohne jede nachhaltige Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Ein bemerkenswerter Schritt nach vorne ist dies sicher nicht. Außerdem wurden keine erkennbaren Anstrengungen unternommen, um in vernünftigen Schritten - Stück für Stück - die Zielmarke von 15 % zu erreichen, wie dies von den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder - und zu Recht - gefordert wird. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim kommunalen Anteil am Kfz-Steuerverbund. Hier ist die minimale Anhebung um 1 % mit dem Stichwort Symbolpolitik am besten beschrieben. Dass es überhaupt eine merkbare Steigerung gegenüber dem Vorjahr gibt, ist mit dem Mautausgleich des Bundes in Höhe von knapp 18 Millionen Euro zu erklären.

Ich komme zum Wesentlichen. Bislang sprach ich von den Steuerverbänden, die seit Jahr und Tag geregelt sind. Dort, wo Sie selbst finanzpolitisch agieren könnten, nämlich bei den Finanzausgleichsleistungen außerhalb dieser Steuerverbände, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Gegenüber dem Jahr 2008 ist ein Rückgang von 2,2 Milliarden Euro auf 2,1 Milliarden Euro festzustellen. Insgesamt geben Sie 27,4 Millionen Euro

weniger aus, wo Sie selbst gestalten könnten und wo der Finanzausgleich nicht von der Steuerentwicklung abhängt. Das ist sehr bedauerlich. Hier stellen wir einen Rückgang um 1,3 % fest.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt bleibt der Anstieg beim kommunalen Finanzausgleich 2009 - selbst wenn wir die Rechnung der Staatsregierung zugrunde legen - mit 3,6 bzw. 4 % klar hinter der Steigerung des Ausgabevolumens im Gesamthaushalt von 5,4 % zurück. Ich halte es für verständlich, dass sich die kommunalen Spitzenverbände in diesen Verhandlungen zufrieden gezeigt haben. Wer in den Kommunen die Zeit der Kürzungspolitik und der schlechten Haushaltssituation erlebt hat, ist froh, dass der Schmerz nachlässt und, wie nach einem schweren Unwetter, Erleichterungen eintreten. Er ist froh, wenn normale Wetterverhältnisse herrschen, die Wolken ab und zu aufreißen und die Sonne durchdringt. Allerdings kündigt sich bereits die nächste Unwetterfront an; denn die politischen Perspektiven des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern sind denkbar schlecht.

Ich nenne als Beispiel die Landesbank-Krise, deren Umfang bei 800 Millionen Euro jährlich liegt. Ich nenne weiter zurückgehende Steuereinnahmen. Auf Ihrer Seite werden gleichzeitig Steuersenkungen versprochen. Außerdem halten Sie weiterhin an dem Dogma des ausgeglichenen Haushalts fest. Wir werden jetzt "wahlfreie" Zeiten bekommen, in denen Sie regelmäßig mit Kürzungen reagieren. Die Kommunen stehen also vor einer schwierigen Zeit. Die SPD-Fraktion, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Landrätinnen und Landräte können sich darauf verlassen, dass wir, wenn wieder Kürzungen anstehen, an ihrer Seite stehen und gegen die Verschlechterungen kämpfen werden. Wir haben auch an der Seite der Kommunen mit Erfolg für den Erhalt und die Verbreiterung der Gewerbesteuer gekämpft, weil dies die zentrale kommunale Einnahmebasis ist.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ebenfalls für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stefan Schuster das Wort.

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Haushaltsgesetz in Bezug auf den öffentlichen Dienst einige Ausführungen machen. Der öffentliche Dienst wurde in den zurückliegenden Jahren von der Staatsregierung und der CSU-Fraktion arg gebeutelt.

(Beifall bei der SPD)

Die Einkommensschere gegenüber der Wirtschaft klafft inzwischen um zirka 8 % auseinander. An allen Ecken und Enden fehlt das Personal, um die originären Aufgaben des Staates zu erfüllen. Was tun Sie mit diesem Haushaltsgesetz? - Sie arbeiten weiterhin mit Wiederbesetzungssperren und verschieben Neueinstellungen auf später. Kolleginnen und Kollegen, die Wiederbesetzungssperre ist kein geeignetes Instrument der Personalwirtschaft. Wenn wir davon ausgehen, dass bestehende Planstellen ihren Sinn haben, müssen diese Stellen auch besetzt sein. Im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern hat eine Sperre frei werdender Stellen zu unterbleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb, die dreimonatige Wiederbesetzungssperre für Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter zu streichen. Eine Sperre frei werdender Stellen - zum Beispiel in der Justiz mit ihrer ohnehin sehr angespannten Personalsituation - würde zu einer weiteren Verminderung der Leistungsfähigkeit führen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Probleme der Justiz in Nürnberg, die momentan durch die Medien gehen. Dort wurden zum Beispiel Angehörige und Kinder von Beschäftigten eingestellt, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Ein zweites Beispiel ist die Finanzverwaltung, wo die Situation ähnlich ist. Dort führt der hohe Personalfehlbestand zu gravierenden Steuermindereinnahmen.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb die Streichung des Artikels 6 b des Haushaltsgesetzes. Das Hinausschieben von Neueinstellungen auf den Oktober halte ich für eine reine Sparmaßnahme. Als Beispiel möchte ich nur die groß angekündigte Einstellung von 1.000 Polizistinnen und Polizisten nennen. Diese 1.000 Polizistinnen und Polizisten reichen ohnehin nicht, um die Personalnot bei der Polizei zu vermindern. Warum werden diese Polizisten eigentlich erst im Oktober eingestellt und nicht gleich? Schließlich werden sie mit ihrer Ausbildung erst im Jahr 2013 fertig sein.

Ich habe einmal ein Polizeipräsidium in Oberfranken besucht. Dort wurde mir gesagt, dass zum Beispiel die Polizeiinspektion Bayreuth-Land den Dienstbetrieb fast nicht mehr aufrechterhalten könne und dringend neues Personal brauche. Damals habe ich in den Medien erklärt, dass diese 1.000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten nicht ausreichen. Herr Staatssekretär Dr. Weiß hat daraufhin zwei Tage später in einem Interview erklärt, dass Herr Schuster wahrscheinlich nicht rechnen könnte. Inzwischen wurde meine Aussage von Herrn Landespolizeipräsident Kindler und von Herrn Innenminister Herrmann in seiner Haushaltsrede bestätigt. Herr Herrmann hat erklärt, dass diese 1.000 Stellen nur der Anfang sein könnten.

(Beifall bei der SPD)

Die angekündigten Stellenhebungen sind grundsätzlich zunächst einmal positiv zu bewerten. Die Beschäftigten haben diese Stellenhebungen positiv aufgenommen. Allerdings haben sie gehofft, dass diese Hebungen zeitnah erfolgen. Um jedoch Kosten auf dem Rücken der Beschäftigten zu sparen, dürfen diese Stellenhebungen erst zum September 2009 und zum September 2010 in Anspruch genommen werden. Wir fordern, dass die Stellenhebungen im Mai 2009 und zum 1. Januar 2010 umgesetzt werden, schon im Hinblick auf die Personengruppe, die bald in den Ruhestand geht und dringend auf diese Hebungen wartet.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz zum Artikel 6 c des Haushaltsgesetzes und die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eingehen. Dort steht, dass in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 150 frei werdende Stellen gesperrt würden, die für die Einstellung schwerbehinderter Menschen verwendet werden sollten. Das ist zunächst einmal positiv zu bewerten. Abgeschwächt wird dieses Signal durch den Zusatz "wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2009 bzw. 2010 angerechnet werden kann". Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der letzten Woche im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes über den Bericht der Staatsregierung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen diskutiert. Nach diesem Bericht erfüllt der Freistaat mit 5,21 % die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von 5 %. Allerdings gibt es Ressorts wie zum Beispiel das Kultusministerium oder das Wissenschaftsministerium, die die Vorgabe immer noch nicht erfüllen. Die neue Behinderterbeauftragte der Staatsregierung, Frau Irmgard Badura, hat in einer Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes erklärt, sie gebe sich mit der bayerischen Quote nicht zufrieden. Der Bundesdurchschnitt liege bei 5,8 %, sagt sie. Und weiter: "Ich wünsche mir, dass sich Bayern daran orientiert." - Das wünschen wir von der SPD-Fraktion uns auch.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unsere Vorstellung, dass die im Haushaltsentwurf 2009/2010 für die Einstellung schwerbehinderter Menschen gesperrten 300 Stellen auf insgesamt 350 Stellen aufgestockt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat hier im Haus schon ellenlange Diskussionen über die Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden gegeben. Man führt als Abgeordneter immer wieder Gespräche vor Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich muss Ihnen sagen, am meisten enttäuscht sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der FDP. Sie haben mit

der 42-Stunden-Woche Wahlkampf gemacht, aber umgesetzt wird nichts. Wir werden an dem Thema dranbleiben. Von uns werden Sie zu dem Thema noch mehrere Anträge vorgelegt bekommen. - Ich mache gleich Schluss.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Das wäre auch angemessen.

Stefan Schuster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir fordern - und das ergibt sich aus der Systematik - die Streichung der Artikel 6 e und 6 f des Haushaltsgesetzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein letztes Wort zum Dienst zu ungünstigen Zeiten. Für den Dienst an Sonn- und Feiertagen sowie nachts werden in der Stunde 2,80 Euro bezahlt. Wir von der SPD-Fraktion fordern, dass der Betrag auf 5 Euro erhöht wird. Das könnten wir hier im Hause regeln. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat einem Antrag der SPD-Fraktion betreffend eine Erhöhung zugestimmt. Leider wurde der Antrag im Haushaltsausschuss abgelehnt. Ich bitte deshalb, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Abschließend bedanke ich mich beim Präsidenten für die großzügige Handhabung der Redezeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich kann mir den Satz nicht verkneifen: Ich bitte alle Redner, ihre Kürzungsvorschläge nicht nur an den Haushalt, sondern auch an die Redezeiten anzupassen.

Gern übermittle ich noch eine Bitte des Stenografischen Dienstes. Die Niederschriften der heutigen Sitzung sind nicht mehr bis zum Sitzungsende fertigzustellen, weshalb Sie den Rednern im Plenarsaal auch nicht mehr zugestellt werden können. Aus diesem Grund bitte ich die Redner, von den am Stenografenpult aufliegenden gelben Formularen Gebrauch zu machen, falls die Niederschriften an eine Adresse außerhalb des Hauses zur Korrektur übermittelt werden sollen.

Als letztem Redner in dieser Debatte darf ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen Georg Fahrenschohn das Wort erteilen.

Staatsminister Georg Fahrenschohn (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Der Freistaat Bayern ist Motor im Kampf gegen die Konjunkturkrise. Das fängt mit dem schnellen Verfahren an. Hier ist darauf hinzuweisen, dass in den letzten zwei Monaten von der Ersten Lesung bis zum heutigen dritten Tag der Haushaltsdebat-

te rund 5.000 Seiten des Regierungsentwurfs sowie eine Fülle von Anträgen und Nachschublisten in den Beratungen zu behandeln waren. Für diesen Kraftakt danke ich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, seiner Stellvertreterin, Frau Kollegin Rupp, und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Dank des Finanzministers gilt auch den zahlreichen helfenden Händen im Landtag und in den Ministerien, die dieses rasche Verfahren im Hintergrund erst ermöglicht haben.

Meine Damen und Herren, die Schnelligkeit ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, weil in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation schnelle Hilfe doppelte Hilfe bedeutet. Bayern ist in diesem Sinne Vorbild für die Bundesrepublik, für alle Gemeinwesen, weil wir uns darauf konzentriert haben, schnell und effizient zu helfen. Das ist unsere Aufgabe in der Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch wenn es schwer fiel, haben wir in Bayern bereits im November den Motor angeworfen. Mit dem Investitionsbeschleunigungsprogramm und dem bayerischen Mittelstandsschirm haben wir im alten Jahr nicht nur Handlungsfähigkeit gezeigt, wir haben auch dem Bund und anderen Ländern als Vorbild gedient. Auch das muss zum Abschluss der Haushaltsdebatte herausgestellt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So stand dem Bund bei seinem KfW-Programm zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft der bayerische Mittelstandsschirm Pate. Die LfA konnte aufgrund unseres schnellen Handelns mit Beginn des Jahres das komplette Bürgschaftsinstrumentarium anwenden. Die Absicherung erfolgt zwar im Doppelhaushalt durch eine Rückbürgschaft, aber nur deshalb, weil wir im November und Dezember schon gehandelt haben, war die LfA in der Lage, schon vom 1. Januar an vielen mittelständischen Unternehmen in ganz Bayern zu helfen. Knaus Tabbert ist das bekannteste Beispiel. Wir sind aber mittlerweile gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium bei über 50 Fällen, in denen wir mit unseren Instrumenten dem bayerischen Mittelstand in dieser schwierigen Zeit zur Seite gestanden haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Schnelligkeit muss weiter darauf hingewiesen werden, dass der Einzelplan 15 aufgrund seiner starken Ausrichtung an Investitionen extra vorgezogen

wurde. Das komplette Bauprogramm des Wissenschaftsministeriums im Umfang von 900 Millionen Euro im Doppelhaushalt ist bereits beschlossen. Das ist die Grundlage dafür, dass wir die Ausschreibungen noch im März haben vorbereiten können und wie versprochen im April an möglichst vielen Standorten mit den Baumaßnahmen beginnen können.

Das sind zwei gute Beispiele dafür, dass in der aktuellen Situation eine schnelle Beratung des Haushaltes ein Wert an sich ist. Wir in Bayern haben hier die Benchmark für Deutschland gesetzt. Umso wichtiger ist es, dass wir mit dem Abschluss der Haushaltsdebatte auch die anderen Projekte und Programme rasch ins Werk setzen. Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Doppelhaushalt - auch das muss noch einmal dargestellt werden - das Instrument der von der CSU und der FDP getragenen Staatsregierung, um dem Konjunkturabschwung die Tiefe zu nehmen und ihn schneller wieder in einen Aufschwung übergehen zu lassen. Dieser Doppelhaushalt ist unsere Antwort auf den Abschwung. Zugleich setzt er die notwendigen langfristigen Akzente.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei ist der Doppelhaushalt erstens konjunkturgerecht. Im Durchschnitt steigern wir die Ausgaben des Freistaates Bayern um 4,85 %, im konjunkturell schwierigeren ersten Jahr sogar um 6,8 %. Wir betreiben eine antizyklische Haushaltspolitik, weil diese jetzt notwendig ist. Eine Steigerung des Haushalts um 6,8 % im Jahr 2009 ist ein klares Signal dafür, dass wir auf Investitionen setzen. Es gibt kein anderes Bundesland, das sich solche Investitionen leisten kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Doppelhaushalt ist zum Zweiten zukunftsgerichtet, weil wir absichtlich Schwerpunkte bilden und nicht mit der Gießkanne arbeiten, sondern mit unseren Investitionen in Bildung und Klimaschutz nachhaltig in eine gute Zukunft für Bayern investieren.

Frau Kollegin Rupp, ich will noch einmal versuchen, Ihnen das Zusammenspiel zwischen dem Entwurf des Staatshaushalts einerseits und unseren Prägungen bei den Arbeiten zum Konjunkturpaket II andererseits zu erläutern. Denn wir haben planvoll gehandelt. Der Regierungsentwurf mit seinem Konzept kraftvoller Investitionen in Zukunftsbereiche war die ideale Basis dafür, dass wir das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes integrieren konnten. Das ist kein Zufallsprodukt, das ist absichtliches, planvolles Handeln, weil wir alle Maßnahmen nutzen wollten, um jetzt möglichst viel zu investieren, um die wirtschaftliche Schwäche durch staatliche Investitionen abzufedern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist kein Hoppla-Effekt, sondern das Ergebnis planvollen Handelns, dass wir den zweiten Teil des Konjunkturpakets des Bundes optimal in den Doppelhaushalt integrieren konnten. Denn mit den zusätzlichen Bundesmitteln können wir das im ersten Nachtragshaushalt 2008 erreichte Rekordniveau unserer bayerischen Investitionen noch einmal deutlich steigern. Meine Damen und Herren, statt das zu kritisieren, sollten Sie uns eigentlich zu dieser Blaupause gratulieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben mit Absicht die Investitionen noch im November beschleunigt und am 16. Dezember einen Entwurf eingebracht, bei dessen Vorlage wir schon wussten, dass wir gleichzeitig in Berlin über ein zweites Konjunkturpaket sprechen. Dass wir das im Ansatz aufeinander abgestimmt haben, kann uns nicht zum Vorwurf gemacht werden, sondern zeigt, dass wir gut damit fahren, auf zwei Ebenen an der Regierung teilzuhaben und Entscheidungen mitprägen zu können. Auch der Vorwurf, dass wir hierbei an einem Strang ziehen, geht ins Leere. Es ist doch gerade notwendig, dass wir gemeinsam - auf kommunaler, auf Länder- und auf Bundesebene - gegen die Krise arbeiten, damit wir am Ende schneller und gestärkt aus dieser Krise herausgehen können. Auch an dieser Stelle bitte ich Sie: Überlegen Sie sich das. Wir arbeiten gemeinsam, damit wir gemeinsam möglichst viele Kräfte freisetzen können. Die wichtigste Herausforderung besteht darin, dass wir über Wachstum und Beschäftigung schnellstmöglich aus der wirtschaftlich angespannten Situation herauskommen. Das verlangen die Menschen im Land von uns und darauf richten wir unsere Politik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Schwerpunkt beim Konjunkturpaket des Bundes liegt ganz bewusst auf der energetischen Sanierung. Vonseiten des Bundes wird vor allem die energetische Sanierung von Schulen und kommunaler Infrastruktur gefordert. Diese Forderungen des Bundes passen ideal zum Leitbild des Doppelhaushalts. Sie passen ideal zu unserem Ziel, zukunftsgerecht und konjunkturgerecht zu handeln. Wir wissen doch, dass die Nachfrage jetzt gestärkt werden muss. Jetzt muss investiert werden. Jetzt muss die Krise gemeinsam bekämpft werden. Deshalb lautet unser Ansatz: Wir wollen gestärkt aus der Krise herauskommen, indem wir die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. Dabei ist die energetische Sanierung das effizienteste Mittel - darüber besteht in unserem Hause noch nicht einmal Streit - im Kampf gegen den Klimawandel einerseits und andererseits ein ideales Mittel, um der öffentlichen Hand Heiz-

und Betriebskosten zu ersparen. Das ist eine solide, sachgerechte und zukunftsorientierte Konjunkturpolitik.

Eine Rolle hat hier auch die Frage nach der steuerlichen Entlastung gespielt. Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausgangs-, Mittel- und Zielpunkt aller unserer politischen Bemühungen in der Krise und für die Zukunft sind die Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Sie wollen wir in der Krise unterstützen. Ihnen wollen wir helfen, aus der Krise herauszukommen. Deshalb muss unsere Politik auch unmittelbar bei den Menschen ansetzen. Unser Ziel ist es, mehr bei den Bürgern zu belassen. Das Geld, das sich die Bürger hart erwirtschaftet und sauer erarbeitet haben, muss in den privaten Haushalten bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb fällt es dem bayerischen Finanzminister auch nicht schwer, sich zu bekennen. Wir waren es, die die SPD zum Jagen getragen haben. Wir waren es, die die Steuer- und Abgabensenkungen durchgesetzt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Wir haben es in Berlin mit einem SPD-Parteivorsitzenden zu tun, der der festen Überzeugung ist, dass die Menschen ihr Geld beim Staat abgeben sollen, weil der Staat besser wisse, was für die Menschen in unserem Land gut ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben es in Berlin mit einem Bundesfinanzminister zu tun, der in Brüssel Steuererleichterungen zustimmt, der sich an sein eigenes Abstimmungsverhalten aber nicht mehr erinnert, wenn wir dieselben Steuererleichterungen auch hier für den bayerischen und den deutschen Mittelstand, für die Gastronomie und für die Hotels durchsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb müssen wir uns das Gesamtbild ansehen. Wir sind davon überzeugt, dass wir das richtige Instrumentarium haben, um das Jahr 2009 erfolgreich abschließen zu können. Das muss unser Ziel sein. Wir dürfen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen bleiben und sagen: Um Gottes Willen, was ist zu tun? - Wir müssen handeln. Handeln heißt Reduzieren von Steuern und Abgaben, damit die Menschen im Lande auch konsumieren können. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und wer bezahlt das Konjunkturpaket?)

Deshalb war es richtig, dass wir zum Jahresanfang die Familien entlastet haben. Es war richtig, das Kindergeld um zehn bzw. 16 Euro pro Monat zu erhöhen. Es war auch richtig, dass die Finanzverwaltung mit Hochdruck gearbeitet hat. Ich bin stolz darauf, dass wir bereits Mitte März in Bayern die Rückzahlung der Pendlerpauschale abschließen konnten. In über einer Million Fällen kam es zu Rückzahlungen in Höhe von insgesamt 287 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Geld kommt jetzt an. Damit werden die Menschen unterstützt und können trotz der Krise konsumieren und den täglichen Bedarf decken. Das ist die richtige Art von Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb ist es auch richtig, dass wir mit dem Konjunkturpaket II einen weiteren Schritt vorwärtsgehen.

Nachdem viel Überzeugungsarbeit zu leisten war, hat die Große Koalition die Senkung des Eingangsteuersatzes und die Abflachung des Tarifverlaufs in Angriff genommen. Der erste Schritt der steuerlichen Entlastung wirkt sich in diesen Wochen über die Lohnsteuer bei den Bürgerinnen und Bürgern aus. Wir haben Anfang des Jahres schnell gehandelt. Wir haben im Februar und im März die Pendlerpauschale zurückgezahlt. Jetzt merken die Menschen, dass sich etwas tut, dass in Deutschland eine steuerliche Entlastung stattfindet. Das ist das richtige Signal, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist auch klar, dass es weitergeht. Ab Juli werden die Arbeitnehmer und die Unternehmen mit der Reduzierung des Krankenversicherungsbeitrags auf 14,9 % außersteuerlich in einem Umfang von weiteren 6 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Wir sind nicht am Ende, denn wir haben bereits festgelegt, dass ab 1. Januar 2010 die Absetzbarkeit der Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge deutlich verbessert wird. Außerdem machen wir einen zweiten Schritt in Richtung des CSU-Tarifs. Denn wir werden zu Beginn des nächsten Jahres die Anhebung des Grundfreibetrags und eine weitere Rechtsverschiebung des Tarifs in Deutschland erleben. Die CSU kümmert sich um die Entlastung. Wir reden nicht nur von einer Änderung des Einkommensteuertarifs, sondern wir setzen sie auch auf allen Ebenen durch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zusammen mit sonstigen Steuerrechtsänderungen entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland jährlich um 24 Milliarden Euro.

Allein im Doppelhaushalt des Freistaates Bayern schlagen sich die Entlastungen mit Mindereinnahmen in Höhe von deutlich über 3,2 Milliarden Euro nieder. Das ist ein wichtiges und richtiges Zeichen. Es ist ein Zeichen für Wachstum und Beschäftigung und es ist ein Signal zur Stärkung der Binnenkonjunktur. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur über die Entlastung der privaten Haushalte werden wir die Nachfrage in Deutschland stärken. Diese Notwendigkeit ergibt sich jetzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Neben der Stärkung der privaten Haushalte über Steuer- und Abgabentlastungen sind für die Staatsregierung und die sie tragenden beiden Fraktionen der CSU und der FDP die Kommunen die zentralen Akteure in der Krise. Wir befinden uns zwar in einer globalen Krise. Die Menschen spüren sie aber persönlich vor Ort. Deshalb ist es entscheidend, auf die Nöte der Menschen und der Unternehmen in diesem Land rasch und flexibel zu reagieren. Die Kommunen kennen die Sorgen und Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten. Sie sind auch der Lösung dieser Probleme am nächsten.

Im Wissen, dass 60 % der Investitionen der öffentlichen Hand auf kommunaler Ebene stattfinden, stellen wir die Kommunen, die Kreise, Städte und Gemeinden auch in den Mittelpunkt unserer Investitionsoffensive. Deshalb ist die Stärkung der Kommunen eine Daueraufgabe. Deshalb haben wir gerade in der letzten Zeit wesentliche Schritte zur Stärkung der Kommunen auch und gerade in finanzieller Hinsicht eingeleitet. Schon im letzten Jahr waren die Kommunen die großen Gewinner des Staatshaushalts. Die Steigerungsrate des kommunalen Finanzausgleichs lag im letzten Jahr mit 11 % doppelt so hoch wie die Steigerungsrate des gesamten Staatshaushalts. Mit dem kommunalen Finanzausgleich 2009 haben wir nicht nur die finanzielle Ausstattung der Kommunen auf dieser hohen Basis mit effektiv 4 % wiederum deutlich verbessert, sondern wir haben auch strukturelle Veränderungen durchgeführt. Die Tatsache, dass wir die beiden Verbundsätze sowohl bei der Kfz-Steuer als auch im allgemeinen Steuerverbund erhöht haben, ist keine Eintagsfliege. Sie ist das klare Bekenntnis dazu, dass wir die Kommunen in Bayern unterstützen und sie mit den Mitteln ausstatten, die sie brauchen, um auch aktiv arbeiten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht nur im laufenden Haushalt werden die Kommunen besonders berücksichtigt. Auch in der Krise stärken wir den Kommunen den Rücken. Deshalb will ich an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die Abgeordneten von CSU und FDP mit ihrer Entscheidung Ende

Dezember die Kommunen von einer Riesenlast befreit haben. Sie waren nicht bereit, das zu machen. Hier auf der rechten Seite ist die Entscheidung gefallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank war aus volkswirtschaftlicher und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dringend notwendig. Wir erinnern uns daran. Es hat einen Sonntag gegeben, an dem die Bundeskanzlerin vor die deutsche Öffentlichkeit getreten ist und gesagt hat, sie stehe für die Sicherheit der Einlagen. Der Freistaat Bayern hat sich seiner Verantwortung gestellt. Die Abgeordneten von CSU und FDP haben dieses Signal aufgenommen. Sie waren dazu nicht in der Lage. Das sollen Sie den Kommunen erzählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Und wer trägt die Verantwortung?)

Und deshalb, Herr Maget, ist es an dieser Stelle wohlfeil, wenn Sie am Dienstag sagen, ich solle auf irgendetwas einschlagen. Ich sage Ihnen: Wenn der Bundesfinanzminister sagt, dass keine weitere Bank in Deutschland umkippt, bin ich bereit, mich über Ihre Frage zu unterhalten. Aber weil Ihnen der Bundesfinanzminister so eine Zusage nicht machen kann, verlangen Sie die bitte nicht vom bayerischen Finanzminister, Herr Maget!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Wie hoch bewerten Sie das Risiko?)

Wir müssen uns vielmehr darüber unterhalten, was wir können und was wir insbesondere gemeinsam mit den Kommunen machen. Wir müssen uns gemeinsam mit aller Kraft gegen den Konjunkturabschwung stemmen. Das ist die wesentliche Aufgabe der öffentlichen Hand.

Und, meine Damen und Herren, wir gehen Hand in Hand mit den bayerischen Kommunen.

(Franz Maget (SPD): Gegen die Kommunen!)

Wir haben den Umfang der Fördermittel für kommunale Investitionen um 118 Millionen Euro kräftig angehoben. Wir setzen auf das Konjunkturpaket, und zwar in Abstimmung mit allen kommunalen Spitzenverbänden. Keiner bleibt außen vor. Alle helfen mit. Die Einzigen, die das nicht verstehen wollen, sind die bayerischen Sozialdemokraten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Setzen wir uns einmal mit Ihrem Alternativvorschlag auseinander. Die SPD schlägt vor, wir sollten in Bayern

genauso verfahren wie in Nordrhein-Westfalen. Der Vorschlag der Sozialdemokratie heißt: Wir sollen wie in Nordrhein-Westfalen die Konjunkturpaketmittel an die Kommunen mit der Gießkanne verteilen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen Sie sich doch wenigstens einmal mit den Strukturen in den beiden Bundesländern auseinander. Schauen Sie sich das doch einmal an: In Nordrhein-Westfalen hat die kleinste Gemeinde, Dahlem bei Euskirchen, 4.200 Einwohner. In Nordrhein-Westfalen hat die Hälfte aller Gemeinden mehr als 25.000 Einwohner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Bayern haben drei Viertel der Gemeinden weniger als 5.000 Einwohner. Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen mit der Gießkanne arbeiten, treffen Sie ganz andere Gruppen, als wenn Sie in Bayern mit der Gießkanne arbeiten. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir diesen Weg gegangen wären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben es in Bayern mit anderen Strukturen zu tun. Wir haben es in Bayern Gott sei Dank mit einer anderen Finanzkraft zu tun. Wir haben es in Bayern mit anderen etatmäßigen Möglichkeiten zu tun. "Gott sei Dank" möchte man sagen. Und wir sind in Bayern auch mit anderen, und zwar mit schlagkräftigeren Verwaltungsapparaten ausgestattet. Deshalb ist unser Weg, über die Projekte zu gehen, der bessere Weg, der zielgerichtete Weg. Wir können die Mittel des Konjunkturpakets schnell und wirksam einsetzen. Das muss unser Ziel sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen: Trotz unseres ausdifferenzierten Vorgehens werden die Kommunen rasch Nachricht über die Förderentscheidungen erhalten; denn wir haben vorgearbeitet. Wir haben bereits parallel zur Aufstellung des Doppelhaushalts das Antragsverfahren in Gang gesetzt und sind deshalb in der Lage, zeitnah die Beilligungen bekannt zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nutzen die Chance des Konjunkturpakets, um Bayern nach vorn zu bringen, weil wir darauf setzen, dass wir in der Lage sind, schneller als andere aus der Krise herauszukommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Debatte um die Fördersätze im Konjunkturpaket II angeht, ist das Konzept der Staatsregierung klar und einfach: Bei zusätzlichen Programmen beträgt der Eigenanteil der Kommunen regelmäßig 12,5 % der förderfähigen Kosten, bei neuen Ansätzen nur 12,5 % und bei alten, bestehenden Förderprogrammen, auf die wir

aufgebaut haben, weil sie bekannt sind, weil sie eingeführt sind, weil sich jeder darauf verlassen kann, wie die Programme laufen, bleibt es bei den alten Fördersätzen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn warum sollte eine Kommune mit genau dem gleichen Projekt vor dem Konjunkturpaket eine schlechtere Förderung bekommen als nach dem Konjunkturpaket, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Deshalb glauben Sie uns:

(Zurufe von der SPD)

Die Kommunen sind der wesentliche Partner der Staatsregierung in allen Bereichen der gemeinsamen Politik. Sie sind der wesentliche Partner der Staatsregierung auch auf dem Gebiet der Bildung und der Kinderbetreuung. Wir haben dieses gute Verhältnis erst kürzlich beim Bildungsgipfel überzeugend demonstriert. Gemeinsam mit den Kommunen und ohne Ausnahme haben wir die Weichen für wichtige bildungspolitische Vorhaben gestellt.

So bauen wir zum Beispiel die Ganztagschulen aus. Wir gehen dabei einen besonderen Weg: Einerseits entlasten wir die Kommunen. Deshalb übernimmt der Staat künftig an staatlichen Schulen neben der Trägerschaft der gebundenen Ganztagsangebote auch die Trägerschaft der offenen Ganztagsangebote und stellt eine angemessene Ausstattung an Planstellen und Mittel für Lehrer und sonstiges Personal sicher. Im Gegenzug werden die Kommunen den zusätzlichen Sachaufwand der Ganztagschulen übernehmen und sich am Personalaufwand für alle offenen und gebundenen Ganztagschulen durch einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro je Ganztagsklasse oder -gruppe und Schuljahr beteiligen.

Und weil uns auch das wichtig ist, kann ich heute ankündigen: Mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt werden wir morgen das entsprechende Förderprogramm für Baumaßnahmen zum Ausbau von Ganztagschulen mit erhöhten Fördersätzen in Kraft setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern: Die von CSU und FDP getragene Staatsregierung und die bayerischen Kommunen werden bedürftige Schülerinnen und Schüler beim Mittagessen an Ganztagschulen und Grundschulen mit verlängerter Mittagsbetreuung unterstützen. Der Staat und die Kommunen werden dazu jeweils einen Betrag von 200 Euro pro bedürftiges Kind und Schuljahr übernehmen. Das wäre die Aufgabe Ihres Bundesministers gewesen. Er ist nirgendwo zu finden, wenn es um diese Frage geht.

(Zurufe von der SPD)

Bayern und die bayerischen Kommunen gehen nach vorn, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Kinderbetreuung ist der Freistaat ein verlässlicher Partner der Kommunen. Erstens werden die Bundesmittel für die Förderung der notwendigen Investitionen und der Betriebskosten des Krippenausbaus vollständig, also zu 100 %, an die Kommunen weitergegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Damit bekommen die Kommunen eine Entlastung im Umfang von insgesamt 615 Millionen Euro bis zum Jahr 2013, obwohl dem Freistaat bei der staatlichen Betriebskostenförderung selbst auch hohe Mehrbelastungen entstehen. Ab 2014 stehen den Kommunen die Bundesmittel für die Betriebskostenförderung des Krippenausbaus in Höhe von wiederum 115 Millionen Euro pro Jahr in vollem Umfang ohne Abzug zur Verfügung, obwohl wir eigene Krippen unterhalten und auch gute Gründe hätten, uns an diesem Programm zu beteiligen. Wir geben alles zu 100 % weiter. Kein anderes Bundesland geht diesen Weg. Nur in Bayern unterstützen wir die Kommunen, weil uns die Kinderbetreuung so wichtig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und nicht zu vergessen: Nur in Bayern stellt der Freistaat für die Investitionskostenförderung noch zusätzlich insgesamt 100 Millionen Euro aus eigener Kraft bereit. Damit wollen wir bis zum Jahr 2013 50.000 zusätzliche Krippenplätze schaffen. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland in Deutschland mit so einer breiten Förderung!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil die schon welche haben!)

Kein anderes Bundesland macht dieses Angebot!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Das zeigt: Für die Menschen in Bayern ziehen der Freistaat und die Kommunen an einem Strang. Der Freistaat und die Kommunen führen eine verlässliche Partnerschaft. Sie führen eine fruchtbare Partnerschaft, und sie führen eine zukunftsfähige Partnerschaft, kurz und gut eine gute und belastbare Partnerschaft zwischen der kommunalen Ebene und dem Freistaat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und sie zu entlasten, die Kommunen zu unterstützen und sie zu stärken sowie die Nachfrageflaute gemeinsam zu bekämpfen - das ist, zugegeben, eine harte Bewährungsprobe für den Staatshaushalt. Aber er besteht sie, weil wir in der Vergangenheit solide gewirtschaftet haben und weil wir weiter solide wirtschaften werden, weil wir damit den Beweis führen, dass wir im Gegensatz zu allen anderen in der Bundesrepublik Deutschland handlungsfähig sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Antizyklische Haushaltspolitik besteht in Zeiten der Krise in Stärkung der Nachfrage. Das ist die leicht verständliche Seite dieser Politik. Da kann jeder mitreden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie beginnt viel früher. Antizyklische Haushaltspolitik beginnt im Aufschwung, beginnt an dem Punkt, wo man im Aufschwung Geld zurücklegt, um in schwierigeren Zeiten zu investieren. Das haben wir in Bayern gemacht, und deshalb können wir in Bayern auch gestalterisch tätig sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben in den guten Jahren eine antizyklische Haushaltspolitik betrieben. Wir haben insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 Rücklagen gebildet. Wir haben Schulden getilgt. Wir haben Programme durchfinanziert, die jetzt in der Krise kräftige Gegenimpulse setzen.

Schauen Sie doch noch einmal ins Programm. Herr Pointner, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Sie müssen natürlich den Staatshaushalt auch ernst nehmen. Schauen Sie doch einmal: Es gibt kein einziges Bundesland, das ein Programm wie "Kinder, Arbeit, Bildung" bis zur Laufzeit von 2011 durchfinanziert hat. Da ist kein Thema offen. Da ist jedes Investitionsprojekt angesetzt und mit Geld versetzt. Da brauchen wir nichts zurückzunehmen. Das müssen wir nur abarbeiten. Das ist der wesentliche Unterschied.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Frage des Kollegen Pohl zu?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Sehr gerne.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden? Sind Länder wie Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen und Sachsen handlungsunfähig?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Ich stelle zumindest fest, dass die anderen Bundesländer mit ihren Haushalten noch nicht fertig sind. Wir sind mit dem Abschluss der heutigen Debatte investitionsbereit, und wir setzen auf diese Investitionen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei CSU und FDP - Ministerpräsident Horst Seehofer: Danke für die Frage!)

Ich soll mich im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten noch für die Frage bedanken.

(Heiterkeit bei der CSU - Georg Schmid (CSU): So ist das bei uns!)

Liebe Frau Rupp: Ja, es besteht Übereinstimmung darin, dass wir in dieser Krise globalen Ausmaßes unsere Ausgaben nicht zurückfahren dürfen, sondern wir müssen sie erhöhen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auf der anderen Seite müssen wir den Menschen aber auch mehr von dem lassen, was sie selbst erwirtschaften. Die Menschen brauchen das Geld jetzt, denn damit können sie selbst einen Beitrag dazu leisten, die Krise zu meistern. Deshalb müssen wir an dieser Stelle auf Entlastung setzen. Nur über die Entlastung bekommen wir den breitesten Effekt, den breitesten Impuls. Deshalb sind wir vom Ansatz unserer Politik überzeugt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Immer nur mit dem Finger auf die andern zeigen!)

Wir müssen dem Aktionismus anderer allerdings auch wohlüberlegte Schritte entgegensetzen. Wir gehen weit, aber wir gehen nicht zu weit. Der Doppelhaushalt, der diesem Hohen Haus zur Beschlussfassung vorliegt, kommt trotz der zusätzlichen Belastungen durch die Konjunktur und die konjunkturbedingten Maßnahmen, bezogen auf den Staatshaushalt, ohne neue Schulden aus. Das hat Tradition und das ist auch berechtigt, weil wir unsere Schlüsse aus der Vergangenheit gezogen haben. Herr Kollege Klein hat mit Recht auf die Belastungen hingewiesen, die allen Generationen drohen, wenn wir nicht vernünftig und zukunftsgerecht nachhaltig mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen.

Dank der vorsorgenden Politik der Vergangenheit können wir der Haushaltssicherungsrücklage 3,7 Milliarden Euro entnehmen. Damit ist sie aber verbraucht. Mehr ist nicht zu machen. Die Forderungen der SPD hätten zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden Euro geführt. Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, Sie sind weitab von jeglicher realistischer Finanzpolitik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei der SPD)

Verschuldungspolitik ohne die Rücksicht auf morgen ist mit uns, ist weder mit der CSU noch mit der FDP, nicht zu machen. Deshalb sind auch die Überlegungen der SPD, ihre zusätzlichen Ausgabenwünsche 2009 mit einer erhöhten Rücklagenentnahme zu finanzieren, am Ende nur eine kurzfristige Politik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir in einem Doppelhaushalt die Frage stellen, was machen Sie im Jahr 2010, wenn Sie das ganze Geld ins Jahr 2009 stecken? - Dann sind Sie nicht mehr handlungsfähig. Das wäre im Gegensatz zu unserer Überzeugung der falsche Weg.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir brauchen ja schon das ganze Geld für die Landesbank!)

Wir wollen in den Jahren 2009 und 2010 handlungsfähig sein!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu einer realistischen Haushaltspolitik gehört auch, dass wir unsere Einnahmen solide planen. Das ist in diesen Zeiten äußerst schwierig. Mit der Nachschubliste haben wir, wie ich im Übrigen schon bei der Ersten Lesung zum Doppelhaushalt angekündigt hatte, die Steuereinnahmen an die konjunkturelle Entwicklung angepasst. Auf Basis der Konjunkturprognose der Bundesregierung vom Januar 2009 werden wir in diesem Jahr gegenüber dem Regierungsentwurf einen Einnahmeverlust von 700 Millionen Euro verkraften müssen. Für 2010 liegt keine aktuelle Prognose vor. Nach dem Vorsichtsprinzip haben wir jedoch den Basiseffekt des Jahres 2009 - mit guten Gründen - für das Jahr 2010 fortgeschrieben. Damit müssen wir im Doppelhaushalt weitere konjunkturelle Mindereinnahmen von mindestens 1,4 Milliarden Euro verkraften. Ich kann nicht ausschließen, dass es zu noch stärkeren Einbrüchen bei den Steuereinnahmen kommen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit überbieten sich die Konjunktexperten geradezu mit katastrophalen Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung. Ich glaube aber, es ist falsch, sich an einem Wettbewerb der Verunsicherung zu beteiligen. Wir müssen auf die positiven Seiten setzen, wir müssen auch die Nachrichten zur Kenntnis nehmen, die gute Nachrichten sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt gute Nachrichten. Schauen Sie die verbesserten Aussichten im Bauhauptgewerbe an. Sehen Sie sich an, was das regionale Baugewerbe sagt, nämlich: Wir sind ausgelastet. - Unsere Politik hat Früchte getragen. Wir haben Geld in die Hand genommen und das Baugewerbe sagt: Wir sind gut unterwegs. - Sowohl die

Architekten als auch die Bauplanungsbüros bis hin zu den Handwerkern zeigen uns: Unsere Politik, die Politik des schnell zupackenden Handelns hat gefruchtet. Wir sind gut ins Jahr gestartet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schauen Sie auf den aktuellen Ifo-Geschäftsklimaindex. Ja, er zeigt Schatten, aber er zeigt auch Licht. Die befragten Unternehmer schätzen die Geschäftsaussichten in den kommenden sechs Monaten positiv ein, und zwar zum dritten Mal in Folge. Mancher Experte erwartet schon im zweiten Halbjahr 2009 eine Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind keine anderen als diejenigen, die sagen, die Stabilisierung kommt erst im Jahr 2010. Wir haben allen Grund, auf die Stärke unseres Landes, auf die Stärke unserer Kommunen und auf die Stärke unserer Unternehmen in Bayern zu setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sehe ich trotz der Prognoseunsicherheit aus heutiger Sicht keinen Grund für einen Nachtragshaushalt 2009. Eine Rezession macht sich im Übrigen bei den Steuereinnahmen erst zeitverzögert bemerkbar. Bisher liegen die Zahlen für 2009 im Rahmen der Planungen. Wir werden über die weitere Entwicklung der Konjunktur und insbesondere über die Entwicklung der Steuereinnahmen 2010 kurzfristig keine Sicherheit erhalten. Wir wissen nicht, was in der zweiten Jahreshälfte sein wird, was im Jahr 2010 passiert. Deshalb haben wir den Zeitplan für den Nachtragshaushalt 2010 entsprechend festgelegt. Grundlage dieses Nachtragshaushalts im nächsten Jahr wird die Novembersteuerschätzung sein. Damit haben wir die bestmögliche Grundlage. So macht man realistische, so macht man belastbare Haushaltspolitik!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Da bin ich gespannt! Daran werden Sie sich messen lassen müssen!)

Nur mit einer soliden Haushaltspolitik können wir auch wieder Gestaltungsspielräume erhalten. Solides Wirtschaften zahlt sich nämlich aus. Bayern ist dafür der beste Beweis. Mit 2,7 % liegen wir trotz der Belastung durch die Sanierung der Landesbank bei der Zinslast unter dem Durchschnitt aller Länder. Die Schulden der Vergangenheit drücken die Haushalte der anderen Bundesländer. Bayern hingegen kann gestalten, weil wir in Bayern die richtige Politik gemacht haben. Deshalb können wir in Bayern jetzt mit aller Kraft gegensteuern. Das muss immer wieder gesagt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir können in die Zukunft investieren, und wir investieren in die Zukunft. Wir setzen nicht nur mit 13,6 % wieder eine Benchmark für die Investitionsquote. Alle anderen Bundesländer sind weit abgeschlagen. Wir hatten schon ohne die Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket das Rekordniveau des 1. Nachtragshaushalts 2008 erreicht. Mit den Bundesmitteln konnten wir die Investitionen im allgemeinen Haushalt noch einmal um fast 9 % steigern. Jetzt frage ich die Opposition: Hätten wir die Mittel ausschlagen sollen? Ist es nicht vielmehr unsere Aufgabe, die Mittel zielgerichtet und klug zu verwenden?

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht zu vergessen: Der Ministerpräsident hat vollkommen richtig gesagt: Das ist der klassische Investitionsbegriff. Daneben stehen die Investitionen in unsere Köpfe. Wir investieren in mehr Lehrer und mehr Professoren. Einschließlich des Sonderprogramms "2020" schaffen wir in den kommenden beiden Jahren 2.738 zusätzliche Lehrerstellen. An den Hochschulen schaffen wir für die zusätzlichen Studierenden 3.000 neue Stellen. In den Jahren 2008 bis 2011 stellen wir dafür eine halbe Milliarde Euro - 500 Millionen Euro - für Personal und für laufende Sachmittel zur Verfügung. Das ist ganzheitlich, das ist zukunftsorientierte Handlungsweise! Das ist Politik, wie wir sie in München gemeinsam als CSU und FDP entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, am Konjunkturmorgen ist noch keine Aufhellung zu erkennen. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden beiden Jahren zeigen vor allem eines: Unsicherheit. Im Gegensatz dazu werden wir unserer politischen Verantwortung gerecht, denn mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 geben wir den Menschen ein Stück Sicherheit. Wir geben ein klares Signal. Wir können sagen: In Bayern sind die Strukturen stabil, in Bayern investieren wir stabil, in Bayern können sich die Menschen auf die politischen Leitentscheidungen der Staatsregierung und der Kommunen verlassen. In Bayern versuchen wir, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um schneller und erfolgreicher aus der Krise herauszugehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie sich hier nicht überzeugen lassen, dann werfen Sie doch einen Blick auf unabhängige Experten. Bayern hat wieder mit der Bestnote für die Staatsfinanzen abgeschlossen. Standard & Poor's hat Bayern wieder Triple-A Stable Outlook gegeben. Bayern ist das einzige Bundesland in Deutschland, das mit so einer Bewertung arbeiten kann.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Huber glaubt doch ans Rating nicht mehr! - Unruhe bei der SPD)

Das beruht auf unserer soliden Finanzpolitik, das bestätigt unsere solide Finanzpolitik in der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Eine solche Auszeichnung ist auch Mahnung, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten. Denn es gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren, strukturelle Verschlechterungen des Haushalts nicht zuzulassen. Selbstverständlich gilt, dass wir in den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlassen dürfen. Selbstverständlich gilt auch, dass wir uns nur über diese Politik auch künftig Gestaltungsräume eröffnen und erhalten.

Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir eine solide Grundlage geschaffen, um uns jetzt kraftvoll gegen die Krise zu stemmen und nachhaltig optimale Bedingungen für die Zukunft zu schaffen. Es wird ein hartes Stück Arbeit für die Verwaltung, diesen Haushalt jetzt umzusetzen, aber es ist jetzt an der Zeit, diese Aufgaben anzupacken. Deshalb bitte ich Sie im Interesse der Menschen in Bayern, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Interesse der Unternehmerinnen und Unternehmer: Stimmen Sie für ein Stück Sicherheit, stimmen Sie für die Zukunft, stimmen Sie für diesen Doppelhaushalt 2009/2010.

(Anhaltender Beifall von der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf, Drucksache 16/209, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/844 mit 16/847 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1011 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge der Fraktion der Freien Wähler, Drucksachen 16/844, 846 und 16/847, abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen?

(Allgemeine Zustimmung)

Ich sehe keine Gegenstimme. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweiligen federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen; ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/1011. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Sehe ich keine. Dann ist mit Mehrheit so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP einschließlich der Kabinettsmitglieder.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ohne Fahrenschn! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009)".

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1011, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/845 durch die Aufnahme in das Gesetz seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 23. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 13, die dazu mitaufgerufenen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses, Drucksache 16/949, zugrunde.

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Be-

schlussempfehlung, Drucksache 16/949, aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge haben gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf die Nummer 2 der Ihnen hierzu vorliegenden Liste.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/949. Wer dem zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/833 seine Erledigung gefunden. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2009/2010. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage, Drucksache 16/210, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/743, 16/818 und 16/911 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/1010, zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/743, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion, Drucksache 16/818, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen; ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/1010.

Vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde während der Aussprache beantragt, über den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen neu eingefügten Artikel 21, der die Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes betrifft, einzeln abstimmen zu lassen. Dem haben alle Fraktionen zugestimmt. Ich lasse deshalb vorweg über den neu eingefügten Artikel 21 einzeln abstimmen. Inhaltlich verweise ich auf die Nummer 6 der Drucksache 16/1010. Diese liegt vor.

Wer dem vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen neu eingefügten Artikel 21 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer will dagegen stimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Dem Artikel 21 ist damit zugestimmt worden.

Die übrigen Teile des Gesetzentwurfs stelle ich jetzt insgesamt zur Abstimmung: Wer diesen Teilen des Gesetzentwurfes in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Damit ist allen Teilen des Gesetzentwurfes zugestimmt worden.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese ist auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, wie in § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchzuführen. Abstimmungs-

grundlage ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

Ich bitte noch kurz um Aufmerksamkeit: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass beim anschließenden Tagesordnungspunkt noch einmal eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich unterbreche die Sitzung für die namentliche Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Ich bitte um Zustimmung, dass ich dieses Ergebnis während des nächsten Tagesordnungspunktes bekannt geben darf, weil der Rundfunk auf das Ergebnis wartet, um zeitnah darüber berichten zu können. - Ich denke, es besteht Einverständnis, dass wir dann innerhalb der Debatte, die jetzt folgt, das Ergebnis bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungen A 99 - Autobahn Südring - Einstellung der Arbeiten an der Machbarkeitsstudie (Drs. 16/277)**

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe)

Ich warte so lange, bis es allen möglich war, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Darf ich auch die an den Lippen des Herrn Ministerpräsidenten hängenden Kollegen höflich bitten, ihre Plätze einzunehmen? Wir wollen die heutige Tagesordnung ordnungsgemäß zu Ende bringen.

(Unruhe)

Bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich nochmals darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne nun die Aussprache. Es ist eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erste Red-

nerin hat Frau Tausendfreund das Wort. Bitte schön, Frau Tausendfreund.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt ist gestern Abend und vorgestern Abend von der Tagesordnung genommen und heute auf die Tagesordnung gesetzt worden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Tausendfreund, einen Moment bitte. Ich bitte, dass wir auch dem letzten Tagesordnungspunkt die nötige Aufmerksamkeit widmen. Bitte schön, Frau Tausendfreund, Sie haben das Wort.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Ich bitte Sie, diese Ermahnung nicht von meiner Redezeit abzuziehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Selbstverständlich.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Die Autobahndirektion Südbayern hat im letzten November das erste Zwischenergebnis der Machbarkeitsstudie zum Bau des Autobahn-Südrings präsentiert. Es geht, wie Sie wissen, um die seit Jahrzehnten schwelende Autobahnplanung quer durch die Wälder und Gemeinden südlich von München. In regelmäßigen Abständen haben die Autobahnfetischisten die Debatte immer wieder angezettelt, zuletzt in der vorletzten Legislaturperiode die Kollegin Roswitha Riess und der Kollege Prof. Dr. Peter Paul Gantzer mit der leeren Versprechung der Verkehrsentlastung für die Bevölkerung im Norden und Osten von München zum Preis blinder Naturzerstörung im Süden.

Der damalige Innenminister Günther Beckstein hat den Ball aufgegriffen und dieses Projekt zu einem seiner Lieblingsprojekte gemacht. Dieses Mal geistern wieder besonders absurde Argumente durch die Lande: Ein Autobahnring sei nur ein Ring, wenn er geschlossen sei; die Erholungsfunktion sei nicht beachtenswert, weil die Anzahl der Erholungssuchenden verschwindend gering sei;

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

an Autobahnböschungen entstünden wieder neue Naturräume, und nicht zu vergessen das Märchen von der Öko-Autobahn im Tunnel. Der ADAC hat extra ein A 99-Ringbuch herausgebracht, ein ziemliches Lobbywerk.

Die Vernunft hat sich dieses Mal nicht durchgesetzt. Stattdessen sind in der Geisterdebatte um den untoten

Autobahnsüdring die verkehrspolitischen Geisterfahrer unterwegs. Die Machbarkeitsstudie wird uns als ergebnisoffen verkauft. Die Autobahnbefürworter wollen mit der Machbarkeitsstudie aber gerade belegen, dass der Nutzen dieser Autobahn über allen anderen Argumenten steht. Wir wissen, mit welchen statistischen Tricks der Nutzen-Kosten-Faktor in die Höhe getrieben werden kann. Zu hohe Entlastungswirkung hier - herunter gerechnete Kosten dort.

Nach dem vorgestellten Zwischenergebnis steht jetzt schon fest: Der Bau der Autobahn ist unter keinem Gesichtspunkt vertretbar. Der verkehrliche Nutzen ist fragwürdig. Das Projekt ist nicht finanzierbar - schon gar nicht, wenn Teile im Tunnel verlaufen -, und es ist ökologisch eine Katastrophe. Nach diesem Zwischenergebnis wollen wir den Befürwortern der Autobahn nicht das Hintertürchen offen lassen, an den Stellschrauben der Bewertungskriterien so lange herumzudrehen, bis das Ergebnis passt. Die Analyse der sogenannten Raumwiderstände hat ergeben, dass im gesamten Untersuchungskorridor fast ausschließlich äußerst hohe und sehr hohe Raumwiderstände bestehen. Der ganze Untersuchungskorridor ist hier in dunkelrot und lila eingezeichnet, obwohl die einzelnen Kriterien sogar zu niedrig eingewertet worden sind. Es existiert kein geeigneter Straßenkorridor. In einem so bewerteten Gebiet wird heutzutage in ganz Deutschland keine Autobahn mehr geplant.

Mit Raumwiderstand ist nicht der zu erwartende Widerstand der Bevölkerung gemeint. Der ist im Übrigen auch äußerst hoch und äußerst hartnäckig und wird von den Kommunalpolitikern aller Couleur, gerade auch von den CSU-Bürgermeistern, unterstützt und getragen. Mit dem untersuchten Raumwiderstand sind die Werte gemeint, auf die zwingend Rücksicht genommen werden muss: Wohngebiete, Lebens- und Erholungsflächen, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, FFH-Flächen, Bannwälder, Trinkwasserschutzgebiete, Biotope und Biotopverbünde. Wir haben es hier mit einem äußerst sensiblen und wertvollen Gebiet zu tun, bei dem diese Kategorien jeweils vielfach zutreffen. Damit ist jetzt schon die Nichtmachbarkeit belegt. Wollen Sie bei dieser Faktenlage 18 Planungsvarianten weiterverfolgen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie müssen sich dieses Gebiet zwischen dem Würmtal, dem Isartal und dem Hachinger Tal genau ansehen. Die wenigsten von Ihnen werden es kennen, sonst würden Sie mir zustimmen, dass dieses einzigartige zusammenhängende Gebiet nicht durchschnitten und damit zerstört werden darf. 500 Hektar Wald müssten gerodet werden. Viele Rote-Listen-Arten wären betroffen. Die Erholungsfunktion für viele Menschen ginge verloren. Vom Lärmteppich, mit dem die Bevölkerung in den Gemeinden überzogen würde, ganz zu schweigen.

Wir wollen die Machbarkeitsstudie jetzt stoppen. Wir wollen jetzt klare Entscheidungen für die Menschen und die Natur, und wir wollen die Autobahnplanung endgültig begraben.

(Beifall eines Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir wollen uns wegen des eindeutigen Zwischenergebnisses der Machbarkeitsstudie keine angeblich machbare Planungsvariante unterjubeln lassen. Wer jetzt sagt, er sei zwar gegen die Autobahn, wolle aber erst abwarten, wie das Ergebnis aussieht, der überlässt denen das Feld, die den Bau der Autobahn ohne Not unbedingt durchsetzen wollen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist aber nicht logisch, das ist unlogisch!)

Ich verstehe die Kolleginnen und Kollegen beim besten Willen nicht, die vor Ort gegen die Planung sind, aber heute unseren Antrag ablehnen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Das müssen Sie den Menschen vor Ort erklären.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Tausendfreund, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Kollege Prof. Dr. Gantzer hat um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, liebe Frau Kollegin! Sie verschweigen die Situation im Münchner Norden. Dort haben wir die höchstbelastete Autobahn Europas. Dort sind die Menschen für jede Entlastung dankbar. Deshalb ist das Projekt angedacht. Sie vergessen auch, dass sie vom Süden aus - auch aus Pullach, wo Sie wohnen - den gesamten Müll angeliefert bekommen. Wir haben den höchsten Müllberg in Bayern. Deswegen müssen Sie Verständnis haben, dass wir eine Machbarkeitsstudie haben wollen, um zu sehen, ob das Projekt realisierbar ist.

Die Rede war typisch für die GRÜNEN. Sie argumentieren, wie es Ihnen gerade ins Konzept passt. Sie haben heute Morgen Herrn Magerl wohl nicht zugehört, als es um die Machbarkeitsstudie zum Nationalpark ging. Er hat hier fast Tränen geweint, weil die Machbarkeitsstudie abgelehnt worden ist. Es wurde gejammert ohne Ende, dass eine Machbarkeitsstudie nur feststellen solle, ob ein Projekt machbar ist. Jetzt argumentieren Sie 180 Grad entgegengesetzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Tausendfreund, es wurde versichert, dass die Machbarkeitsstudie ergebnisoffen sein wird.

Ich habe öffentlich erklärt, wenn die Machbarkeitsstudie zeigen sollte, dass das Projekt nicht machbar ist, werde ich nicht weiter dafür eintreten. Ich habe so viel Vertrauen zu den Behörden, dass ich glaube, dass dies auch so sein wird, wenn sie sagen, die Machbarkeitsstudie sei ergebnisoffen. Sie sollen nicht einmal hü und einmal hott sagen. Das gefällt mir nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Lieber Kollege Gantzer! Wenn jemand unbedingt eine Straße durchsetzen will, bekommt er das schon hin, dass sie machbar ist. Das ist eine Frage der Kosten und wie weit man die Natur bewertet und einschätzt. Das ist das eine.

Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob es um eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer Straße geht, die wertvolle Natur zerstört, oder um eine Machbarkeitsstudie, bei der es darum geht, für die Natur etwas zu tun, nämlich einen Nationalpark einzurichten. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Machbarkeitsstudie ist Machbarkeitsstudie!)

Sie gaukeln der Bevölkerung im Norden und im Osten Münchens vor, sie würden vom Verkehr entlastet werden. Das ist absoluter Humbug. Die Straßen werden nicht zurückgebaut. Die A 99 und die Seitenstraßen sind überlastet, aber der Entlastungseffekt wird kaum spürbar sein. Sie erkaufen das mit der Zerstörung der Natur in einem anderen Gebiet. Nur deshalb, weil Sie nicht im Süden, sondern im Norden wohnen und dort Ihre Wählerschaft haben, wollen Sie das so verkaufen. Das geht wirklich nicht. Die Erholungsfunktion im Münchner Süden kommt allen Münchnerinnen und Münchnern und der Bevölkerung im Norden und Osten von München zugute. Würde dort ein Autobahnring durchgebaut, müssten sie weiterfahren, weil dann das Gebiet nicht mehr geeignet wäre, Ruhe und Erholung zu finden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Tausendfreund, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, weil sich Kollege Weidenbusch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat. Bitte schön, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Tausendfreund, Sie sagten, es gebe Kollegen, die vor Ort dagegen seien und hier anders abstimmen würden. Sagen Sie bitte, welchen Kollegen Sie das unterstellen - am besten mit Namen.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Vor Ort setzt sich die Kollegin Natascha Kohnen gegen den Autobahn-Südring ein. Sie hat mir vorhin gesagt, sie müsse leider gegen unseren Antrag stimmen. Soweit mir bekannt ist,

setzt sich auch die Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein gegen den Autobahn-Südring ein. Die namentliche Abstimmung wird dann zeigen, wie sie sich entscheidet.

(Zurufe von der CSU)

Auch Herr Wörner ist kein Befürworter des Autobahn-Südrings, und wie ich von der SPD gehört habe, wird auch sie gegen unseren Antrag stimmen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Kollegin, wäre es nicht fair gewesen, die Kollegin Schreyer-Stäblein zu fragen?)

- Ich hab gesagt, wir werden sehen, wie sie abstimmt. Ich habe vorhin keinen Namen genannt.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist doch einfach unverschämt, was Sie da machen. Die Kollegin ist da und Sie hätten sie fragen können!)

Ich habe anfangs keinen Namen genannt.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Schäbig ist das!)

Und weil ich vorhin keinen Namen genannt habe, haben wir auch namentliche Abstimmung beantragt, damit sich jeder hier persönlich entscheiden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Lesen Sie doch einmal Ihren Redebeitrag nach! Unverschämt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis. Es ist für jede Fraktion nur eine Zwischenbemerkung erlaubt. Nachdem der Kollege Gantzer schon gesprochen hat, kann ich dem Kollegen von der SPD leider Gottes nicht mehr das Wort erteilen.

(Zuruf von der SPD)

Danke schön, Frau Kollegin Tausendfreund.

(Zurufe - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nach § 112 der Geschäftsordnung ist doch wohl eine persönliche Erklärung zulässig, Herr Präsident!)

Wenn sich die Fraktion der SPD innerlich beruhigt hat, können wir fortfahren.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Schlussabstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2009/2010 bekannt. Das ist der Tagesordnungspunkt 24. Mit Ja haben 95 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt, keine Stimmenthaltung. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die

Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/911 seine Erledigung gefunden. Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen.

Wir kommen nun zum nächsten Redner im Rahmen des Tagesordnungspunktes 14. Ich rufe den Kollegen Dr. Otmar Bernhard auf.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Machbarkeitsstudie ist notwendig und sinnvoll. Sie soll ja gerade die technische Machbarkeit klären, sie soll die Kosten klären, sie soll die Auswirkungen auf die Umwelt klären und sie soll den Meinungsbildungsprozess unterstützen. Meine Damen und Herren, es geht einfach nicht, wenn Sie hier sagen, eine solche Untersuchung, die von einem neutralen Büro durchgeführt wird, werde oder sei manipuliert. Es werde getrickst. Das ist unanständig und unterstellt den Leuten etwas, was unzulässig ist, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sehe die ganze Sache genauso, wie es der Kollege Gantzer schon gesagt hat. Die Studie ist ergebnisoffen. Wir wollen wissen, ob die Sache machbar ist oder nicht. Insofern sollten wir diese Machbarkeitsstudie nicht abbrechen.

Was die Notwendigkeit dieses Rings angeht, Frau Kollegin, wissen Sie genau, dass wir dringend einen Verteilerring für die auf die Stadt München zulaufenden Autobahnen brauchen. Dass der Nord- und Ostring der A 99 massiv belastet ist, wissen Sie auch. Es gibt dort ständig Staus; 144.000 Fahrzeuge fahren auf diesem Nord- und Ostring und die projizierten Kfz-Bewegungen auf dem Südring belaufen sich auf 74.000. Daraus sehen Sie doch, dass es hier einen Verteilungseffekt gibt.

Wenn ich jetzt als Münchner Abgeordneter spreche, muss ich sagen, dass wir im Münchner Südwesten dringend eine Entlastung brauchen. Es ist doch völlig klar, dass wir Verkehr aus der Stadt heraushalten wollen. Das ist auch der Sinn des Lkw-Transitverbots, das wir verfügt haben.

Im Übrigen müssen wir mit weiter zunehmenden Verkehr rechnen. Wir haben nicht nur den Status quo. Deshalb müssen wir, wenn irgend möglich, eine vernünftige Vorsorge treffen.

Wir brauchen eine Entlastung des Mittleren Rings. All diese Dinge sind dringend notwendig und deshalb müssen wir die Frage beantworten, ob man diese Probleme mit einem Autobahn-Südring lösen kann. Ich weiß, dass das, was die Ökologie und die Umweltauswirkungen angeht, ein sehr schwieriges Projekt ist. Aber sehen Sie es auch einmal umgekehrt. Die Bevölkerung, die jetzt vom massiven Durchgangsverkehr betroffen ist, wird dadurch entlastet. Das muss man bei der Gesamtrechnung mit einbeziehen. Wir können dadurch auch Verkehre bündeln; das ist ein wichtiges Prinzip unserer Verkehrspolitik. Ich bin persönlich übrigens der Meinung - Sie argumentieren immer mit der oberirdischen Trasse dagegen -, dass wir das Ganze nur hinkriegen, wenn wir weitgehend Tunnels bauen. Das ist ganz klar. Ob und wann wir dafür eine Finanzierung finden, ist auch noch eine offene Frage. Deshalb sollten wir das Ganze doch erst einmal prüfen und sehen, ob eine Lösung gefunden werden kann.

Das Abwegigste an Ihrem Antrag ist, dass wir die Machbarkeitsstudie bestellt haben und zahlen müssen und Sie jetzt fordern, diese Studie ohne Ergebnis abzubrechen. Das ist völlig abwegig, was Sie da verlangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil Sie das persönliche Abstimmungsverhalten angesprochen haben, kurz Folgendes: Die Kollegin Schreyer-Stäblein wird diesem Antrag zustimmen. Damit ist das klargestellt. Ich habe Verständnis dafür, dass die Kollegin, die mitten in diesem Gebiet die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt, vorsichtig ist und sagt, wir müssen aufpassen, dass die Dinge so sind, dass sie am Ende für die Bevölkerung verträglich sind. Das gibt es in anderen Fällen auch.

Ich halte es also, wie gesagt, für völlig unsinnig, eine solche Studie abzubrechen, die wir bezahlt haben, ohne zu wissen, was Fakt sein wird. Wir brauchen Fakten statt Vermutungen und ideologische Festlegungen. Deshalb sollte diese Studie durchaus zu Ende geführt werden. Und deshalb stimmen wir Ihrem Antrag nicht zu.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Dr. Bernhard, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Kollege Dr. Magerl möchte noch eine Zwischenbemerkung machen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Der Machbarkeits-Magerl!)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Kollege Bernhard und Herr Kollege Weidenbusch, das, was die CSU hier aufführt, ist gelinde gesagt, absurdes Theater.

(Widerspruch bei der CSU)

Anders kann man das nicht formulieren. Herr Weidenbusch, Sie entscheiden hier aus dem Bauch heraus bzw. nach Gutsherrenart. Einmal macht man eine Machbarkeitsstudie, weil es einen in den Kram passt, wie bei der A 99; da ist es ganz wichtig, dass man das neutral untersuchen lässt. Geht es aber um den Nationalpark im Steigerwald, wo das Gleiche gefordert wird, dann ist das Ganze Teufelssache. Das ist völlig absurdes Theater, was Sie hier machen.

(Zuruf von der CSU: Sie dürfen die Bürger draußen im Lande nicht vergessen! - Zurufe von den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Dr. Bernhard, Sie haben das Wort!

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ich habe es doch bereits gesagt, es ist abwegig, eine Studie, die man bereits bezahlt hat, vor einem Endergebnis abzubrechen.

(Beifall bei der CSU)

Den Ausdruck, mit dem absurden Theater, den Sie hier gebraucht haben gebe ich Ihnen zurück, wenn Sie verlangen, diese Studie abzubrechen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht mehr vor. Dann kommt der Kollege Wörner als nächster Redner.

(Zuruf von der CSU: Jetzt kommt der Verkehrsexperte!)

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich ja, dass Sie sich freuen, wenn ich komme. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man sollte das Ganze nicht zu sehr strapazieren. Diese Geschichte ist das nicht wert; es wird der Transrapid der Zukunft, das kann ich Ihnen heute schon vorhersagen, darauf können Sie Wetten abschließen. Es wird dasselbe Waterloo. Trotzdem werden wir dem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen. An diesem Punkt schließe ich mich der Argumentation des Kollegen Dr. Peter Paul Gantzer an. Man kann nicht einmal eine Machbarkeitsstudie fordern und sie dann wieder ablehnen. So geht es nicht. Wir sind der Meinung, man soll sie machen. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung, die das tun muss, gerade an einer solch heiklen Stelle sehr sorgfältig prüfen wird, worauf sie sich da einlässt. Sie hat schon beim ersten Schritt feststellen müssen, wie groß die Widerstände der Bevölkerung dort sind.

Wir gehen davon aus, dass in einem weiteren Schritt der Machbarkeitsstudie geprüft wird - das wollen wir haben, und deswegen stimmen wir zu -, wo der Verkehr, der von Garmisch und vom Ammersee kommt, tatsächlich hinläuft. Ich wohne dort in der Gegend, und mein Eindruck ist anders als das, was verbreitet wird. Die finden sich nämlich alle in der Innenstadt wieder. Möglicherweise passt das gar nicht, was der ADAC und einige andere erforscht haben. Wir wollen diese Zahlen in der Studie haben, um dann eine saubere Entscheidungsgrundlage für den weiteren Fortgang zu haben. Darauf haben alle Menschen, die dort wohnen, ein Anrecht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Als nächster Redner hat Kollege Florian Streibl das Wort. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wurde zum ersten Mal der Blick auch auf die südliche Region gerichtet. Auch wir werden eine Machbarkeitsstudie befürworten. Jetzt soll erst einmal untersucht werden, ob das Projekt überhaupt machbar ist. Die Studie dient auch dazu, dass man das Pro und Kontra gegeneinander abwägen kann und damit man weiß, zu welchem Preis - und ich meine hier einen ideellen Preis - ein Autobahnsüdring gemacht werden kann.

Vorher wurde gesagt, eine Autobahn soll da ohne Not gebaut werden. Nach meiner Meinung, meine Damen und Herren, ist eine Not da. Eine Not ist ganz besonders im Oberland da, nämlich in den Landkreisen Wolfratshausen, Bad Tölz, Garmisch-Partenkirchen und Weilheim. Hier sehnen wir uns geradezu nach einem Autobahnsüdring, weil wir ihn brauchen. Für uns ist es schon eine Wirtschaftsförderung, wenn jetzt der Luise-Kiesselbach-Platz ausgebaut wird. Die Autobahn ist für uns eine Nabelschnur nach München und um München herum.

In den letzten Jahrzehnten wurde im Umland von München intensiv in Verkehrswege investiert, aber bei Verkehrswegen in den Süden hinunter wurde nichts gemacht. Das Letzte, was da gebaut worden ist, war die A 95, und seitdem ist nichts mehr geschehen. Wir im Loisachtal und im Isartal wollen nicht zu den Tälern der Vergessenen verkommen.

(Unruhe)

Gerade im Alpenvorraum haben wir spezifische Probleme. Unsere Region ist eine Tourismusregion, die im Wettbewerb mit den südlichen Nachbarn steht, die hier ganz anders auffahren. Wir brauchen eine Wiederbe-

lebung des Tourismus, und dafür müssen die Gäste zu uns überhaupt erst einmal kommen können.

Wenn man vom Flughafen auf der A 9 nach München reinfährt, dann gibt es nicht einmal ein Hinweisschild auf Garmisch-Partenkirchen oder die A 95. Das ist ein trauriges Beispiel.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Weltmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen abhalten und vielleicht auch einmal Olympische Spiele. Dazu müssen die Leute zu uns herfinden können. Wenn nicht einmal ein Schild da ist, wie soll das dann gehen?

(Unruhe)

Ich bitte Sie daher: Lassen Sie uns erst einmal die Machbarkeitsstudie durchführen, um zu sehen, ob und wie es überhaupt geht. Es geht aber nicht, gleich etwas totzusagen und zu erklären, das machen wir nicht. Das kann man den Menschen, die im Süden wohnen, auch nicht zumuten.

Wir brauchen eine intensive Förderung dieser Region. Dazu gehören zum Beispiel auch die S 7 in Geretsried oder die Ortsumfahrung von Oberau, wo sich jedes Wochenende wahre Dramen im Stau abspielen. Das stellt eine irre Belastung für die ganze Region dar. Bitte unterstützen Sie es, dass die Machbarkeitsstudie durchgeführt wird!

(Unruhe)

Es ist klar, dass im Süden von München das Problem ernster gesehen wird und dass die Menschen, die dort leben, damit auch Probleme haben. Man kann aber nicht eine ganze Region, die weiter im Süden liegt, einfach abschneiden. Auch wenn wir uns in einer Wirtschaftskrise befinden, muss man die Reichen und Schönen in den südlichen Vororten von München nicht unbedingt unter Artenschutz stellen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Streibl. Als Nächster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

(Zahlreiche Zurufe: Ui! So was!)

Ich bitte das Auditorium, sich wieder zu beruhigen, wenn Herr Thalhammer ans Pult tritt. Bitte schön, Herr Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Tausendfreund, Ihr Anliegen

wurde im Wirtschaftsausschuss mit 4 zu 1 abgelehnt. Ihr Anliegen wurde im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten mit 4 zu 1 abgelehnt, und jetzt wollen Sie auch hier mit einer namentlichen Abstimmung ein deutliches Ergebnis schwarz auf weiß bekommen. Frau Tausendfreund, Sie haben gesagt, die Abgeordneten sollten sich die Gegend vor Ort einmal genauer ansehen. Ich lebe auch im südlichen Landkreis München und glaube, deshalb behaupten zu können, dass ich das Gebiet sehr gut kenne. Ich weiß, dass dieser Autobahnbau ökologisch und emotional ein sehr sensibles Thema ist. Ich finde es auch richtig, dass Sie und ich als Abgeordnete des südlichen Landkreises zu diesem Thema sprechen. Das ist ein Vorbild, an dem sich die anderen Fraktionen vielleicht auch hätten ausrichten können.

Bei dieser Machbarkeitsstudie geht es um eine objektive Einschätzung, nicht um eine subjektive Bewertung. Es geht damit um das Auffinden belastbarer Aussagen und nicht um vorbelastete Statements. Kurzum: Es geht um eine ergebnisoffene und nicht um eine das Ergebnis vorwegnehmende Studie. Wer sich anmaßt, ein Ergebnis vorwegzunehmen, den bitte ich, alle Fragen zu beantworten. Dann muss man auch die Frage beantworten, wie man beispielsweise mit dem Durchgangsverkehr in Hohenbrunn auf der B 471 umgeht. Man muss dann auch die Frage beantworten, wie man sich die Engstelle am Autobahnkreuz München-Süd vorstellt.

Fazit: Lassen Sie uns das Ergebnis der Machbarkeitsstudie abwarten. Sollte das Ergebnis eine Machbarkeit bescheinigen, kann man sehen, wie es machbar ist. Sollte das Ergebnis eine Machbarkeit verneinen, werden wir diese Autobahn nicht bauen können. So einfach kann Politik sein. Heute geht es nicht um den Bau des Südrings, sondern lediglich um die Machbarkeitsstudie.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Thalhammer. Herr Staatssekretär Dr. Weiß hat das Wort zu einer abschließenden Bemerkung.

(Staatssekretär Dr. Weiß tritt in Trachtenkleidung an das Mikrofon - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Hoi! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Hose passt nicht zur Jacke!)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es verdient doch Anerkennung, wenn ein Unterfranke in bayerischer Tracht erscheint.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß (Innenministerium): Ich wollte jetzt als Franke nicht sagen, dass ich mich für den Nockherberg verkleidet habe.

(Allgemeine Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: So habe ich es auch nicht formuliert.

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß (Innenministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man kann darüber streiten, ob man sich ein Projekt vorstellen kann oder nicht. Wenn man es sich nicht vorstellen kann, dann braucht man keine Machbarkeitsstudie. Wenn man es sich nicht vorstellen kann, dann macht man keine. Es geht aber nicht an, gute oder schlechte Machbarkeitsstudien herauszuholen, wie es vorhin bei den GRÜNEN anklang: Beim Nationalpark ist es gut, bei der Straße schlecht, und bei jeder neuen Straße kann selbstverständlich nur herauskommen, dass das Projekt scheitern muss. So geht es nicht. Deswegen macht man keine Machbarkeitsstudie, und das ist ein Widerspruch in sich.

Wir brauchen diese Machbarkeitsstudie gerade im Raum München, weil wir alle wissen, dass dort der Verkehr noch zunehmen wird. Vorhin wurde sehr eindrucksvoll gesagt, dass auch die Menschen, die zurzeit den Verkehr in München abbekommen, mit ins Boot geholt werden müssen, auch das bayerische Oberland.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das wurde vorhin sehr eindrucksvoll geschildert. Die Studie wird ergebnisoffen sein, aber wir wissen eben bei jeder Machbarkeitsstudie das Ergebnis erst am Ende. Das Geld ist bereits ausgegeben, und wir wollen das Ergebnis hören. Man weiß erst am Ende, was herauskommt. Wir wollen uns danach richten, bevor der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben wird. Denn die Diskussion über diese Straße wird sicherlich nicht dadurch enden, dass wir eine Machbarkeitsstudie abbrechen. Der Antrag klingt mir doch relativ überstürzt und kopflos.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult, wir haben eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön, Frau Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ursprünglich sollte es eine Frage sein, aber es geht auch als Bemerkung. - Ich stelle fest, dass eigentlich das Staatsministerium für Wirtschaft für dieses Thema zuständig ist.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

Ich stelle mir dann die Frage, ob die Tatsache, dass nicht der zuständige Wirtschaftsminister spricht, etwa damit zusammenhängt, dass er sich an seinem Wohnort in Gauting keine Probleme schaffen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß (Innenministerium): Jetzt wehre ich mich im Namen des Staatsministeriums des Innern dagegen, dass uns die Zuständigkeit für den Straßenverkehr weggenommen und ins Wirtschaftsministerium verlagert wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache abgeschlossen. Ich habe hier aber noch die Anmeldung zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung von Frau Kollegin Kohnen. Frau Kohnen, kommen Sie bitte hierher ans Rednerpult und geben Sie diese persönliche Erklärung ab. - Ich bitte um Fairness und Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Tausendfreund, Sie haben mich angesprochen. Bisher habe ich Ihren Antrag als sachlich empfunden. Er war gut begründet. Sie wissen, dass ich ein Gegner des Südrings bin. Sie haben mich aber direkt angesprochen und gesagt, dass ich heute dagegen stimmen werde. Jetzt werde ich erst recht dagegen stimmen, weil ich Ihren Antrag als reinen Wahlkampf und Populismus für die GRÜNEN empfinde, da Sie Ihre Mitstreiter diffamieren, wenn sie aus gutem Grund gegen Ihren Antrag stimmen. Die Gründe dafür hat Herr Wörner dargestellt. Herr Peter Paul Gantzer ist inzwischen, wenn die Studie eine "Unmachbarkeitsstudie" wird, dazu bereit, zu sagen: Dann wird es eben keinen Südring geben. Sie sehen: Die Dinge bewegen sich. Deswegen bitte ich Sie, den Schulterchluss zu suchen; machen Sie es nicht um des Populismus willen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Kohnen. Wir kommen nun zur Abstimmung, die in namentlicher Form durchgeführt werden soll. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich bitte ausdrücklich darum, dass

Sie noch dableiben, damit wir das Ergebnis der Abstimmung noch in dieser Sitzung verkünden können. Die Stimmabgabe ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.13 bis 17.16 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. - Ich eröffne die Sitzung wieder und darf Sie kurz um Aufmerksamkeit bitten, damit wir unser Tagewerk mit Anstand zu Ende bringen. Zum Tagesordnungspunkt 14, Drucksache 16/277, darf ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben. Mit Ja haben 16 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 136, Enthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zum Ende der heutigen Sitzung darf ich Ihnen erstens noch ganz herzlich dazu gratulieren, dass der Bayerische Landtag mit der raschen Verabschiedung des Doppelhaushalts einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, das Konjunkturpaket frühzeitig auf den Weg zu bringen. Zweitens möchte ich Ihnen gute Feiertage wünschen, ein erholsames Osterfest und dass Sie alle wieder in alter Frische nach den Ferien an diesen Ort zurückkehren. Alles Gute. - Ich schließe die Sitzung.

(Allgemeiner Beifall - Schluss: 17.20 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 21: Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit
(Drucksache 16/948)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	95	70	0

Zu Tagesordnungspunkt 21**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 16/614)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vertragsnaturschutz, Erschwernisausgleich, Ausgleichszahlungen
(Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 16/615)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Naturschutzregion „Grünes Band“
(Kap. 12 04 TG 72 neuer Tit.)
(Drs. 16/616)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/617)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan der staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
(Drs. 16/618)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kleinkläranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 892 79)
(Drs. 16/619)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes
(Kap. 12 04 TG 72 Tit. 547 72)
(Drs. 16/632)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Hebammen stärken
(Kap. 12 08 TG 55)
(Drs. 16/633)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Geschlechterdifferenzierte Gesundheitsberichterstattung
(Kap. 12 08 TG 91)
(Drs. 16/634)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ambulante Psychiatrie stärken
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
(Drs. 16/635)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sachausgaben für die Internationale Länderkommission Kerntechnik:
Streichung der Mittel
(Kap. 12 09 Tit. 547 09)
(Drs. 16/637)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Stellenplan bei der höheren Naturschutzbehörde
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
(Drs. 16/638)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82)
(Drs. 16/639)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97 Tit. 883 97)
(Drs. 16/640)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
(Drs. 16/675)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
(Drs. 16/676)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausgleichszahlung für Bewirtschaftungseinschränkungen im Bereich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
Neuer Tit. im Kap. 12 77 TG 82
(Kap. 12 77 Tit. 633 82)
(Drs. 16/677)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids
(Kap. 12 08 TG 52)
(Drs. 16/693)

Zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 (Drs. 16/209), zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz 2009/2010 (Drs. 16/210):

- | I. | II. |
|--|--|
| Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009
(Drs. 16/209) | Einzelplan 13 |
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
hier: Art. 1
(Drs. 16/844)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
hier: Art. 10
(Drs. 16/845)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
hier: Art. 13
(Drs. 16/846)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
hier: Art. 13d
(Drs. 16/847)</p> | <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
(Kap. 13 03 TG 80)
(Drs. 16/726)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Auflösung der Fonds der Offensive Zukunft Bayern
(Kap. 13 08 TG 51 - 52, TG 60 - 65, TG 69 - 70, TG 71 - 72, TG 73, TG 77, TG 78, TG 79)
(Drs. 16/727)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zuweisungen an die Bezirke für den Sozialhilfeausgleich
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/728)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Investitionskosten Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 71)
(Drs. 16/729)</p> |

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Zusätzliche ÖPNV-Zuweisungen statt zusätzlichem Ausbau von Staatsstraßen
(Kap. 13 30 TG 80;
Kap. 13 10 Tit. 633 81)
(Drs. 16/730)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Förderung von Energiesparberatung und Energiesparteknik für einkommensschwache Haushalte
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/731)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Marktanzreizprogramm „Energieeffiziente Küche“
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/732)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Überprüfung staatlicher Liegenschaften auf ihre Eignung für Photovoltaik
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/733)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Keine Gründung einer Bayern FIT GmbH
(Kap. 13 40 TG 59)
(Drs. 16/734)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuweisungen für Abwasserbeseitigungsanlagen
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
(Drs. 16/797)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Investitionsschwerpunkt Schulhausmodernisierung auf der Grundlage und in Ergänzung des Kommunalen Investitionsprogramms im Rahmen des Konjunkturpaketes II
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/798)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sanierung und Bau kommunaler und vereinseigener Breitensportanlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/799)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
(Drs. 16/800)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/801)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung sozialer Infrastruktur
(Kap. 13 31 TG 57)
(Drs. 16/802)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Wärmenutzung aus der Geothermie
(Kap. 13 31 TG 60)
(Drs. 16/803)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ländlicher Raum
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“
(Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/804)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Waldumbauprogramm
(Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/805)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald und im Schutzwald
(Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/806)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für das Hochwasserschutzprogramm
(Kap. 13 31 TG 76)
(Drs. 16/807)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel für die Bereiche Natur, Boden, Wasserwirtschaft und Georisiken
(Kap. 13 31 TG 78)
(Drs. 16/808)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Zuschüsse zu Errichtung und Betrieb von Energieagenturen“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/809)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Sonderprogramm Energieautarke Gemeinden“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/810)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „Verbraucherinformation zu Klimaschutz im Verkehr“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/811)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
neuer Tit. „F+E Projekte Verkehrsökologie“
(Kap. 13 31 TG 85)
(Drs. 16/812)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Nachrüstung für Dieselloks
(Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/813)

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020
Mittelbereitstellung für die Gründung und den Aufbau eines Forschungs- und Technologietransfer-Instituts für Kraftstoffsystemtechnik an der Hochschule Coburg (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/814)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/828)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/829)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
(Drs. 16/830)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 44)
(Drs. 16/831)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/832)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“ (Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/834)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für den Waldumbau (Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/835)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald (Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/836)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bereitstellung von Mitteln für Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen von Gemeinden (Kap. 13 31 Tit. 883 76)
(Drs. 16/837)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Einfügen einer neuen TG „Programm Hydrothermale Carbonisierung zur CO₂-Bindung und Energiegewinnung“ (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/838)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Einfügen einer neuen TG „Förderung von Energieagenturen an den Landratsämtern“ (Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/839)

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/843)

III.
Haushaltsgesetz 2009/2010
(Drs. 16/210)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2009/2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)
(Drs. 16/743)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2
Änderung Art. 6 Abs. 9
Streichung Art. 6b
Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c
Streichung Art. 6e, 6f, 6g
Erhöhung der Beträge der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 16/818)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 02.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 24: Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drucksache 16/210)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	95	62	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.04.2009 zu Tagesordnungspunkt 14: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Planungen A 99 - Autobahn Südring - Einstellung der Arbeiten an der Machbarkeitsstudie (Drucksache 16/277)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa	X		
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	16	136	0